

## Protokoll / Wortprotokoll (TOP 1+5)

der öffentlichen Sitzung

des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung

<b>Sitzungsdatum:</b>	05. Dezember 2019
<b>Sitzungsort:</b>	Hamburg, Schmiedestraße 2, 3. OG, Sitzungssaal 1
<b>Sitzungsdauer:</b>	17:06 Uhr bis 21:42 Uhr
<b>Vorsitz:</b>	Abg. Daniel Oetzel (FDP)
<b>Schriftführung:</b>	Abg. Dr. Sven Tode (SPD)
<b>Sachbearbeitung:</b>	Sabine Dinse

---

### Tagesordnung:

1. Klärung der Umstände des Todes von William Tonou-Mbobda am 26. April 2019 am Universitätskrankenhaus Eppendorf  
(Selbstbefassung nach § 53 Absatz 2)
2. Drs. 21/17871 Bürgerschaftliches Ersuchen vom 26. September 2018: „Reform der Lehrerausbildung zur Stärkung der künstlerischen Hochschulen und Fächer nutzen – Grundständigen Lehramtsstudiengang Theater einführen“ – Drs. 21/14326  
(Bericht Präsident/in der Bürgerschaft)
3. Drs. 21/16573 Stellungnahme des Senats zum Bürgerschaftlichen Ersuchen vom 28. März 2018 „Hamburgische Bürgerschaft unterstützt zügige Umsetzung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zur Beseitigung der Diskriminierung im Personenstandsrecht“  
(Drucksache 21/12339)  
(Bericht Senat)
4. Drs. 21/15928 Beschäftigungssituation studentischer Hilfskräfte an Hamburger Hochschulen

(Große Anfrage Fraktion DIE LINKE)

5. Drs. 21/11506 Diskriminierende frauenfeindliche und sexistische Werbung vermeiden  
(Antrag Fraktion DIE LINKE)
6. Verschiedenes

## **Anwesende:**

### **I. Ausschussmitglieder**

Abg. Martin Dolzer (Fraktion DIE LINKE)  
Abg. Stephan Gamm (CDU)  
Abg. Uwe Giffei (SPD)  
Abg. René Gögge (GRÜNE)  
Abg. Astrid Hennies (SPD)  
Abg. Dora Heyenn (SPD)  
Abg. Annkathrin Kammeyer (SPD)  
Abg. Gerhard Lein (SPD)  
Abg. Dirk Nockemann (AfD)  
Abg. Daniel Oetzel (FDP)  
Abg. Dr. Sven Tode (SPD)

### **II. Ständige Vertreterinnen und Vertreter**

Abg. Mareike Engels (GRÜNE)  
Abg. Cansu Özdemir (Fraktion DIE LINKE)  
Abg. Dr. Alexander Wolf (AfD)

### **III. Fraktionslose Abgeordnete (§ 54 Abs. 6 GO)**

Prof. Dr. Jörn Kruse

### **IV. weitere Abgeordnete**

Abg. Deniz Celik (Fraktion DIE LINKE)

### **V. Senatsvertreterinnen und Senatsvertreter**

#### Behörde für Wissenschaft, Forschung und Gleichstellung

Frau	Senatorin	Katharina Fegebank
Frau	Staatsrätin	Dr. Eva Gümbel
Herr	RD	Dr. Jürgen Schmidt
Herr	ORR	André Wegner
Frau	Wiss. Ang.	Anita Boje-Nasution
Frau	ORR'in	Katharina Buhk
Herr	Wiss. Ang.	Dr. Jan Büchel

#### Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz

Herr	Wiss. Ang.	Marco Kellerhof
Herr	Wiss. Ang.	Stefan Lengefeldt

#### Personalamt

Herr	LRD	Arnd Reese
Herr	RD	André Kuhring

#### Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung

Frau	Oberstudiendirektorin <u>Universitätsklinikum Hamburg-Eppendorf</u>	Hanneke Bohls
Herr	Ärztlicher Direktor	Prof. Dr. Burkhard Göke
Herr	Direktor der Klinik und Poliklinik für Psychiatrie und Psychotherapie <u>Staatsanwaltschaft Hamburg</u>	Prof. Dr. med. Jürgen Gallinat
Herr	OStA <u>Universität Hamburg</u>	Lars Mahnke
Frau	Vizepräsidentin <u>Pinkstinks Germany e.V.</u>	Prof. Dr. Susanne Rupp
Frau	Geschäftsführerin	Dr. Stevie Meriel Schmiedel

## **VI. Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerschaftskanzlei**

Sabine Dinse

## **VII. Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit**

78 Personen

### **Zu TOP 1 / als Wortprotokoll**

**Vorsitzender:** Guten Abend, meine Damen und Herren. Ich begrüße Sie ganz herzlich zu unserer heutigen Sitzung des Ausschusses für Wissenschaft und Gleichstellung, neben den Abgeordneten auch die zahlreichen Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit. Ich begrüße Sie ganz herzlich und bitte um Verständnis, dass wir aus Brandschutzgründen jetzt leider keine weiteren Stühle in den Raum bringen können, aber Sie sind natürlich trotzdem herzlich eingeladen, der Sitzung beizuwohnen, die selbstverständlich öffentlich tagt.

Ich begrüße vom Senat ganz herzlich die Senatorin Frau Fegebank, die Staatsrätin Frau Dr. Gümbel, Herrn Dr. Schmidt, Herrn Wagner, Frau Boje-Nasution, Frau Buhk und Herrn Dr. Büchel. Außerdem aus der Behörde für Gesundheit und Verbraucherschutz Herrn Kellerhof und Herrn Lengefeldt, vom Personalamt Herrn Reese und Herrn Kuhring, vom Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung zu einem späteren Tagesordnungspunkt dann auch Frau Bohls, vom UKE den Ärztlichen Direktor Herrn Professor Dr. Göke und Herrn Professor Dr. Gallinat, von der Staatsanwaltschaft Herrn Mahnke, von der Universität Hamburg Frau Professor Dr. Rupp, die Vizepräsidentin, und später dann noch von Pinkstinks Frau Dr. Meriel Schmiedel. Herzlich willkommen zu unserer Sitzung.

Ich eröffne dann auch direkt den Tagesordnungspunkt 1, Klärung der Umstände des Todes William Tonou-Mbobda am 26. April 2019 am Universitätskrankenhaus Eppendorf, eine Selbstbefassung gemäß Paragraf 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung. Hier hatten wir ja schon einmal erörtert und am Ende dann entschieden, das noch einmal zu vertagen und

zu einem späteren Zeitpunkt erneut aufzurufen. Die Legislaturperiode nähert sich ihrem Ende, das heißt, das ist heute also auch eine der letzten Gelegenheiten, das noch einmal auf die Tagesordnung zu nehmen, was wir entsprechend auch gemacht haben. Und wenn sich keine Einwände erheben, würde ich gern direkt für den aktuellen Stand der Behörde das Wort erteilen. Herr Dolzer, haben Sie einen Alternativvorschlag für den Ablauf? Bitte, Herr Dolzer.

**Abg. Martin Dolzer:** Ich hätte eine Anregung, Herr Vorsitzender, vielen Dank. Ich fände es gut, wenn wir ein Wortprotokoll von diesem ersten Tagesordnungspunkt fertigen können.

**Vorsitzender:** Gut, ich schaue einmal in die Runde, ob das jemand anders sieht. Nein? Dann machen wir ein Wortprotokoll zu TOP 1. So, bitte, die Behörde.

**Senatorin Fegebank:** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich freue mich, dass wir heute diese Selbstbefassung zu diesem Thema machen und möchte, bevor ich gleich zunächst das Wort einmal an die Staatsanwaltschaft gebe und im Anschluss daran dem ärztlichen Direktor, Herr Professor Göke, das Wort erteile, mein ausdrückliches Mitgefühl und meine tiefste Anteilnahme mit der Familie, mit den Angehörigen und auch mit den Freunden von Herrn Tonou-Mbobda ausdrücken. Ich kann mir vorstellen, dass solche Ereignisse oder ein so tragischer Vorfall und die Geschehnisse rund um den Tod von Herrn Tonou-Mbobda, dass das sehr zehrt, an den Nerven zehrt, und man natürlich ein unbedingtes Aufklärungsinteresse hat, die Hintergründe und die Zusammenhänge verstehen will. Das ist auch bei uns in der Behörde, bei mir persönlich der Fall. Und Sie wissen ja, dass unmittelbar staatsanwaltschaftliche Ermittlungen aufgenommen wurden, die jetzt auch unbedingten Vorrang genießen. Die Ermittlungen laufen noch, dazu bitte ich gleich die Staatsanwaltschaft, einmal einen Sachstand darzulegen, und während dieser Ermittlungen gilt natürlich die Unschuldsvermutung.

Wir wissen auch, dass das gesamte System der psychiatrischen Versorgung beziehungsweise Akutversorgung der ständigen Überwachung der zuständigen Stellen der Gesundheitsbehörde unterliegt und dass es keinen Anlass dazu gibt, vorschnelle Aussagen über die Frage zu treffen, ob der tragische Vorfall zum Grund und Anlass für einen grundsätzlichen Eingriff in die Befugnisse des Sicherheitsdienstes auf dem UKE-Gelände genommen werden muss. Natürlich wird die Staatsanwaltschaft, und das macht sie ja aktuell auch, die aktuelle Lage sich angucken, auch sicherlich Schwachpunkte im Sicherheitssystem, die zu dem tragischen Verlauf am Ostermontag geführt haben, mit in Betracht ziehen, und natürlich werden diese Erkenntnisse dann auch, sollte es dort irgendeine Situation geben, die Anlass geben sollte, dort diese Vorwürfe, die im Raume stehen, auch tatsächlich hart zu machen, das wird dann unverzüglich umgesetzt. Aber vor dem Hintergrund der noch nicht abgeschlossenen Ermittlungstätigkeit gibt es jetzt keine Bewertungen zu einem Änderungsbedarf, und das ist die Linie, die wir auch vertreten.

Also noch einmal mein ausdrückliches nicht nur Bedauern, sondern mein tief empfundenes Mitgefühl mit allen Beteiligten rund um diesen Fall. Das ist tragisch und schicksalhaft, die Vorkommnisse, die sich dort rund um den Ostermontag diesen Jahres ereignet haben, und unser vordringliches Interesse, und das haben wir in der Vergangenheit auch immer wieder deutlich gemacht, ist, dass jetzt die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen gründlich und sorgfältig durchgeführt werden im unmittelbaren und natürlich nachvollziehbaren und von uns allen getragenen unbedingten und vorbehaltlosen Aufklärungsinteresse, das dem Ganzen zugrundeliegt. Das sind wir, denke ich, allen Beteiligten, der Familie, der Angehörigen, der Freunde des Verstorbenen, des Toten, aber auch dem UKE und den Mitarbeitenden dort, sowohl dem medizinischen Personal als auch dem Sicherheitsdienst, schuldig. – Danke schön.

Ich würde gern das Wort jetzt noch einmal weitergeben an die Staatsanwaltschaft, um das zu sagen, was gesagt werden kann zu diesem Zeitpunkt.

**Herr Mahnke:** Guten Abend, meine Damen und Herren! Mein Name ist Mahnke, ich bin der sachbearbeitende Oberstaatsanwalt bei der Staatsanwaltschaft Hamburg und Leiter der Abteilung für Kapitalverbrechen.

Wir haben von diesem Fall sofort nach den Geschehnissen am 21. April Kenntnis bekommen und haben ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Am 26. April, also fünf Tage danach, sind wir dann davon unterrichtet worden, dass der Geschädigte verstorben ist, und seitdem wird das Verfahren bei uns unter dem Rubrum Körperverletzung mit Todesfolge gegen vier Mitarbeiter des UKE geführt, drei Mitarbeiter des Sicherheitsdienstes und eine Ärztin.

Wir haben sofort nach dem Versterben eine Sektion beantragt, die ist durchgeführt ... also genehmigt worden vom Ermittlungsrichter am Amtsgericht Hamburg und durchgeführt worden, und dann das Institut für Rechtsmedizin damit beauftragt, alle erforderlichen Untersuchungen vorzunehmen, um die Todesursache zu klären. Diese Untersuchungen sind nicht vollständig, aber weitestgehend abgeschlossen. Wir haben die Mordkommission, das Landeskriminalamt 41, damit beauftragt, alle Zeugen, nicht nur exemplarische Zeugen, sondern alle Zeugen des Vorfalls am 21. April zu vernehmen. Das ist passiert. Die Akte ist vor ungefähr zwei Wochen der Staatsanwaltschaft übersandt worden.

Daraufhin haben wir den mittlerweile vier Verteidigern der vier Beschuldigten Akteneinsicht gewährt und sie aufgefordert, gebeten, binnen eines Monats Stellung zu nehmen. Ein Anwalt hat sich bis heute nicht gemeldet, einer hat eine Stellungnahme für den Dezember angekündigt und zwei haben um eine Fristverlängerung gebeten bis zum 31. Januar 2020.

Das ist im Prinzip der Stand der Ermittlungen. Es gibt nach wie vor den eben genannten Verdacht und es gibt keine Einlassung bisher eines Beschuldigten. Und das wiederum hat zum Ergebnis, dass die Staatsanwaltschaft außerstande ist, zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine bewertende Stellungnahme abzugeben.

Ich kann vielleicht noch ergänzend sagen, dass wir relativ früh in dem Ermittlungsverfahren, ich glaube, wenige Tage nach dem Tod des Geschädigten, schon Kontakt mit Frau Rechtsanwältin Heinecke hatten, Frau Rechtsanwältin Heinecke vertritt die Schwester des Verstorbenen, wenn ich das richtig sehe, ist heute auch hier anwesend, und wir haben also ganz offen miteinander kommuniziert, alle Ermittlungsergebnisse, auch Zwischenergebnisse, mitgeteilt, übersandt, und sind auch so in einem fruchtbaren Dialog, könnte man so sagen. Wir werden alles unternehmen, um die Sache weiter zu klären.

Aber ich bitte Sie darum zu verstehen, dass wir eben zum jetzigen Zeitpunkt nichts weiter sagen können. Und es ist auch tatsächlich prospektiv so, dass man sich kaum vorstellen kann, dass die Ermittlungen bereits im Januar oder Februar nächsten Jahres zum Ende kommen. Es wird weiteren Klärungsbedarf geben, sicherlich weiteren Klärungsbedarf geben, nachdem sich die Beschuldigten zu den Tatvorwürfen geäußert haben.

**Herr Dr. Göke:** Aus Sicht des UKE möchte ich ganz zu Anfang feststellen, dass der Tod eines Menschen auf unserem Campus, der in unserer Obhut ist, eine Tragödie ist und von allen Beteiligten auch als eine solche erlebt wird. Dieser katastrophale Ausgang einer Betreuung oder einer Betreuungsmaßnahme an dem Campus hat bei uns sehr große Trauer, aber auch Irritation ausgelöst. Es hat auch bei dem betroffenen Sicherheitspersonal zu ganz erheblichen Verwerfungen geführt. Es sind Mitarbeiter seit Monaten im Krankenstand, und das nicht nur, weil sie Diskussionen vermeiden wollen,

sondern weil sie wirklich erkrankt sind. Wir haben eine ganze Reihe von Mitarbeitern, die das Haus verlassen haben, weil sie die öffentliche Diskussion nicht ertragen und weil sie sich bewusst geworden sind, dass sie hier an einer Schnittstelle arbeiten müssen, wo solche Vorfälle tatsächlich auftreten können, und das ganz ohne Bewertung.

Wir haben seit Ostern diesen Jahres immer wieder schwere Ereignisse gehabt mit derangierten Patienten, die sehr aggressiv waren, die zum Teil mit Waffen auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter losgegangen sind. Jetzt gerade in dieser Woche ein Vorfall, ein Vorfall, der beim zweiten Mal sogar zum Einsatz eines Sondereinsatzkommandos geführt hat, die dann sich mit gezogener Pistole Zugang zu unserer Psychiatrie verschafft haben, um den Patienten, der da derangiert mit einem Messer versucht hat, einzustechen auf Schwestern und Pfleger, den zu beruhigen. Das waren übrigens Mitarbeiter unseres Sicherheitsdienstes, die die beruhigende Maßnahme ausgeführt haben, den Patienten im wahrsten Sinne des Wortes dann beruhigen konnten und dazu beigetragen haben, dass er mediziert werden konnte.

Diese Ereignisse, das ist das tägliche Brot der Akutpsychiatrie bei uns am Campus. Trotzdem ist es völlig klar, wenn dann ein Ereignis so aus der Bahn gerät, dann herrscht zunächst einmal Erschütterung. Und es ist so, dass am Anfang der Vorkommnisse die große Hoffnung bestand, dass nach dieser Woche, nachdem dann tatsächlich der Patient verstorben ist, dass ... Wir hatten gehofft, dass er auf der Intensivstation sich erholt, dass er wiederkommt und dass wir dann auch hier einen glimpflichen Ausgang feststellen können. Es ist eben ganz anders gekommen. Am Ende des Tages, wie ich heute da sitze, bin ich sehr stark natürlich aus meiner Warte daran interessiert, dass wir hier eine Aufklärung bekommen von extern, eine sachliche Sicht, eine genaue Analyse aller Umstände. Es ist völlig klar, wenn wir schuldhaftes Verhalten am Ende feststellen, werden wir reagieren, und wenn wir Hinweise dafür bekommen, dass man Dinge besser machen kann, werden wir reagieren. Wir versuchen das natürlich zu optimieren, aber ich muss Ihnen ehrlich sagen, die Zunahme von Gewalt, von Aggression im Versorgungsalltag der Psychiatrie und darüber hinaus ist auch an unserem Klinikum wie auch an vielen anderen Kliniken in Deutschland spürbar.

Ich kann mich erinnern, wenn ich das noch sagen darf, als ich als junger Arzt in Amerika gearbeitet habe in einer Stadt in der Nähe von Detroit, da standen die bewaffneten Polizisten ...

(Zuruf aus der Öffentlichkeit: Ablenkung! Und bleiben Sie bitte bei der Wahrheit!)

Darf ich den Satz zu Ende sagen?

(Zuruf aus der Öffentlichkeit: Wir reden hier über einen bestimmten Fall und nicht über Detroit und oder über irgendwen anderen!)

**Vorsitzender:** Ich bitte die Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit, die Auskunftspersonen ausreden zu lassen.

**Herr Dr. Göke:** Was ich sagen möchte, ist, da habe ich gesehen, dass sogar bewaffnete Menschen auf den Stationen im Notfallbereich da standen. Ich habe mein Leben lang gehofft, dass das in Deutschland nie notwendig sein wird, aber ich sage Ihnen, die Zunahme von Gewalt im klinischen Versorgungsalltag macht uns allen große Sorgen. Ich sage es deswegen, damit Sie das Gesamtszenario verstehen. Zum Einzelfall ...

(Zuruf aus der Öffentlichkeit: Sie framen hier gerade! Das ist klar!)

Nein, ich frame nicht, sondern ich komme ... ich versuche, diesen ...

(Zuruf aus der Öffentlichkeit: Können Sie ihn 'mal ausreden lassen? Also wirklich!)

Ich würde gern einmal dieses Vorkommnis in einen Gesamtzusammenhang des Versorgungsalltags stellen. Und der Vorwurf in der Öffentlichkeit, den wir festgestellt haben, war ja, dass bei uns regelhaft in einer Art und Weise agiert wird, die nicht rechtens wäre, und das muss ich hier an dieser Stelle auch noch einmal klar zurückweisen.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Dann habe ich jetzt hier die ersten Wortmeldungen. Bevor ich Herrn Dr. Tode das Wort erteile, möchte ich noch einmal die Vertreterinnen und Vertreter der Öffentlichkeit darauf hinweisen, dass das Rederecht in diesem Ausschuss den Abgeordneten vorbehalten ist, weil ich da schon erste Wortmeldungen sehe. Herr Dr. Tode bitte.

**Abg. Dr. Sven Tode:** Ja, vielen Dank. Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Wir sind alle sehr erschüttert gewesen über dieses Ereignis und wir sind es auch noch, zumal wir ja immer noch nicht wissen, was der Grund ist, und haben aber natürlich auf der anderen Seite auch vollstes Vertrauen in die Staatsanwaltschaft, dass sie das entsprechend ermittelt und entsprechend auch dafür Sorge trägt, dass hier alle zu Gehör kommen.

Auch uns ist es natürlich wichtig, unser Mitgefühl auszudrücken allen Betroffenen, und es ist schon schwierig, damit, glaube ich, umzugehen. Ich kann das auch vielleicht aus meiner privaten Erfahrung sagen, meine Mutter war selbst psychiatrisch krank, also insofern kenne ich Psychiatrien und weiß auch, wie dort vor 40 Jahren noch verhandelt wurde. Da wurden Menschen fixiert und da gab es Insulinschocks, die man also mit Zucker, Tee hervorgerufen hat und verschiedene andere Sachen. Also das ist schon ein schwerer Bereich, in dem man in der Psychiatrie sowohl für die Patientinnen und Patienten als auch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die dort sich entsprechend um die Patienten kümmern müssen.

Trotzdem, das ist uns auch sehr wichtig, haben wir gleich, als dieses Ereignis war, gesagt, dass wir eine Selbstbefassung hier in diesem Ausschuss brauchen, um genau dafür Sorge zu tragen, nicht nur das, was die Staatsanwaltschaft macht, was sie sozusagen von Amts wegen macht, sondern dass wir auch gucken wollen, inwieweit die Umstände möglicherweise verbessert werden können, dass solche Vorfälle nicht wieder vorkommen. Also, man kann es natürlich nie ganz ausschließen, aber man möchte schon dafür sorgen, dass die Möglichkeit besteht, dass das so minimiert wie möglich ist. Und insofern ist es für uns sehr wichtig, dass nicht nur die staatsanwaltschaftliche Ermittlung stattfindet, sondern dass wir uns auch mit den Umständen, die, völlig richtig, wie Sie es gesagt haben, natürlich auch für alle eine Herausforderung darstellen. Und ich glaube, auch keiner würde jemandem unterstellen, dass er irgendetwas hier böswillig von vornherein macht. Ich glaube, das wird hier keiner in diesem Raum tun.

Und dennoch ist es wichtig, dass wir eben auch alle zu ihrem Recht kommen lassen. Und aus meiner Erfahrung ist es halt so, dass es jahrelang gebraucht hat, bis psychiatrisch kranke Patienten auch entsprechend mit Rechten ausgestattet wurden, die sie eben vor Jahrzehnten nicht hatten. Und das ist auch, glaube ich, sehr wichtig, dass das so ist, und insofern ist es auch unserer Aufgabe, aus meiner Sicht jedenfalls, als Volksvertreter, dafür zu sorgen, dass genau diese Umstände eben auch so sind, dass alle Menschen in ihrer jeweiligen ... mit ihrem jeweiligen Krankheitsbild auch zu ihrem Recht kommen können.

Es ist natürlich schade, dass wir jetzt sozusagen noch nicht weiter sind mit den Ermittlungen, aber so ist halt der Gang der Justiz. Wir werden aber trotzdem dieses weiter verfolgen. Und auch, wenn die Bürgerschaftsperiode ja enden wird im Februar, ist es ganz



sicher für uns eine weitere Aufgabe, dieses Thema auch wieder aufzugreifen, und das kann ich Ihnen auch für unsere Fraktion auf jeden Fall versprechen, dass wir das auch wieder aufgreifen werden und auch weiter verfolgen werden.

Es gab in dem Zusammenhang ja auch schon mehrere Diskussionen im Ausschuss für Gesundheit und Verbraucherschutz, und auch da wird man sicherlich dieses Jahr regelmäßig weiter verfolgen, also, wenn man über das entsprechende Gesetz ... was dazu die Grundlage betrifft, spricht.

Also ich habe sozusagen, kann hier keine Fragen stellen, weil die Staatsanwaltschaft ja gesagt hat, dass wir keine weiteren Auskünfte bekommen, wollte aber doch zumindest zur Kenntnis geben, dass wir uns weiter mit diesem Fall auch hier in diesem Ausschuss beschäftigen werden. – Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Vielen Dank. Herr Gamm bitte.

**Abg. Stephan Gamm:** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte auch im Namen der CDU-Fraktion unsere Anteilnahme zum Ausdruck bringen und unser Beileid den Angehörigen und Freunden bekunden.

Ich habe darüber hinaus doch noch eine inhaltliche Frage, und zwar schreibt ja der Senat in seiner Antwort auf die Schriftliche Anfrage 21/17007, dass von den drei Verfahren, die sich auf die körperliche Unversehrtheit des Geschädigten bezögen, zwei eingestellt worden seien und es noch ein weiteres, ein drittes Verfahren laufe, das sich allerdings nicht auf diesen Inhalt bezieht. Mir ist klar, dass Sie natürlich nichts zum laufenden oder zu den Ergebnissen des laufenden Verfahrens sagen können, aber können Sie vielleicht kurz darstellen, was denn der Gegenstand dieses dritten Verfahrens ist, das sich eben nicht auf die körperliche Unversehrtheit des Geschädigten bezieht? – Danke.

**Vorsitzender:** Der Senat bitte.

**Senatorin Fegebank:** Ich gucke einmal zu Herrn Mahnke. Können Sie dazu etwas sagen?

**Herr Mahnke:** Nein, ich bin völlig überfragt. Ich weiß nicht, worum es geht.

(Zuruf: Ich glaube, das ist ein Missverständnis!)

**Senatorin Fegebank:** Können Sie sonst einmal ...

**Vorsitzender:** Herr Gamm, können Sie vielleicht noch einmal die Drucksachenummer zitieren und dann kann der Senat da vielleicht einmal kurz suchen, ob die Drucksache vielleicht vorliegt, und dann können wir das mit aufklären.

**Abg Stephan Gamm:** Das ist die 21 und dann 17007.

**Vorsitzender:** Ich würde vorschlagen, dass ich einmal Herrn Gögge das Wort erteile und der Senat kann ja einmal suchen und dann sehen wir, ob wir das gleich beantworten können. Herr Gögge bitte.

**Abg. René Gögge:** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich möchte ungern alles wiederholen, aber trotzdem ist mir ein wichtiges Bedürfnis, auch im Namen der Fraktion der GRÜNEN mein Bedauern über diesen Todesfall auszusprechen. Unabhängig von den Ergebnissen, die die Ermittlungen eines Tages dann ja hoffentlich haben werden, ist so eine Situation natürlich die größtmögliche Katastrophe, die bei einer Behandlung in einem Klinikum eintreten kann.

Ich bin ganz dankbar, dass wir das heute auf der Tagesordnung auch haben heute, hier diese Selbstbefassung, weil wir zwar einerseits gelernt haben, dass es noch nicht so wirklich viel zu berichten gibt anhand des Standes der Dinge, wie er heute ist, trotzdem ist es auch ein wichtiges Signal, wie ich finde, dass wir, da bin ich mir mit Herrn Tode auf jeden Fall einig, da weiter dranbleiben wollen an dieser Thematik. Ich glaube, es ist vom Zeitablauf her bei einem vermeintlichen Tötungsdelikt völlig normaler Zeitablauf, dass die Staatsanwaltschaft jetzt noch nicht soweit ist, hier weitere Auskünfte geben zu können, aber Herr Tode hat das ja schon zugesagt und ich möchte das bestätigen, dass wir natürlich auch, wenn dann eine neue Wahlperiode beginnt, trotzdem weiterhin daran interessiert sind, die dann hoffentlich irgendwann vorliegenden Ermittlungsergebnisse auch zur Grundlage zu nehmen, um mögliche Konsequenzen für Abläufe zu beraten. Insofern kann ich zusagen, dass wir uns, jedenfalls von unserer Seite aus, weiterhin damit befassen wollen.

**Senatorin Fegebank:** Herr Vorsitzender?

**Vorsitzender:** Ja bitte.

**Senatorin Fegebank:** Wir haben zwischenzeitlich uns jetzt die Anfrage noch einmal angeguckt und ich würde Herrn Göke bitten, den Sachverhalt, den Sie eben aufgerufen haben, einmal aufzuklären und einzuordnen, weil es sich nicht um den Fall handelt, über den wir heute hier sprechen.

**Herr Dr. Göke:** Ich glaube, das ist ein Missverständnis, aus der Lektüre der Antwort aus dieser entsprechenden Drucksache heraus abzuleiten. Es war die Frage, ob andere Verfahren bekannt seien. Das hat mit dem Fall, den wir jetzt hier besprechen, gar nichts zu tun, und es sind eben diese Verfahren aus der Kenntnis des UKE berichtet worden, dass diese Verfahren anhängig waren, die aber alle zu keinem Ergebnis geführt haben im Sinne einer Anklageerhebung.

**Vorsitzender:** Herr Celik bitte. Oder ... Okay, dann Herr Dolzer.

**Abg. Martin Dolzer:** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Erst einmal auch vielen Dank an die Auskunftspersonen für die Auskunft. Wir sind als LINKE auch betroffen und wir haben auch das zum Ausdruck gebracht und finden es auch wichtig, in der Kommunikation mit den Betroffenen, mit der Familie in der Kommunikation auch ... An der Trauerfeier haben wir teilgenommen, weil wir es wichtig finden, dass dieser Tod aufgeklärt wird und dass mit den Menschen, die betroffen sind, das ernst genommen wird, was die denken, was sie für Sorgen haben.

Wir sind so ein bisschen beide erstaunt, erschrocken darüber, dass wir jetzt hier bei diesen Terminen ... Weil, wir haben es angedeutet gehabt und angefragt gehabt. Man kann die unterschiedlichen Aspekte – wir haben hier ja mehrere Ebenen, die wir analysieren müssen, die wir aufarbeiten müssen – die unterschiedlichen Aspekte kann man an unterschiedlichen Punkten sehr gut behandeln. Ich habe vollstes Verständnis dafür, dass, wenn die Staatsanwaltschaft in einem Ermittlungsverfahren ist, dass sie keine Auskünfte über die Auskünfte, die sie jetzt gegeben haben, hinaus geben können, weil es das Ermittlungsverfahren bedingt. Allerdings, alle anderen Koordinaten, um die es geht und wo Herr Celik gleich noch einige, und ich auch, einige Komponenten in den nächsten Runden erfragen werden, wenn wir denn hier noch weitere Runden haben, also ich weiß ja nicht, was die anderen Fraktionen vorbereitet haben. Es ist einmal die Komponente insgesamt, wie ist die Situation in der Psychiatrie vom Personal her, von der Gesamtausstattung, von den Behandlungskonzepten und vor allem dem Spannungsfeld Behandlungskonzept und Personal, welche Grundlinien gibt es für welche Eingriffsmuster. Das sind alles

Komponenten, die wir gleich noch erfragen werden im Genaueren, über die wir uns völlig unabhängig und schon eigentlich ab dem ersten Tag nach dem Vorfall unterhalten hätten können und auch noch immer können. Auch die Komponente, was aus der Black Community hier eingebracht worden ist, die Komponente, inwieweit dieser Vorfall einen rassistischen Hintergrund gehabt haben kann, auch diese Komponente kann man vielleicht nicht nur im Detail am Einzelfall, sondern auch in Form von dem, was im UKE einmal bisher gemacht worden ist und was man perspektivisch machen kann, auch das kann man völlig unabhängig von dem jetzigen Ermittlungsstand erörtern. Das haben wir eingefordert direkt nach dem Vorfall, dass wir das voneinander abtrennen, weil wir uns gedacht haben, dass sonst eine Aufklärung, nicht nur eine Aufklärung, sondern auch eine Befassung, eine gesellschaftliche Befassung mit der Problematik, mit der wir es zu tun haben ... Und da bin ich so ein bisschen bei dem Vertreter vom UKE, es gibt einmal die individuelle Problematik und es gibt aber auch eine allgemeine Problematik, die diesem individuellen Fall zugrunde liegt. Man muss den individuellen Fall aufklären, und das zwar möglichst gut, möglichst schnell und möglichst tief und ohne irgendwelche Auslassungen, man muss aber auch gucken, in welchem gesellschaftlichen Rahmen und welchem Rahmen des Zustandes insgesamt des Umgangs mit gesellschaftlich ausgegrenzten Personen das stattfindet, egal, ob es sich um psychisch Kranke handelt oder auch um People of Color. Und diese Aspekte, die müssen wir in der Tiefe diskutieren. Und das hätten wir schon lange machen können. Und jetzt warten wir ein halbes Jahr und wir haben beide – acht Monate –, wir haben erwartet, dass wir heute, wie das eigentlich auch besprochen war und angekündigt war, wenn wir dann in das Verfahren einsteigen, wirklich auch in dem Einzelfall mehr aufklären können. Das ist, sagen wir einmal, nicht im Sinne dessen, wie es bis jetzt besprochen war.

Uns stellen sich natürlich Fragen, wenn wir uns mit dieser Situation auseinandersetzen, die es dort gab. Dort gab es einen Vorfall, den wir nicht vorverurteilen wollen und auch nicht können, wo sich aber Fragen aufdrängen, zum Beispiel, was dort passiert ist mit den Securities und dem Patienten. Wenn man sich die Schilderungen anguckt, die in der Zeitung stehen jetzt, das ist unabhängig von Ihren Ermittlungen, wenn man sich nur das anguckt und dann ein bisschen in die Recherche geht, was ist die Debatte in Fachkreisen darum, um was es sich gehandelt haben kann, dann kommt man als Erstes zu einem Fachbegriff, lagebedingter Erstickungstod, wo gesagt wird, alle Polizeibeamten werden daraufhin geschult, dass zum Tode führende Formen von Asphyxie, heißt das, auftritt, wenn eine Person in einer Körperhaltung sich befindet, in der die Atmung behindert wird. Und dieser Mensch lag auf dem Bauch, es hat sich jemand auf ihn drauf geknie. Entsprechend ist ihm sogar nach einigen Berichten der Mund längere Zeit zugehalten worden. Die Polizeibeamten werden daraufhin geschult, die Frage ist, wird ein Security-Dienst auch daraufhin geschult. Die Frage, die einem sich sofort aufdrängt, ist, hat es sich um so etwas gehandelt oder hat es einen ganz anderen Grund gehabt. Deshalb die Frage. Die Ermittlungsergebnisse können natürlich in Bezug auf den Vorfall selber nicht hier bekanntgegeben werden. Ist der Obduktionsbericht, ist dieses Verfahren insgesamt abgeschlossen, gibt es da ein Ergebnis, sind da solche Erwägungen gemacht worden, das sind Fragen, die stellen sich einem sofort, wenn man sich mit diesem Fall beschäftigt, neben den gesellschaftspolitischen Komponenten, die ich jetzt benannt habe und neben den arbeitsrechtlichen und Arbeitsbedingungen, auf die wir gleich in konkreten Fragen noch einmal eingehen.

Ich habe Verständnis, wenn die Staatsanwaltschaft nicht im Ermittlungsverfahren Auskunft geben kann, ich finde es aber trotzdem vollkommen mangelhaft, wie wir mit diesem Fall umgehen. Und ich würde mich auch freuen, wenn wir im Laufe dieser Sitzung dazu kommen würden, dass wir uns über all die Aspekte unterhalten können, die jenseits des Ermittlungsverfahrens liegen. Das wäre für mich ein guter Fortgang dieser Sitzung. Vielleicht kann zu diesem ersten Aspekt, den ich kurz eingeworfen habe, schon etwas gesagt werden. Ich komme später noch einmal auf die Perspektiven in Bezug auf, sagen

wir einmal, antirassistische Schulung am UKE zurück. Und Herr Celik wird noch etwas zu den weiteren Arbeitsbedingungen sowohl der Angestellten wie auch der Security-Mitarbeiterinnen sagen.

Was ich ganz kurz zu Anfang sagen will, ich habe mit mehreren Menschen gesprochen, die eine Weile genau in der Psychiatrie oder auch in der Abteilung gearbeitet haben, und einige haben schon vorher dort aufgehört auch zu arbeiten, weil sie gesehen haben, dass für den anspruchsvollen Behandlungs-, sagen wir einmal, -ansatz, der im UKE im Vergleich zu anderen Krankenhäuser umgesetzt wird, zu wenig Personal da ist. In anderen Krankenhäusern wird wesentlich weniger personalintensiv ein Ansatz gefahren. Im UKE wird ein guter Ansatz eigentlich gemacht in der Behandlung, aber wenn zu wenig Personal da ist, dann kann das Personal und muss das Personal zwangsläufig mit immer mehr eskalierenden Situationen rechnen, weil in einem behandlungsintensiven Ansatz auch wichtig ist, dass die Menschen vor Ort sein können und diesen behandlungsintensiven Ansatz ausfüllen können. Auch darüber, finde ich, müssen wir heute uns auseinandersetzen. Und dann hätte ich auch gern zu diesem Aspekt auch eine Stellungnahme des UKE.

**Vorsitzender:** Gut, bevor ich das Wort dem Senat erteile, möchte ich hier noch einmal vielleicht klarstellen, weil wir ja auch ein Wortprotokoll haben, dass es keinerlei Absprachen zwischen den Obleuten oder mit dem Senat oder in irgendeine Richtung gibt, dass heute irgendwelche Fragen nicht gestellt werden können. Das heißt, Sie sind geradezu aufgefordert, alle diese Fragen, die Sie mitgebracht haben, hier auch zu fragen, und der Senat wird, soweit er es kann, dann entsprechend auch zur Verfügung stehen, diese Fragen zu beantworten. Mir liegt jedenfalls keine gegenlautende Information vor.

Jetzt erst einmal zur Beantwortung der bisher gestellten Fragen der Senat.

**Senatorin Fegebank:** Ja, Herr Abgeordneter, sehen Sie es mir nach, das war ja jetzt eine sehr umfassende Darstellung und Einführung Ihrerseits in den Sachverhalt und Ihre Perspektive auf die Dinge. Ich habe für mich jetzt erst einmal zu Beginn einen großen Komplex herauskristallisiert, nämlich die Situation in der Psychiatrie und die daran angehängten Fragen, so leiteten Sie ein. Und deshalb würde ich zu dem Komplex jetzt dem UKE, Herrn Göke beziehungsweise, ich nehme an, Herrn Professor Gallinat einmal das Wort geben, die Situation der Psychiatrie im UKE, aber vielleicht auch noch einmal in dem Kontext der Gesamtsituation der Psychiatrie in Hamburg darzustellen, weil das jetzt vielleicht für diesen Ausschuss auch wichtig ist, da einmal ein umfassendes Bild zu bekommen, wie eigentlich hier in Hamburg in Sektoren unterteilt dann gearbeitet wird und welche Patienten und Krankheitsbilder dann auch in überwiegendem Maße ans UKE gebracht werden. Herr Göke beziehungsweise Herr Gallinat.

**Herr Dr. Göke:** Ja, ich darf vielleicht sagen, wir haben ja neun Kleine Anfragen gesehen und mitbearbeitet. In diesen Anfragen ist vieles von dem, was Sie hier vorgetragen haben, explizit beantwortet worden und ich gehe davon aus, dass Sie die Antworten auch studiert haben und gelesen haben. Ich kann jetzt natürlich vorlesen aus diesen Antworten, aber ich glaube, das führt uns jetzt nicht weiter.

Eine explizite Frage, die Sie vorgetragen haben, die Frage nach der Qualifikation der Mitarbeiter im Sicherheitsdienst kann ich aber gern beantworten noch einmal, obwohl wir das auch schon beantwortet haben. Es gibt für alle Mitarbeiter eine externe Deeskalationsschulung, wir haben eine Rechtsschulung durch proSicherheit, zwei Schulungen à drei Mitarbeiter, also in einem Verhältnis, wo auch erfolgreich geschult werden kann. Wir haben ein externes körperliches Deeskalationstraining für alle eigentlich im Angebot und auch verpflichtend im Angebot. Wir haben eine interne Rechtsschulung, die durch einen unserer Juristen vorgetragen wird, und wir haben durch den Oberarzt

Schöttle eine ständige Vermittlung der Krankheitsbilder in der Psychiatrie. Also da ist eine umfassende Schulungsaktivität zu verzeichnen und das haben wir auch entsprechend dargestellt bereits. Dafür gibt es Zertifikate und Qualifikationen, die, wenn man so einen Sicherheitsdienst anbietet, auch nachgewiesen werden müssen. Alle die Mitarbeiter, von denen wir am Montag wissen, die beteiligt waren, haben diese Schulungen gemacht, um diese Zertifikate vorzuweisen.

Was die akute Situation, das ist das, worauf ich mich jetzt hier vorbereitet habe, am Tag der Geschehnisse anbelangt, war das ein Feiertag. An diesem Feiertag sind viele Patienten gar nicht in der Klinik, sondern auf Heimaturlaub oder auf Probeurlaub oder, ich weiß nicht genau, wie der therapeutische Terminus technicus ist, das kann Herr Gallinat ja gleich noch einmal verbessern. Das heißt, die Personalsituation war überhaupt nicht angespannt, es war eine Situation der Normalversorgung, vielleicht sogar der guten Normalversorgung, sodass jetzt hier in einer Situation von Personalmangel das nicht abgelaufen ist. Das kann man also ganz klar und eindeutig festhalten, weil es ein Feiertag war und weil viele Patienten gar nicht da waren.

Herr Gallinat wird sicherlich mit mehr Expertise zu dem allgemeinen Psychiatriethema Stellung nehmen können.

**Herr Dr. Gallinat:** Ich bin der Direktor der Klinik und ich möchte natürlich auch an der Stelle sagen, dass ich das unendlich bedaure, was passiert ist. Wir haben einen Patienten verloren und niemand in der Klinik wünscht sich so etwas, niemand wünscht sich so eine Situation. Und gerade angesichts dieses Vorfalls muss man sagen, ist die Klinik ziemlich erschüttert gewesen, auch von dem, was dann im Gefolge passiert ist. Und das hat auch mit dieser Klinik etwas gemacht sozusagen, nicht nur, weil es diesen tragischen Tod gegeben hat, sondern auch, und das wage ich zu behaupten, weil diese Klinik eine der psychiatrischen Universitätskliniken ist, die sich vor allem eben der Versorgung und Behandlung von schwer kranken Patienten widmet, die das sozusagen ganz oben auf der Fahne stehen hat, weil in Deutschland und auch in Hamburg wir da durchaus ein Problem haben.

Vielleicht ist Ihnen bekannt, dass die Anzahl der schwer kranken Patienten zunimmt, wir haben seit den Achtzigerjahren eine deutliche Zunahme von Unterbringungen nach PsychKG, also zwangsweise Einweisung in die psychiatrischen Kliniken, das auch überproportional zum Wachstum der Bevölkerung. Und wir sind natürlich in Hamburg in einem Brennpunkt, das ist eine Metropole mit all ihren Herausforderungen und Schwierigkeiten, Intoxikationen, Psychosen, viele Patienten reisen auch psychotisch krank nach Hamburg. Und das ist ein Punkt, der in diesem Kontext nicht ganz unbedeutend ist. Der Versorgungssektor des UKE liegt in den Bereichen der Brennpunkte der Stadt, das ist die Reeperbahn, St. Pauli, der Hauptbahnhof, St. Georg. Und wir haben als Universitätsklinik bezogen auf alle anderen Krankenhäuser die meisten akuten untergebrachten Patienten, die von Wohnungslosigkeit betroffen sind oder die von außerhalb kommen. Das sind typischerweise sehr schwer kranke Patienten, die haben typischerweise auch ein Abhängigkeitsproblem, und wir haben auch typischerweise sehr viel Gewalt im Spiel. Das UKE hat unter diesen Patienten absolut die meisten zu versorgen. Das liegt daran, wenn jemand keinen Wohnsitz hat, in St. Georg aufgefunden wird, wird er ins UKE gebracht. Und das macht die Versorgung schwierig. Man muss dazu aber sagen, dass die Personalausstattung des UKE gut ist beziehungsweise sehr gut ist und ich wage auch zu behaupten, im Vergleich zu anderen Kliniken sehr gut ist, auch in diesen Tagen, von denen wir jetzt gerade sprechen. Aber natürlich muss man das auch sehen im Kontext der Belastung. Das heißt, die Anzahl der Patienten, die uns anheimgestellt werden, ist diesbezüglich sehr, sehr groß. Das ist so ein bisschen ein Strukturthema.

Trotzdem ist das UKE mit den Themen der Deeskalation, mit möglichst wenig Gewalt in der Psychiatrie und mit alternativen Versorgungsmodellen deutschlandweit bekannt. Es gibt Themen wie zum Beispiel integrierte Versorgung, wo wir es geschafft haben, gerade bei psychotischen Patienten die Anzahl der Zwangseinweisungen oder die Anzahl der Krankenhaustage deutlich zu senken. Das sind Patienten, die typischerweise eine Schizophrenie haben. Wir haben im Bereich der Sozialpsychiatrie ..., sind wir bekannt für die entsprechenden Konzepte. Wir haben momentan auch durch die Initiative Akutpsychiatrie einen sehr großen Aufschlag gemacht, Akutversorgung von psychisch Kranken außerhalb der Kliniken zu organisieren, das heißt, aufsuchende Versorgung zu Hause oder im Wohnheim. Und diese Themen haben uns letztendlich umgetrieben, um natürlich genau das zu erreichen, was wir eigentlich konzeptuell wollen, Behandlung auf Augenhöhe, Mitspracherecht der Patienten und eine sehr humane Psychiatrie. Und deswegen hat uns das, was jetzt passiert ist, besonders mitgenommen, weil es im Grunde genommen das Gegenteil scheinbar skizziert.

Was das Personal angeht, muss man sagen, ist es zunehmend schwer, Personal zu bekommen für den Betrieb einer Akutstation, weil dort in der Tat sehr viel Gewalt herrscht, weil die, ich sage jetzt einmal, Konzentration von schwer kranken Patienten sehr hoch ist. Ich habe das eben skizziert, und das ist für Mitarbeiter, die auch eine innere Mission haben und die ein Konzept verfolgen, durchaus schwierig, in der Intensität entsprechend zu arbeiten. Wir haben versucht, darauf beständig zu reagieren durch Umbauten, durch neue Maßnahmen, externe ambulante aufsuchende Versorgung et cetera, aber die Situation ist eben teilweise sehr schwierig. Trotzdem muss man sagen, die personelle Ausstattung ist hier nicht das kritische Element. Man kann immer mehr verlangen, man kann immer mehr auch anwenden, aber das ist nicht unser Kernproblem.

Und was die Konzepte angeht, so sind wir beteiligt an entsprechenden Konzepten oder haben sie selbst entwickelt, vielleicht ist manchen das Thema Weddinger Modell ein Begriff oder Dialog und andere. Das sind Themen, die im Grunde auch von der Fachwelt Hamburg übergreifend weithin bekannt sind und die zielen im Grunde auf so etwas wie Deeskalation ab. Trotzdem, ich gebe zu, es ist passiert im UKE, das ist eine Katastrophe, das ist schlecht. Aber ich bitte auch ein bisschen um Verständnis, dass diese Klinik nicht das Bild abgibt, was sie zum Beispiel in der Presse in den vergangenen Monaten scheinbar abgegeben hat.

**Senatorin Fegebank:** Herr Mahnke hatte sich zu Wort gemeldet.

**Herr Mahnke:** Noch einmal ganz kurz auf Ihre Einwände zurückkommend, es ist natürlich nicht so, dass man gar nichts sagen kann. Wir wollen nicht bewerten im Sinne von Vorverurteilen, aber es ist natürlich so, dass man sagen kann, dass wir, wenn man alle Zeugenaussagen, die wir uns angeguckt haben, die wir beschafft haben, die wir durchgeführt haben, wenn man sich das anguckt, wir sind nicht auf irgendeinen Hinweis gestoßen, der in eine rassistische Richtung deutet. Es gibt keinen Anhaltspunkt, der in diese Richtung geht. Das ist das eine.

Das Zweite ist, wir können tatsächlich was zur Obduktion sagen. Es ist nicht so, dass das etwa Teufelszeug ist, was verschwiegen werden sollte. Wir können sagen, dass man mit Sicherheit ausschließen kann, dass es diesen lagebedingten Erstickungstod gegeben hat, von dem Sie gesprochen haben. Die Todesursache ist so zu beschreiben, dass ursächlich natürlich das Einwirken war, aber es ist auch festgestellt worden, dass der Geschädigte eine massive Herzvorschädigung hatte.

(Zuruf aus der Öffentlichkeit: Eine was? – Zuruf: Eine Herzvorschädigung!)

Eine massive Herzvorschädigung hatte. Das ändert nichts daran, dass das, was passiert ist, nach vorläufiger Betrachtung kausal war im juristischen Sinne. Diese Ursache kann nicht weggedacht werden, ohne dass der Erfolg entfiel, genau in diesem Sinne, es war kausal, aber es gab auch diese Vorschädigung, die in ihrer Intensität zu beurteilen ich im Moment gar nicht in der Lage bin, weil ich nicht der Fachmann dazu bin. Dafür haben wir uns, werden wir uns weiter Rat holen aus dem Institut für Rechtsmedizin. Aber bei vorläufiger Betrachtung hat das Institut für Rechtsmedizin von einer sehr massiven Vorschädigung berichtet. Ja, das wird weiter natürlich geklärt werden. Das kann man dazu sagen, ohne dass man voreingenommen ist, weil es sich natürlich objektivieren lässt. Das kann man hier so erklären, ohne dass man sich in die Frage begibt, voreingenommen zu sein.

Also keine Hinweise auf eine rassistische Motivation und garantiert kein lagebedingter Erstickungstod, sondern ein Zusammenbruch der Vitalfunktionen, verursacht durch einen körperlichen, repressiven Übergriff, möglicherweise oder sehr, sehr wahrscheinlich begünstigt durch eine massive Vorschädigung des Geschädigten.

(Zuruf aus der Öffentlichkeit: Aber das ist doch ... Wer hat untersucht, dass es eine rassistische Tat war?)

**Vorsitzender:** So, Herr Dolzer hat aufgezeigt, dass er noch eine Nachfrage hat. Bitte.

**Abg. Martin Dolzer:** Genau zu dem Punkt, den Sie eben beschrieben haben, Herr Staatsanwalt Mahnke.

Ich warte einmal.

(Zuruf)

Kein Problem, wir haben ja Zeit.

Also ich finde das ... Also können wir die bilateralen Sachen nicht auch später machen?

**Vorsitzender:** Also, ich glaube, es ist der Aufklärung der allgemeinen Information dienlich, wenn wir uns die 20 Sekunden kurz nehmen, die da zur Abstimmung möglicherweise dann weiter beitragen. Gibt es noch einen ...?

**Herr Mahnke:** Frau Heinicke, die Vertreterin der Schwester des Verstorbenen, macht auf ein neuropathologisches Gutachten aufmerksam, in dem darauf hingewiesen wird, dass es eine Sauerstoffunterversorgung des Gehirns vor dem Zugriff gegeben hat. Das sind aber Einzelheiten, die man jetzt hier nicht ernsthaft diskutieren und besprechen kann. Es bleibt eigentlich dabei, bei dem, was ich gesagt habe, ohne dass das irgendwie Ausdruck einer Voreingenommenheit gewesen ist. Es gibt ... Ursächlich ist es eine repressive Einwirkung einerseits und andererseits gab es eine Vorschädigung. Das ist durch das IfR so festgestellt worden. Und ich wüsste jetzt nicht, inwiefern das relativierbar wäre. Das sagt im Prinzip nichts, das soll nur deutlich machen, dass wir der Sache wirklich auf den Grund gehen, versuchen auf den Grund zu gehen, so weit es möglich ist, und dass die Dinge eben nicht so eindeutig sind, wie sie hier am Anfang oder aus bestimmten Richtungen erschienen sind. Sie sind schwierig, sie sind medizinisch schwierig und die Sache ist, das darf man vielleicht auch noch einmal ganz kurz sagen, die Sache ist auch in rechtlicher Hinsicht außerordentlich kompliziert und wird schwer zu beurteilen sein. Das ist kein Selbstgänger, das ist kein Evidenzfall, das ist ein sehr schwieriger Fall, sowohl in dieser medizinischen tatsächlichen Hinsicht als auch nachher in der rechtlichen Beurteilung.

(Zuruf aus der Öffentlichkeit: Er ist einfach totgeschlagen worden, was ist daran so schwierig?)

**Vorsitzender:** So, Herr Dolzer, Sie hatten eine Nachfrage angekündigt, die würde ich Ihnen jetzt gern ermöglichen. Bitte, Herr Dolzer.

**Abg. Martin Dolzer:** Ich finde das ja sehr interessant, was Sie, Herr Mahnke, eben gesagt haben. Sie haben gesagt, also es ist ein repressiver Eingriff und es gab einen Herzfehler. Da habe ich an das UKE die Frage mit dem Herzfehler, warum konnte der nicht vorher diagnostiziert werden. Ist der vorher diagnostiziert worden?

Zweite Frage, wenn man sich wirklich mit diesem lagebedingten Erstickungstod auseinandersetzt, dann heißt es, ich zitiere das einfach einmal: "Eine Anzahl von Personen stirbt, während sie von der Polizei oder Vollzugsbediensteten oder von Pflegepersonal gefesselt worden sind. Gewahrsamstod nennt man das umgangssprachlich. Der lagebedingte Erstickungstod könnte einer der Faktoren in einigen dieser Fälle sein. Möglicherweise ist eine Person, die mit dem Gesicht nach unten gefesselt ist, stärker beim Atmen behindert, als wenn sie mit dem Gesicht nach oben liegt. Fast alle Personen, die während der Fesselung starben, haben sich über längere Zeit erheblich gegen die Fesselung gewehrt. Beim lagebedingten Erstickungstod spielen körperliche Positionierung, Sauerstoffdefizit aufgrund von unterschiedlichsten Faktoren, Belastung des Brustkorbs und andere Faktoren eine Rolle. Weitere Faktoren, die das Todesrisiko erhöhen, sind Übergewicht, Herz- und Atemerkkrankungen und Drogenmissbrauch." Und genau an dem Punkt, deshalb hatte ich das ja am Anfang erwähnt, Polizeibeamtinnen und -beamte werden daraufhin geschult, Personen nicht auf dem Bauch liegend zu fesseln und dann Druck auszuüben. Security-Personal wird nicht unbedingt daraufhin geschult, das nicht zu machen.

Ich habe noch was gefunden von einer Jiu-Jitsu-Schule, die das noch einmal genauer beschreiben. Die beschreiben, wie beim ... Ich lese auch das vor, weil es natürlich gut ist, wenn es genau ist: "In der Medizin tritt dieses Phänomen unter anderem bei Verkehrsunfällen, Einklemmungen, Verschüttungen und dem plötzlichen Kindstod auf, auch bei der Anwendung gewisser Jiu-Jitsu- und Judo-Techniken." Und dann erklären sie das, es wird Druck ausgeübt und dann anatomische Grundlagen. Und da wird es dann interessant: "Damit der Körper stets genügend mit Sauerstoff versorgt werden kann, braucht es eine variable angepasste Atmung, das heißt, ein Regelungssystem. Sensoren in den Blutgefäßen melden dem Gehirn, wenn der Sauerstoffpartialdruck im Blut unter eine gewisse Grenze fällt. Das Gehirn reagiert zum Beispiel mit Ausschüttung von Adrenalin, mit einem Anstieg der Atemfrequenz, des Atemzugsvolumens und des Blutdrucks, damit die Durchblutung des Gehirns als empfindlichstes und wichtigstes Organ des Körpers nicht gefährdet wird. Der Körper braucht erheblich mehr Sauerstoff, vorwiegend bei körperlicher Aktivität, aber eben auch wenn es durch emotionalen Stress zu Situationen kommt. Und dann ist es immer der gleiche Ablauf, durch Anstieg des Adrenalins kommt es zur Krampfbereitschaft mit maximaler Wachsamkeit und Kraft, eine von der Natur eingerichtete Reaktion, die dem Neandertaler das Überleben im Kampf gegen seinen Jagdbeute gesichert hat, und heute noch immer als Risikofaktor für Herz-Kreislaufkrankheiten in der Medizin eine Rolle spielt. Damit auch mehr Sauerstoff aus den Lungen aufgenommen werden kann, darf der Brustkorb nicht eingeengt sein." Und genau da wird es dann eben interessant, wenn, falls in der Obduktion festgestellt worden ist, dass zu wenig Sauerstoff dem Gehirn zugeführt worden ist vor dem Tod, dann ist das zumindest aus dieser Sicht ein Indikator dafür, dass man das noch einmal weiter überprüfen muss. Und da, finde ich, ist interessant, noch einmal genauer zu fragen. Nach meinen bisherigen Informationen ist die Obduktion von dem Leiter der zuständigen Rechtsmedizin am UKE, Herrn Dr. Klaus Püschel, durchgeführt worden, der ein sehr renommierter Forensiker ist, der allerdings in Hamburg auch für die Untersuchung



beziehungsweise für die Verantwortung der Untersuchung, die Anleitung bei Achidi John, der durch einen Brechmitteleinsatz gestorben ist, mitverantwortlich war. Ist die Frage, können Sie das beantworten? Wer hat die Obduktion durchgeführt? Wenn Herr Püschel das gemacht hat, hat er das allein gemacht? Gab es noch weitere Personen, die diese Obduktionen auch durchgeführt haben? Und wenn, haben diese Personen in irgendeiner Abhängigkeit zum UKE oder zur Herrn Dr. Püschel in Form von vorheriger ..., Studium bei ihm oder in irgendeiner Form finanzieller Abhängigkeit der unterschiedlichen Institutionen ...? Gibt es da Zusammenhänge, wenn ein zweiter Obduktionsmensch dabei war?

**Vorsitzender:** Der Senat, bitte.

**Senatorin Fegebank:** Ja, Herrn Mahnke würde ich dazu das Wort geben.

**Herr Mahnke:** Ich bin mir, glaube ich ... Ich bin mir gar nicht ganz sicher, ob Herr Püschel die Obduktion gemacht hat. Es kann sein, es ist jedenfalls so, dass wir wegen der Nähe des UKE zu dem Fall eine Rechtsmedizinerin aus Rostock beigezogen haben, die an der Obduktion als zweite Obduzentin teilgenommen hat. Mir ist nicht bekannt, dass es da in irgendeiner Weise Abhängigkeitsverhältnisse gibt. Das ist die eine Sache.

Die andere Sache noch einmal ganz kurz, der lagebedingte Erstickungstod kann hier als Todesursache ausgeschlossen werden. Es ist so, dass selbstredend natürlich jeder Tod letztlich das Resultat von Sauerstoffmangel ist. Und das lesen Sie auch in dem Obduktionsergebnis. Es ist natürlich so, der Tod ist ja erst Tage später eingetreten, also der Tod ist Tage später erst bestätigt worden. Ich weiß nicht genau, wann der Hirntod eingetreten ist. Aber es ist natürlich so, dass die Reanimation schon auf einen Zustand gefolgt ist, in dem Sauerstoffmangel, starker Sauerstoffmangel eben auch mit den Folgen für das Hirn bestanden hat. Das ist ja das grundsätzliche Problem, ohne dass uns der Umstand, also die Feststellung, dass das Hirn an Sauerstoffmangel gelitten hat, in irgendeiner Weise für die Beantwortung der Frage, was ist die Ursache für den Tod gewesen, weiterbringt. Ja? Es hat einen Zusammenbruch der Vitalfunktionen in der Situation gegeben und dann eine Reanimation. Also dann arbeitet man ja schon mit intensivmedizinischen Maßnahmen gegen die Sauerstoffschuld, die dann natürlich feststellbar ist. Aber es ist dann natürlich kein Indiz dafür, dass wir es mit einem lagebedingten Erstickungstod zu tun haben. Also nach allem, was wir wissen, hochwahrscheinlich liegt kein lagebedingter Erstickungstod vor.

(Zuruf aus der Öffentlichkeit: Was denn? Ein Herzfehler?)

**Vorsitzender:** Gibt es weitere Ausführungen vom Senat zu den Fragen bisher? Nicht? Dann ist Herr Professor Kruse dran, bitte.

**Abg. Dr. Jörn Kruse:** Ja, vielen Dank, Herr Vorsitzender. Also ich bin kein Mediziner, kein Psychologe, kein Psychoanalytiker, kein Kardiologe, also habe ich auch keine Ahnung über die Zusammenhänge.

(Zuruf aus der Öffentlichkeit: Dann sagen Sie nichts!)

Und was ich von mir weiß, möchte ich für alle hier am Tisch sitzenden Abgeordneten vermuten, ich möchte ausdrücklich die Auskunftspersonen ausnehmen, die ja Experten sind, speziell die beiden Herren vom UKE. Und ich bin mir sehr sicher, dass der Herr Dolzer sicher nicht mehr, wahrscheinlich aber weniger Kenntnisse von diesen Dingen hat als zum Beispiel ich, der sich als inkompetent erklären würde. Nur von Herr Dolzer wissen wir das ja, er redet über viele Dinge, von denen er keine Ahnung hat, auch bei anderen Themen, was ich völlig unakzeptabel finde.

**Vorsitzender:** Herr Professor Kruse, ich möchte Ihnen kurz ... Es hilft, glaube ich, momentan nicht, wenn wir uns jetzt unter den Abgeordneten gegenseitig unsere Kommentare bewerten.

(Zuruf)

Ich glaube nicht, dass das hilft.

**Abg. Dr. Jörn Kruse:** Okay. Dann nehme ich die letzte Bemerkung zurück. Der Kern meiner Aussage sollte sein, dass Herr Dolzer hier versucht, eine Vorverurteilung zu realisieren gegen das UKE und dafür gibt es bisher bei allem, was wir gehört und gelesen haben, keinerlei Begründung. Ja. Ich habe nichts gehört und gelesen bisher über diesen Fall, der irgendeine Form von Schuld an die UKE-Mitarbeiter begründen würde. Und deshalb sollte man sich in seinen Wortmeldungen, Herr Dolzer, auch sehr zurückhalten und speziell mit dem Begriff Rassismus extrem vorsichtig umgehen. Auch da habe ich überhaupt keinen Grund anzunehmen, dass dieser Begriff in irgendeiner Weise hier ...

(Abg. Martin Dolzer: Herr Kruse, maßregeln lasse ich mich von Ihnen aber nicht, es reicht langsam! Wirklich, Herr Vorsitzender, unternehmen Sie da was! Maßregeln lasse ich mich vom Abgeordneten Kruse nicht!)

**Vorsitzender:** Herr Dolzer, Professor Kruse hat das Wort. Ich habe eben gesagt, dass es nicht in Ordnung ist, wenn Herr Kruse hier auf derartige Art und Weise Ihre Äußerungen bewertet, habe ich ihn darum gebeten, das zu unterlassen. Das hat er auch getan. Jetzt würde ich Sie wiederum bitten, Herrn Professor Kruse auch aussprechen zu lassen. Bitte, Herr Professor Kruse, Sie haben das Wort.

(Abg. Martin Dolzer: ...)

**Abg. Dr. Jörn Kruse:** Ich glaube, Sie haben nicht das Wort.

(Zuruf aus der Öffentlichkeit: Aber Sie?)

(Zuruf aus der Öffentlichkeit: Sie haben keine Ahnung!)

– Ich habe es, ja. Mir ist es geradezu peinlich, jetzt in einer Situation, wo wir nicht wissen, was Sache ist ... Wir können hierüber reden oder wir können es bleiben lassen. Wir alle haben nicht die Fakten ...

(Zuruf)

... und deshalb sollten wir auch nicht so tun, als hätten wir sie und können Vorwürfe ans UKE richten. Das sollten wir bitte bleiben lassen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Zurufe)

**Vorsitzender:** Herr Celik, Sie haben das Wort.

**Abg. Deniz Celik:** Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender, auch vielen Dank an die Auskunftspersonen für die Ausführungen. Ja, also mein Kollege Herr Dolzer hat es ja gesagt, wir sind hier mit einer ganz anderen Erwartung hierhergekommen. Also, wir haben ... Auf der Tagesordnung steht, Klärung der Todesumstände von William Tonou-Mbobda. Was wir bis jetzt erfahren haben, ist, dass Sie kaum was zu den Umständen zur Klärung der Todesumstände hier beitragen können. Ich frage mich auch, warum jetzt diese

Sitzung eigentlich einberufen wurde, weil, wenn wir kaum über die Todesumstände was hier erfahren. Ich finde das wirklich ... Es gab eine hohe Erwartung, auch nach dem Todesfall, dass eine möglichst schnelle und möglichst vollständige Aufklärung erfolgt. Und leider muss ich sagen, diese Erwartung wurde bitter, bitter enttäuscht. Wir warten schon seit acht Monaten auf Informationen, damit wir das einordnen und bewerten können diese ganze Situation.

Und ich muss auch sagen, ja, dass Frau Senatorin, wenn Sie sagen, es gibt auch keinen Anlass, Befugnisse der Security grundsätzlich infrage zu stellen. Und es ist ja auch im Gesundheitsausschuss so, wenn wir über PsychKG sprechen, dass jede Verbindung zu diesem Fall vehement abgelehnt wird. Dann drängt sich mir der Eindruck auf, dass sogar über Fachfragen, die von diesem konkreten Fall unabhängig sind, also Rahmenbedingungen in der Psychiatrie und so weiter, dass wir über Einsatz von Security und Ähnliches sprechen, dass diese ganze Diskussion in Keim erstickt werden soll. Dieser Eindruck drängt sich mir auf. Und ich muss auch sagen, wenn jetzt auch gesagt wird, in den nächsten Monaten werden wahrscheinlich die Ermittlungen nicht abgeschlossen werden, da würde auch nur das trennen, also, was jetzt der Staatsanwalt macht und das, was der Senat an politischer Aufarbeitung machen könnte, das trenne ich beides voneinander. Natürlich müssen wir abwarten, dass der Staatsanwalt die Ermittlungen abschließt. Da möchte ich aber nur sagen, wir haben vor knapp drei Monaten eine Anfrage gemacht und da hieß es, dass die staatsanwaltlichen Ermittlungen kurz vor dem Abschluss sind.

(Zurufe)

– Ja, das kann ich Ihnen ..., die Drucksache sagen und zeigen. Deshalb sind wir auch darüber überrascht. Möchten Sie die Drucksache, oder?

(Zurufe)

– Ja, das suche ich sofort raus oder kannst du das einmal raussuchen? Das war vom September. Drucksache ...

Deshalb sind wir auch ein bisschen überrascht, dass heute ...

(Zuruf)

– Wie bitte?

(Zuruf: 17059)

– 17059. Genau. Da ist es ... Ist das die Anfrage?

(Zuruf: Das kannst du ja auch gleich sagen (...))

– Na ja. Aber ich mache einmal weiter, wir suchen die Drucksache, wieso das jetzt sich so hinauszögert, da wäre eine kurze Erklärung für uns ganz hilfreich.

Aber abgesehen jetzt von den staatsanwaltlichen Ermittlungen können wir ja auch nicht einmal in den Ausschüssen über – wie gesagt – die Rahmenbedingungen, über die Strukturen in den Psychiatrien und über den Einsatz von Security sprechen und das finde ich sehr bedauerlich. Und ich muss auch sagen, das ist sehr ungewöhnlich, dass sich die Aufklärung so in die Länge zieht und dass wir kaum in den Gremien darüber diskutieren können, weil immer wieder gesagt wird, dass die Ermittlungen andauern und Fachdiskussionen wollen wir auch nicht führen. Dass sich im Endeffekt mir der Eindruck

persönlich ..., immer mehr der Verdacht sich mir drängt, dass hier auch eine Verschleppung stattfindet, das muss ich auch wirklich so ausdrücken. Aber der Verdacht der Verschleppung ...

(Zurufe: Das ist einfach eine Unverschämtheit!)

**Vorsitzender:** Meine Damen und Herren, ich möchte einige Sachen, die ..., jetzt habe ich das Wort. Herr Celik, ich möchte einige Sachen als Ausschussvorsitzender zu diesem Verfahren einfach noch einmal sagen, weil ich glaube, dass das jetzt von verschiedenen Seiten eine unterschiedliche Vorstellung darüber gibt, was der Ausschuss sich sozusagen vorgenommen hat. Also, schon vor einigen Monaten, kurz nach diesem unglücklichen Verlauf am UKE, haben sich die Obleute verständigt, dass wir hier der Meinung sind, dass das also einen Verlauf genommen hat, der so dramatisch ist, dass er auch in der politischen Auseinandersetzung, hier auch im Ausschuss für Wissenschaft und Gleichstellung, aufgearbeitet werden soll, dass wir das politisch begleiten wollen, und haben dementsprechend diese Selbstbefassung auf die Tagesordnung genommen. Wohlwissend, dass gerade bei einem so dramatischen Fall natürlich Gründlichkeit vor Schnelligkeit gehen muss.

Wir haben damals auch, nachdem wir es sofort einmal auf die Tagesordnung genommen haben und uns sofort damit befasst haben, damals gesagt, nein, wir schließen das jetzt natürlich nicht ab, weil noch nicht die Fragen beantwortet sind, und vertagen es zu einem weiteren Aufruf, zu einer weiteren Behandlung im Rahmen der laufenden Legislaturperiode. Jetzt nähert sich die Legislaturperiode ihrem Ende und vor dem Hintergrund, dass wir uns vorgenommen haben, dieses Thema weiter zu begleiten, haben wir das hier also noch einmal auf die Tagesordnung genommen.

Ich kann verstehen, wenn auf mancher Seite Frustration darüber vorherrscht, dass auch heute nicht alle Fragen beantwortet werden können. Ich glaube aber auch, dass alle Obleute, die bisher dazu gesprochen haben, hier mitgeteilt haben, dass das ein Thema ist, welches uns sicherlich auch in der nächsten Legislaturperiode weiterhin begleiten wird und wo auch eben heute das letzte Wort noch nicht gesprochen werden kann. Ich kann als Ausschussvorsitzender aber auch noch einmal feststellen, dass ich zumindest bisher, im bisherigen Sitzungsverlauf vonseiten des Senats noch keine Scheu wahrgenommen habe, bestimmte Fragen nicht zu beantworten. Insofern stellen Sie doch Ihre Fragen, die Sie gern stellen wollen und dann können wir im weiteren Austausch sehen, ...

(Zuruf)

... inwiefern wir die alle zusammen hier beantworten können, soweit und so gut es heute eben geht.

Möchte der Senat jetzt schon auf die Fragen von Herrn ... Oder waren Sie noch nicht fertig, Herr Celik?

**Abg. Deniz Celik:** Ich wollte meine Fragen jetzt stellen.

**Vorsitzender:** Herr Celik noch einmal die Frage und dann der Senat.

**Abg. Deniz Celik:** Okay. Dann frage ich einfach einmal meine Fragen und schauen wir einmal. Die Drucksache wollten Sie wissen, das ist die Drucksache 21/18254, da steht in der Senatsantwort auf unsere Kleine Anfrage, also das war im September, da steht es, dass die staatsanwaltlichen Ermittlungen kurz vor dem Abschluss sind.

(Zuruf)

– Genau.

Zu meinen Fragen. Ich möchte gern auf die S3-Leitlinie eingehen. Also es wird ja von mehreren Zeugen dargestellt, also, dass der Übergriff ziemlich brutal war, also, das sind Zeugenaussagen, die wir erfahren haben, und dass auch auf den Boden geschmissen wurde der William Tonou-Mbobda und auch Tritte an seine Nieren oder an den Rücken erfolgt worden sind. Ich möchte einmal zwei Abschnitte von der S3-Leitlinie zur Vermeidung von Zwang vorlesen.

Einmal steht es: "Freiheitsbeschränkende und freiheitsentziehende Maßnahmen dürfen nur als Intervention der letzten Wahl auf ärztliche Anordnung von geschulten Mitarbeitenden durchgeführt werden, wenn zuvor alle Deeskalationsversuche erfolglos blieben und akute Gefahr zum unmittelbaren Eingreifen nötig ... Der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit muss zwischen Zweck und Risiken und den freiheitsbeschränkenden Maßnahmen sorgfältig abgewogen werden." Das ist ein Absatz zur Verhinderung von Zwang. Und dann heißt es auch noch: "Festhalten sollte durch mindestens drei Personen im Stehen oder Sitzen erfolgen, liegend auf dem Boden sollte nur dann festgehalten werden, wenn anderweitig keine ausreichende Sicherheit zu gewährleisten ist. Der psychisch erkrankte Mensch sollte mit dem Gesicht nach oben gehalten werden, bei Haltetechniken im Liegen sollte unbedingt zusätzlich Druck auf Thorax und Bauch vermieden werden."

Laut den Zeugenaussagen und was wir erfahren haben, ist es so, dass der William Tonou-Mbobda auf den Boden gedrückt wurde und nicht im Stehen oder Sitzen, wie die Leitlinie empfiehlt, festgehalten wurde. Er wurde mit dem Gesicht nach unten festgehalten und nicht mit dem Gesicht nach oben, wie es in der Leitlinie steht. Und es wurde Druck auf den Oberkörper ausgeübt und wahrscheinlich auch Tritte, Druck auf Thorax und Bauch sollen aber unbedingt vermieden werden. Und auch in der S3-Leitlinie steht, dass es einen hohen Expertenkonsens in dieser Frage gibt und dass das sicherheitsrelevant ist.

Und von daher stellt sich meine Frage, wenn auch die Security-Leute, die da eingesetzt werden und UKE ist, glaube ich, das einzige Plankrankenhaus, was Security-Leute heranzieht bei Zwangsmaßnahmen, alle anderen Plankrankenhäuser sagen auf unsere Anfragen immer, Security darf nur das Hausrecht ausüben und nichts weiter. Und von daher, ist das Security-Personal geschult, was S3-Leitlinien zur Vermeidung von Zwang angeht? Und wenn nicht, wenn sie nicht geschult sind, wie kann es angehen, obwohl die Leitlinie sagt, dass nur geschulte Mitarbeiter auf ärztliche Anordnung und wenn alle Deeskalationsversuche erfolglos geblieben sind, Zwangsmaßnahmen anwenden dürfen. Wie kann es sein, dass im UKE Security-Leute eingesetzt werden, die nicht geschult werden und die sich nicht auskennen mit der S3-Leitlinie.

Und da möchte ich auch noch einmal Thomas Bock, einen ehemaligen Mitarbeiter zitieren, der auch sagt, dass Security und Sicherheitsleute viel zu wenig über die verschiedenen Diagnosen wissen und auch die damit verbundenen Bedürfnisse des Patienten. "Sie sind nicht geübt, die Perspektive zu wechseln, sich in andere hineinzusetzen." Und er fordert auch, dass das Hamburgische PsychKG geändert wird und geregelt wird, wer überhaupt Zwangsmaßnahmen ... Also, das wäre meine Frage, wieso kommen Security-Leute zum Einsatz im UKE und werden sie auch heute bei Zwangsmaßnahmen herangezogen. Das wäre meine Frage.

Zweite Frage. Sie sagen, es gibt keinen Personalmangel. Wir haben eine Anfrage gestellt, es gibt 43 Gefährdungsanzeigen im Jahr 2018 und in den ersten vier Monaten gab es 19 Gefährdungsanzeigen, das ist ein starkes Indiz dafür, dass Pflegepersonal überlastet ist und das ist auch ein starkes Indiz für Mangel. Wie können Sie diesen Widerspruch

überhaupt, ja, sich erklären und was ziehen Sie daraus für Lehren, damit es nicht mehr zu Gefährdungsanzeigen kommt und damit auch Gefahr für Patienten vermieden werden kann.

Darf ich noch dritte ... oder war es das jetzt, Herr Vorsitzender?

(Vorsitzender: Ja. Sie können weiter ...!)

Eine letzte würde ich auch noch einmal, eine letzte, weil, das passt zum Themenkomplex. Auf meine Anfrage haben Sie auch gesagt, dass Sie vor dem Tod von William Tonou-Mbobda eine Einschätzung zum Gefahrenpotenzial, was Security angeht, nicht vorliegt, weder beim UKE noch bei externen Akteuren.

Wir haben ein Protokoll von der AG Gewaltprävention und die haben im März getagt, vor dem Tod von William Tonou-Mbobda. Und da war es so, dass in dieser AG, was auch federführend vom UKE geleitet wird, sehr wohl auf das Gefahrenpotenzial von Security-Leuten hingewiesen wird. Da möchte ich kurz einmal vorlesen, einen Moment kurz. Das ist hier, einen ganz kurzen Moment, bitte.

**Vorsitzender:** Sonst würde ich dem Senat erst einmal das Wort geben, die Fragen zu beantworten ...

(Abg. Deniz Celik: Ja, sonst, die dritte Frage, die ich jetzt ...!)

... und danach können Sie gern die Frage noch einmal nachstellen.

(Abg. Deniz Celik: ... danach stellen, okay!)

Bitte, der Senat.

**Senatorin Fegebank:** Herr Göke beziehungsweise Herr Gallinat, bitte.

**Herr Dr. Gallinat:** Ja. Vielleicht erst einmal zu der Frage der Fixierungen. Eine Fixierung kann nur von einer Ärztin oder einem Arzt angeordnet werden, und das ist das Grundprinzip, und wird durchgeführt von dem medizinischen Personal. Das ist die Pflege, das sind die Ärzte und die Beteiligten. Man muss sich das aber so vorstellen, dass nicht nur auf den Stationen, sondern auch in der zentralen Rettungsstelle unser Personal zum Teil angegriffen wird, von Angehörigen, von Patienten, das ist ja in der Presse auch geläufig und bekannt.

(Zuruf aus der Öffentlichkeit: Auf die Frage antworten!)

Insofern gibt es Sicherheitsdienst auch dort und die Mitarbeiter setzen darauf, dass sie durch den Sicherheitsdienst auch geschützt werden. Aber der Sicherheitsdienst selbst ist nicht beteiligt an dem Vorgang der Fixierung. Wenn aber dann Mitarbeiter angegriffen würden, dann sozusagen ist eine weitere Hilfsmaßnahme, dass man den Sicherheitsdienst dazu zieht. Und die Erfahrungen, die wir auch da gemacht haben, ist, dass teilweise die Eskalation, die dann stattgefunden hat, durch Präsenz des Sicherheitsdienstes wieder zurückgeht und der Sicherheitsdienst im Grunde nur anwesend sein muss. Man kann sich vielleicht auch vorstellen, dass der eine oder andere in so einer kritischen Situation durchaus Angst hat und ohne Sicherheitsdienst auch im Grunde dann nur schwer seine Arbeit machen kann.

Aber grundsätzlich, die Fixierung wird von ärztlichem und pflegerischem Personal durchgeführt und natürlich auch entsprechend angeordnet. Der Sicherheitsdienst am UKE,

das kann ich, glaube ich, sagen, ist, weil er eben auch teilweise Präsenz zeigen muss, durch die Mitarbeiter der psychiatrischen Klinik geschult worden, und zwar relativ intensiv, und zwar zu verschiedenen Erkrankungsgruppen, Umfang mit Gewalt, auch die S3-Leitlinien zum Beispiel sind teilweise Thema beim Sicherheitsdienst gewesen. Das ist, wenn man so will, ein Add-on, eine Zusatztätigkeit und Maßnahme, die den Mitarbeitern vom Sicherheitsdienst auch ein Stück weit helfen zu verstehen, was da passiert. Denn jemand, der hochaggressiv wird, vielleicht im Rahmen einer Psychose, bei dem geht es nicht um Boshaftigkeit oder er möchte Gewalt ausüben, sondern da gibt es Halluzinationen, Bedrohungserleben, eine andere Realität, die natürlich auch Ausnahmesituationen erzeugt. In so einer Situation besser zu verstehen, was in einem Patienten da vor sich geht, ist natürlich hilfreich und ist eigentlich ein Teil einer Deeskalation.

Was die Gefährdungsanzeigen angeht, das stimmt, wir hatten in dem Jahr und auch davor relativ viele Gefährdungsanzeigen. Aber dazu möchte ich noch einmal sagen, das ist eine Maßnahme, um sozusagen zu kommunizieren, wir haben hier ein Problem in der Versorgung und wir haben die Schwelle ganz bewusst sehr niedrig gehalten, damit wir gegensteuern können. Und das heißt, es ist nicht eine Maßnahme zu zeigen, wir sind vollkommen am Ende und es geht nicht weiter, sondern eben auch ein Stück weit eine Art von Statistik, die wir da anlegen, auf die wir reagieren. Und das passiert, wie ich vorhin schon sagte, auch fortwährend, weil wir eben einer sich verändernden Gesundheitslandschaft, sage ich einmal, gegenüberstehen in diesem schwierigen Bezirk. Und wir haben im zweiten Halbjahr '19, also jetzt, nur noch zwei Gefährdungsanzeigen gehabt, obwohl die Situation sich im Außenraum sozusagen grundsätzlich nicht geändert hat. Das heißt, Gefährdungsanzeigen sind auch ein Kommunikationsinstrument, was wir befördert haben. Andere sagen da vielleicht etwas anderes dazu.

Sie haben noch einmal die AG Gewaltprävention zitiert. Ja, das ist eine Initiative, die vom UKE ausgeht, und natürlich geht es genau um diese Dinge, die in der S3-Leitlinie stehen. Wir wollen Gewalt vermeiden, wir wollen Mitarbeiter darauf schulen, Deeskalation steht hoch im Kurs und das ist das, was auch in der Ausbildung vermittelt wird an das Fachpersonal, eben zum Teil auch an den Sicherheitsdienst, und das ist sozusagen, wenn man so will, in der Akutpsychiatrie eigentlich unsere Bibel. Aber ich muss gestehen, trotzdem kommt es irgendwann zu kritischen, eskalierenden Situationen, wo dann am Ende, und das ist das Ende aller Maßnahmen sozusagen, dann eben die Fixierung steht. Und das, ich sage jetzt einmal vorsichtig, in einem Großraum wie Hamburg und den entsprechenden Umgebungen, ist leider eben auch anders kaum möglich. Aber der Anspruch ist, das so selten wie möglich auftauchen zu lassen.

**Vorsitzender:** Ja. Herr Celik, bitte. Dann noch die dritte Frage.

**Abg. Deniz Celik:** Ja. Also, ich finde jetzt nicht genau, was da im ... Das Protokoll habe ich jetzt nicht gefunden, aber es steht ganz ..., also es wird auf das Gefahrenpotenzial in dieser AG Gewaltprävention hingewiesen. Und dass man auch die Polizei hinzuziehen sollte, wenn die Situation eskaliert und dass eine Gefahr ausgehen könnte durch Sicherheitspersonal Richtung Patienten. Und da wäre meine Erwartung, dass man diese Alarmsignale ernst nimmt oder dass man grundsätzlich in Erwägung zieht, weil, wir finden das sowieso falsch, dass Security eingesetzt wird, dass man dann zu dem Schluss kommt und sagt so, nein, Security ist nicht geschult, sie sind nicht in S3 geschult, sie sind auch nicht vertraut, also sie wissen nicht, wie man mit Patienten ..., sie sind nicht dafür ausgebildet, mit Patienten umzugehen, mit psychisch kranken Menschen. Dass man dann die Konsequenz zieht und sagt, so, wir setzen Security nicht für Zwangsmaßnahmen ein oder ziehen sie heran bei Zwangsmaßnahmen.

Deshalb noch einmal die Frage, ist das immer noch die Praxis, dass bei Notsituationen Security eingesetzt wird oder ist das jetzt nicht mehr der Fall. Und warum wurden diese, ja, Warnungen nicht schon vor dem Tod von Tonou-Mbobda ernst genommen oder warum hat es nicht zu Konsequenzen geführt, das wäre die Frage.

**Vorsitzender:** Alles klar. Bitte, der Senat.

**Senatorin Fegebank:** Herr Professor Göke, bitte.

**Herr Dr. Göke:** Ihre Bemerkung zum Einsatz der Polizei kann ich nur dahingehend beantworten, dass die Polizei ja auf den Campus kommt. Die Zeiten, wann die Polizei dann eintrifft, die liegen zwischen 30 bis 45 Minuten, und in dieser Zeit gibt es natürlich dann fortgesetzt ein Gefahrenpotenzial. Wir hatten, ich habe es, glaube ich, vorhin schon erwähnt, in dieser Woche eine Situation, wo das Sondereinsatzkommando der Polizei zu uns gekommen ist und sogar mit gezogener Dienstpistole in unsere Klinik vorgedrungen ist. Das sind alles Themen, die natürlich mit dem Sicherheitsdienst und mit dem Einsatz des Sicherheitsdienstes überhaupt nichts zu tun haben. Wir versuchen eben durch diese Deeskalation, und mein Kollege hat das ja gerade schon angedeutet, genau zu verhindern, dass es dahin kommt. Aber es gibt Situationen, die dermaßen eskalieren aufgrund des Krankheitsgeschehens, wo natürlich dann die Polizei dazukommt und die sind dann natürlich auch befugt, weitergehende Maßnahmen zu ergreifen, die unser Sicherheitsdienst natürlich nicht ergreifen darf.

**Senatorin Fegebank:** Bitte schön, (...).

**Dr. Jürgen Schmidt:** Ich will sozusagen kurz noch einmal ergänzen wollen, das, was Herr Professor Gallinat dargestellt hat. Auch für, sozusagen vom Grundgedanken her, die übrigen Akutpsychiatrien in Hamburg gilt insofern, als sozusagen einmal drei Eckpunkte, das, was Herr Celik aus der S3-Leitlinie als Orientierung vorgelesen hat, ist eigentlich der Geist, den Sie im ganzen PsychKG wiederfinden. Nämlich sozusagen das letzte Mittel, die Zwangsmaßnahmen sozusagen als letztes Mittel, auch unter den rechtlichen Vorbehalten, die dort geregelt sind und die der Gesetzgeber oder die Gerichtsbarkeit in den letzten Jahren noch einmal erheblich weiterentwickelt hat mit Richtervorbehalt et cetera oder bei Zwangsmedikation mit dem entsprechenden zeitlichen Vorlauf, bevor überhaupt die Zwangsmedikation eingesetzt werden kann.

Das ist das eine, das ist der Geist schon des PsychKG und da sehen wir als zuständige Behörde auch keinen Handlungsbedarf an der Stelle. Wir legen – was die Unterbringung angeht, insofern, wenn Sie nach PsychKG stattfindet und durch die verschiedenen Akutkliniken, auch die beliehenen stattfindet – sehr Wert darauf, dass die Fixierungsmaßnahmen nur durch eigenes Personal wahrgenommen werden, weil, es sind beliehene Häuser, ist quasi eine hoheitliche Aufgabe. Wir legen auch in den Aufsichtsgesprächen mit den Häusern da großen Wert darauf, dass es genauso geschieht, wie Herr Professor Gallinat das gerade dargestellt hat. Aber genau dieselbe Einschränkung, die Herr Gallinat gemacht hat, zum Schutz der Beschäftigten in sehr bedrohlichen Situationen, ist das eine ganz andere Rechtsgrundlage, sage ich jetzt einmal dabei, der Schutz der Beschäftigten in einer extremen Situation, das kommt auch nicht nur im UKE, sondern auch in anderen Häusern vor, und ist dann sozusagen im Zweifel immer rechtlich zu bewerten, aber im Zweifel auch ein rechtfertigender Notstand. Wir haben das im Übrigen ja, letzter Satz dazu, die gesamte Thematik zusammen mit der BWFG ja in der Drucksache 17080 ausführlich diese Thematik auch nicht für nur für das UKE, sondern für alle anderen Häuser dargestellt.



**Vorsitzender:** Gut. Ich habe sonst nur Herrn Dolzer auf der Redeliste, das heißt, wenn es für Herrn Dolzer in Ordnung ist, kann Herr Celik natürlich gern fortfahren. Ja. Gut. Bitte, Herr Celik.

**Abg. Deniz Celik:** Wie gesagt, also, es ist trotzdem ..., also, in der Senatsantwort sagen alle anderen Krankenhäuser, bei uns werden Security-Leute, also außer im UKE, werden in allen anderen Krankenhäusern Security-Leute nur für die Ausübung des Hausrechts in den Einsatz gebracht. Und warum können es alle anderen und nur das UKE nicht? Also, dass man sagt, so Hausrecht, okay, das kann man ja irgendwo nachvollziehen, aber nicht der Umgang mit Patienten, auch wenn es um ... Also, das war noch einmal eine Frage, die ich stellen wollte und einmal an den Senat. Trotzdem möchte ich fragen, im PsychKG ist nicht geregelt, wer Zwangsmaßnahmen überhaupt einsetzen darf. Und viele Fachleute sagen, hier müssen wir noch einmal nachfassen und präzisieren und bestimmen, in welchen Fällen welches Personal überhaupt Zwangsmaßnahmen einsetzen darf, wenn es überhaupt nicht mehr vermeidbar ist, so steht es ja im Gesetz und in den Leitlinien. Wird der Senat das jetzt als Konsequenz aus diesem Fall in Erwägung ziehen, das Hamburger PsychKG zu überarbeiten, zu reformieren Ja.

**Vorsitzender:** Der Senat, bitte.

**Senatorin Fegebank:** Zu dem ersten Komplex noch einmal Herrn Göke, zum zweiten gucke ich gleich einmal, wer darauf antwortet.

**Herr Dr. Göke:** Die Situation am UKE unterscheidet sich von den anderen Akutversorgern schon. Das Zahlenwerk hat Herr Gallinat vorhin angedeutet. Wir sind in ganz besonderer Art und Weise belastet durch den Zuschnitt der Versorgungsbezirke und den Tatbestand, dass wir viele wohnungslose Personen in akuter Derangiertheit zugeführt bekommen. Insofern ist für uns fast der Alltag in der Akutpsychiatrie, dass wir krisenhafte Situationen haben und in dem allermeisten Teil der Fälle in der Lage sind, die auch zu beherrschen. Ich weise noch einmal darauf hin, dass wir hier über viele Jahre, ich hätte fast gesagt, Jahrzehnte, den Sachverhalt beurteilen können. Dieses Ereignis von Ostern, dieses schreckliche Ereignis von Ostern, ist ja ein Einmalereignis und ich kann nicht erkennen, dass wir in den letzten fünf Jahren, die ich jetzt übersehe, irgendwann irgendwo so ein vergleichbares Ereignis feststellen mussten.

**Senatorin Fegebank:** Ich gucke noch einmal zur Gesundheitsbehörde, zu der zweiten Frage der PsychKG, weil das ja in der Tat etwas ist, was in der Regel den Gesundheitsausschuss betrifft und dort auch immer befasst wird. Deshalb einmal Herr Kellerhof oder ...

**Herr Kellerhof:** Kurze Antwort von Herrn Lengefeldt noch einmal dazu, weil das schlicht nicht zutreffend ist, was das PsychKG angeht.

**Herr Lengefeldt:** Das PsychKG definiert genau, wer unter welchen Voraussetzungen wann und in welcher Form bei der Behandlung psychisch kranker Menschen Zwang anwenden darf oder nicht darf. Die Aussage, dass dieses im PsychKG nicht geregelt oder nur unzureichend geregelt ist, ist nicht zutreffend.

**Abg. Deniz Celik:** Dann die Nachfrage, dann sagen Sie doch, wer das da ...

(Zuruf aus der Öffentlichkeit: Es ist doch nicht drin, wer da ...!)

**Vorsitzender:** Möchte der Senat da noch einmal präziser drauf antworten?

(Abg. Deniz Celik: Das wäre wichtig wirklich für die Bewertung des Sachverhalts!)

**Herr Lengefeldt:** Es ist genau definiert, welche Berufsgruppe was darf oder nicht darf. Also, wie Herr Professor Gallinat auch schon ausgeführt hat, dass hier zum Beispiel eine Fixierung nur aufgrund von ärztlicher Anordnung nach eigener Untersuchung und so weiter und so fort vorgenommen werden darf. Es ist also wirklich so, dass es hier keine Defizite oder Lücken gibt im PsychKG, wenn es um Maßnahmen der Anwendung, wenn es um die Frage der Notwendigkeit und der Entscheidung der Anwendung von Zwangsmitteln im Zusammenhang mit der Behandlung von psychisch Kranken geht.

**Vorsitzender:** Gut. Alles klar. Dann würde ich jetzt das Wort bitte einmal Herrn Dolzer erteilen. Herr Dolzer, Sie sind dran. Herr Dolzer, möchten Sie ...

(Abg. Martin Dolzer: Ich lasse ihm den Vorzug, wenn er weiter fragen will!)

(Abg. Deniz Celik: Ich muss trotzdem, um dann noch einmal ...!)

**Vorsitzender:** Dann noch einmal Herr Celik, bitte, ja, dann sind Sie wieder dran, Herr Dolzer hat auf seinen Wortbeitrag verzichtet. Sie sind dran.

**Abg. Deniz Celik:** Darf nach dem Hamburger PsychKG ... Dürfen Sicherheitsleute Zwang anwenden, sind sie dazu ermächtigt?

**Vorsitzender:** Möchte der Senat das noch weiter präzisieren?

**Senatorin Fegebank:** Möchten Sie es noch einmal sagen? Bitte, Herr Lengefeldt.

**Herr Lengefeldt:** Das Hamburger PsychKG regelt nicht, ob Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes Zwang anwenden dürfen. Dieses wird in anderen Gesetzen, an anderen Stellen geregelt. Das PsychKG sagt, ich wiederhole mich, ganz genau, wer wann, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Form Zwangsmaßnahmen im Krankenhaus im Zusammenhang mit der Behandlung von psychisch Kranken zur Anwendung bringen darf. Das ist die Aussage des PsychKG. Die Tatsache, dass ... und ich glaube, darauf wollen Sie hinaus, dass im PsychKG nicht explizit der Sicherheitsdienst erwähnt ist. Das ist so zu werten, dass erst einmal davon auszugehen ist, dass die Anwendung von Zwang nur durch die Berufsgruppen oder Personen beziehungsweise Verantwortlichen, die im PsychKG benannt worden sind, angeordnet und durchgeführt werden dürfen.

Es gibt dafür über das PsychKG aber hinaus übergeordnete gesetzliche Grundlagen wie zum Beispiel im Zusammenhang mit rechtfertigendem Notstand in besonderen Gefährdungslagen, wenn es um Leib und Leben und Fragen der körperlichen Unversehrtheit geht, dann auch die Grundlage für notwendiges, abgewogenes, verhältnismäßiges Handeln liefert.

**Vorsitzender:** So, Herr Dolzer.

**Abg. Martin Dolzer:** Interessante Antwort darauf. Noch einmal, das, was Sie als Letztes gesagt haben, ist ja, in einer Notsituation darf das ja fast jeder Mensch sich dann (...). Aber abgesehen davon, eigentlich finde ich es sehr gut, was wir für eine sachliche Auseinandersetzung haben. Wir stellen sachliche Fragen, die Verantwortlichen von der Staatsanwaltschaft, vom UKE antworten sachlich. Und ich würde das auch gern dabei belassen und keine Personalisierungen machen, um bestimmte Diskussionen von vornherein abzubiegen. Das kann man machen, muss man aber nicht, trägt aber nicht zur sachlichen Auseinandersetzung bei, sondern zum Schüren von Ressentiments. Das, finde ich, kann man machen, sollte man aber nicht, weil wir ja hier vielleicht ein bisschen auf

einem analytischeren Niveau agieren können, zumindest in der Ausschusssitzung, wenn schon nicht beim Theater, dann in der Bürgerschaft.

Ich habe aber noch zwei Fragen oder zwei Fragenkomplexe. Einmal noch einmal zu dem ganz Konkreten die Nachfrage, was hat William Tonou-Mbobda gemacht, was den rechtfertigenden Notstand auslösen konnte. Also wieso Zwang anwenden, wenn es offensichtlich nach allen bisherigen Zeugenaussagen keine akute Gefahr gibt? Das ist eine Frage, die drängt sich nicht nur mir, sondern vielen auf. Warum konnte die Security sich nicht einfach daneben stellen oder Pflegerinnen rufen, gucken, ob man sachlich sanft auf ihn einwirken kann, dass er nicht wegläuft, oder einfach nur aufpassen, dass er nicht wegläuft? Warum ihn fixieren, wenn es doch überhaupt keine Notsituation gab. Nach allen Schilderungen, die uns, mir oder in der Öffentlichkeit bis jetzt zugänglich waren, ist das an keinem Punkt passiert. Können Sie, kann das UKE, kann die Staatsanwaltschaft da in irgendeiner Form etwas zu sagen? Ich glaube, das könnte vielleicht sogar eher noch das UKE, aber das müssen Sie selbst wissen, wer sich da spruchfähig fühlt. Das war das eine.

Dann hatte ich vorhin gefragt – das war nicht beantwortet worden –, warum der rechtsmedizinisch festgestellte angeborene schwerwiegende Herzfehler nicht bereits zu Lebzeiten diagnostiziert wurde. Oder eine generellere Frage, was für eine Eingangsdagnostik gibt es bei psychisch kranken Menschen. Wird da auf Herzfehler geprüft? Und wenn es ein schwerer Herzfehler ist, müsste der eigentlich auch erkennbar sein. Welche Routinediagnostik besteht zum Ausschluss von körperlichen Ursachen?

Dann noch einmal, es wird immer wieder berichtet von Knien in den Rücken und er habe gerufen, ich bekomme keine Luft mehr. Das ist ... Wenn jemand sowieso psychisch krank ist und in eine Notsituation gebracht wird – das hat Herr Celik, glaube ich, schon mit der Richtlinie S3 deutlich gemacht –, muss man eine besondere Vorsicht haben. Und deshalb noch einmal meine Frage an den Senat – ich glaube, das ist eher die Frage an nicht das UKE und die Staatsanwaltschaft, sondern an Senatorin und Staatsrätin –, was können wir denn Ihrer Meinung nach auch in Zukunft tun, damit sich diese Situation oder solche Situationen möglichst nicht wiederholen können. Gehört da nicht zu, dass man versucht, Richtlinien zu schaffen, Normen zu schaffen entweder auf der gesetzlichen Seite oder auf der Seite von Dienstabweisungen, Verwaltungsanweisungen und wir in der Politik dafür den Rahmen schaffen sollten, dass Zwang nur angewendet wird von Personen, die entsprechend eine sensible Ausbildung haben, dass sie sehen können, dass sie Einsicht haben in die Diagnostik? Das sind dann ja eher Pflegerinnen und Pfleger als Security-Menschen, zumindest in einer beruhigten Situation. Können wir Ihrer Meinung nach ein Regularium schaffen, was den Rahmen so gestaltet, dass das in Zukunft nicht passiert? Erste Frage auf der politischen Ebene.

Zweite Frage auf der politischen Ebene. Wie werden die Themen von interindividuellem, institutionellem und systematischem Rassismus, den es ja gibt, den ich jetzt ... In diesem Einzelfall kann man das nicht sagen. Viele Menschen beurteilen das so, bewerten das so, aber wenn wir das in Zukunft verhindern wollen, wie können wir das machen. Ich bin nicht so ganz zufrieden mit den Schilderungen des UKE über die bisherigen Schulungen. Es müsste ja auch eine Art Monitoring geben. Kann der Senat sich das auch vorstellen, dass wir gemeinsam etwas entwickeln, den Kliniken an die Hand zu geben, als Präventivmaßnahme, ein Monitoring, eine regelmäßige Evaluation von Menschen, die in brenzligen Situationen sind, in der Psychiatrie, in der psychologischen Behandlung, in der ärztlichen Behandlung oder auch im Security-Bereich? Ein regelmäßiges Monitoring, um feststellen zu können, Indikatoren dafür, wenn sich da Tendenzen von interindividuellem, institutionellem oder auch systematischem Rassismus einschleichen. Das wäre ja etwas, was wir auf der politischen Ebene relativ klar machen. Klar können wir auch einen Antrag dazu stellen, aber wir können uns natürlich auch hier im Ausschuss einmal darüber unterhalten, inwieweit die Bereitschaft besteht, dass der Senat auch proaktiv bereit ist, so

etwas zu tun, weil, wir können ja, was wir alle tun, trauern und sagen, dass das ein schlimmer Fall ist, aber ich finde, wir müssen einfach gucken, wie wir mit dieser Gesellschaft umgehen.

Und darauf eine Anschlussfrage. Hat der Senat sich mit Vertretern der Black Community auch zusammengesetzt, um solche Maßnahmen zu erörtern, um zu gucken, wie ein kulturricher Umgang auch gerade mit psychisch Erkrankten stattfinden kann? Und hat der Senat sich mit Vertreterinnen der Psychiatriepatientinnen zusammengesetzt, um einen sensibleren Umgang mit dem zunehmenden, was wir ja geschildert bekommen haben, was ich auch selbst so wahrnehme oder was man auch, wenn man sich wissenschaftlich mit dem Thema beschäftigt sieht, dass es zunehmend zu Grenzsituationen kommt, weil immer mehr Menschen sich ausgegrenzt fühlen, weil immer mehr Menschen Halt suchen und nicht mehr finden ... Da müssen wir auch einen Umgang finden. Haben Sie da auch mit den psychisch Erkrankten sich zusammengesetzt bis jetzt, um da entsprechend Maßnahmen zu evaluieren, oder können Sie sich vorstellen, dass wir Runde Tische oder Ähnliches in diese Richtung aufbauen?

**Vorsitzender:** Der Senat bitte.

**Senatorin Fegebank:** Herr Dolzer, Sie wissen, ich setze mich mit Ihnen immer und überall gern zusammen und diskutiere sowohl im konkreten Fall wie auch im Allgemeinen alle möglichen Fragestellungen, die Sie jetzt aufgeworfen haben, rund um den Themenkomplex institutioneller oder auch systematischer Rassismus, aber man braucht natürlich auch einen konkreten Anhaltspunkt und Aufhänger für bestimmte Dinge. Und da betreffen nun viele der von Ihnen eben dargestellten Vermutungen, Anschuldigungen oder auch Behauptungen tatsächlich den unmittelbaren Bereich dessen, was jetzt Gegenstand der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen ist. Das will ich schon noch einmal klarstellen und betonen. Und das ist ja auch recht delikat, weil hier vieles so miteinander zusammenhängt, dass wir auf der einen Seite einen konkreten Fall haben, über den wir, wie ich fand, von der Staatsanwaltschaft eben schon auch in zwei oder drei Facetten einen Einblick bekommen haben. Und gleichzeitig gibt es hier die umfassende Möglichkeit, sich zu allen Fragestellungen rund um Psychiatrie, Personalausstattung, PsychKG, Sicherheitsdienst und so weiter einzulassen und zu fragen. Und ich finde auch, dass hier schon auch sehr ausführlich geantwortet wurde. Ich gucke jetzt gleich einmal nach links und nach rechts, ob doch zu der einen oder anderen Fragestellung tatsächlich sowohl oder entweder von der Staatsanwaltschaft und/oder von den Vertretern des UKE geantwortet werden möchte.

Zu den eben gemachten allgemeinen Beobachtungen, die ja dann in der Fragestellung mündeten, inwiefern hat sich der Senat mit wem wo und wann wie getroffen. Ich könnte Ihnen jetzt ausführlich schildern, welche persönlichen Begegnungen und Gespräche ich führe mit psychisch kranken Menschen, Selbsthilfeorganisationen, deren Angehörigen. Ich sitze als Kuratoriumsvorsitzende im UKE und habe vor einigen Wochen die Psychiatrie und Herrn Professor Gallinat inklusive dem medizinischen Personal, dem Pflegepersonal besucht. Herr Göke war dabei. Wir haben auch die Gelegenheit gehabt, mit einigen dort anwesenden Vertretern auch des Sicherheitspersonals zu sprechen, um mir ein Bild davon zu machen, wie dort Arbeitsabläufe sind, wie Arbeitsbedingungen aussehen. Und ich fand es sehr eindrücklich, wie noch einmal dargestellt wurde, welche besondere Aufgabe das UKE in der Versorgung und Betreuung psychisch kranker, und zwar schwerst psychisch kranker Menschen in dieser Stadt hat, nämlich eine Sonderrolle, die das UKE hier auch einnimmt, was natürlich dann in bestimmten Strukturen auch besonderer Vorkehrungen, Maßnahmen auch im Personalkorsett bedarf.

Und natürlich sind alle Fragestellungen rund um Betreuungssituationen, rund um die Situation in der Pflege, rund um gesellschaftliche Anerkennung beziehungsweise

Tabuisierung und Stigmatisierung auch immer Gegenstand und Teil dieser Gespräche und dieser Auseinandersetzungen, aber daraus jetzt für den Senat insgesamt irgendeine Strategie abzuleiten, die quasi dann in so einem halb luftleeren Raum entsteht, das hielte ich für überhaupt nicht zielführend. Da müssen wir uns dann vielleicht noch einmal zu gegebener Zeit, sei es in diesem Ausschuss, in einem anderen Ausschuss, sehr viel grundsätzlicher mit diesen Fragestellungen auseinandersetzen und auch anhand von konkreten Aufhängern und konkreten Forderungen und Wünschen und nicht so ins Blaue hinein mit einem Vorwurf, hier und da besteht struktureller und systematischer Rassismus auf der einen Seite, hier wird mit psychisch kranken Menschen nicht gut umgegangen, hier haben wir eine Personalunterversorgung. Wir können über alles sprechen immer im konkreten Fall und anhand der konkreten Klinik oder der konkreten Abteilung, und da sind wir die Ersten, die immer vollumfänglich informieren und Sachen auch transparent darstellen, aber so Begrifflichkeiten in den Raum zu werfen und dann zu erwarten, dass man da etwas vorlegt, um Probleme zu lösen, über die wir uns erst einmal einig sein müssen, ob sie da sind, in welchem Ausmaß sie da sind und wie wir sie gemeinsam angehen müssen, das hielte ich einfach nicht für zielführend.

Ich weiß nicht, Herr Mahnke, können Sie über das hinaus, was Sie eben gesagt haben, noch etwas sagen zu diesen beiden ersten Fragestellungen. Für meine Begriffe, aber ich bin ...

**Abg. Martin Dolzer:** Ich habe ja das UKE auch gefragt. Es geht ganz konkret um die Herzerkrankungen, ganz konkret um (...) ...

**Vorsitzender:** Entschuldigung, weil wir hier ein Wortprotokoll haben. Es ist nicht hilfreich, wenn wir uns hier gegenseitig sozusagen zurufen. Der Senat hat jetzt das Wort, und die Senatorin entscheidet und gibt das Wort weiter an die Senatsvertreterinnen, Senatsvertreter. Bitte Frau Fegebank.

**Senatorin Fegebank:** Entschuldigung, Herr Vorsitzender. Das war meinen Notizen nach die zweite Frage zu dem Herzfehler. Die erste war sehr konkret auf die entsprechende Situation bezogen, den Moment, in dem der Vorfall sich ereignet hat. Und ich bin keine Juristin, und es liegt mir da völlig fern, das zu bewerten, aber ich könnte mir vorstellen, dass genau das auch Teil der Ermittlungen ist.

**Herr Mahnke:** Die Frage lautete ja, warum hat die Security sich nicht einfach untätig drum herumgestellt und gewartet. Das ist in meinen Augen eine Frage, die von hoher Bedeutung in diesem Zusammenhang ist. Und ich kann nur sagen, die Antwort würde mich selbst interessieren, ohne dass ich sage, dass das, was passiert ist, also die Anwendung von Repressionen, von vornherein als rechtswidrig zu bezeichnen ist. Repression ist die Ultima Ratio, das letzte Mittel. Das ist unsere ...

(Zuruf)

Das ist so. Und jetzt stellt sich die Frage, warum, oder gibt es eine Begründung dafür, wird uns vielleicht irgendwann eine präsentiert, die sagt, es ging ja in diesem Fall nicht anders, als so vorzugehen, aber die Antwort, die Beantwortung Ihrer Frage, die würde auch uns interessieren.

**Herr Dr. Gallinat:** Also noch einmal vielleicht zu der Situation auch um die Zeugenaussagen. Ich kenne ja nun sozusagen die Aussagen der Mitarbeiter, die daran beteiligt gewesen sind. Und damit meine ich eben die Krankenpflege und die Ärzte. Und die kann ich hier natürlich jetzt so nicht wiedergeben, aber es geht nicht darum, dass jemand einfach nur dagesessen hat auf der Bank.

Was die kardiale Vorschädigung angeht. Wenn jemand in der Klinik aufgenommen wird, bekommt er eine Routineuntersuchung körperlich. Das heißt, er wird abgehört, internistisch untersucht, neurologisch untersucht. Es wird ein EKG durchgeführt, und es wird eine Blutentnahme gemacht. Und ich kann ja auch zu diesem Fall jetzt nichts sagen, aber grundsätzlich gibt es natürlich kardiale Erkrankungen, die diesem Routine-Screening entgehen und damit sozusagen in einem normalen Ablauf sozusagen nicht erkannt werden. Dazu müsste man dann Spezialuntersuchungen durchführen et cetera, sodass das, ich sag jetzt 'mal, denkbar ist, dass durch ein normales Routine-Screening eine solche Erkrankung übersehen wird – das ist ganz normal – und dann aber sozusagen leider irgendwann eben wirksam, relevant wird, aber wir haben dann ein normales Routineprozedere. Das ist ja auch in den S3-Leitlinien so hinterlegt. Und das ist sozusagen ein Standard an Untersuchungen.

Und vielleicht noch einen Punkt zu dem Thema Kultursensitivität. Das ist natürlich auch eine Thematik, die in der Psychiatrie oder überhaupt im Psychosozialen Zentrum des UKE eine große Rolle spielt. Dazu gibt es Arbeitsgruppen. Dazu gibt es Ausbildungen der Studenten im sogenannten 2nd Track. Das ist zum Beispiel kultursensitive Kommunikation. Das UKE hat vor zwei Jahren den Deutsch-Türkischen Psychiatriekongress ausgerichtet und macht in einem Jahr einen Kongress zum Thema transkulturelle Psychiatrie. Das ist ein Thema, was die Klinik, insbesondere aber auch das Psychosoziale Zentrum umtreibt. Ein sehr großer Anteil der Patienten, die bei uns behandelt werden, hat Migrationshintergrund. Das ist schon seit Langem, seit ziemlich langer Zeit so. Und ein großer Teil unserer Mitarbeiter hat denselben Hintergrund. Das ist sozusagen kein Fremdwort. Das ist Alltag geworden, und das nicht erst seit der Flüchtlingswelle 2015, sondern eben schon viel, viel länger. Und dementsprechend gibt es ja einfach als praktische Maßnahmen auch den sogenannten Dolmetscher-Pool am UKE, wo halt, ich glaube, 72 Sprachen vertreten sind, denn es gilt als Standard, dass man bei der Anamnese, der Exploration, der Unterhaltung mit entsprechenden Patienten natürlich dann typischerweise in der Muttersprache kommuniziert, weil das eine andere Ebene ist, die sozusagen mehr offenbart als die deutsche Sprache in dem Fall. Das heißt, das sind Themen, die natürlich nicht unbedingt Fremdworte sind.

**Herr Dr. Göke:** Der von Ihnen vorgetragene implizierte Rassismusvorwurf trifft uns am UKE sehr. Und der ist unberechtigt. Und ich weise ihn zurück. Wir haben 11 000 Mitarbeiter. Davon sind 2 000 Menschen mit Wurzeln außerhalb Deutschlands aus 120 Ländern. Wir haben eine sehr rege Diskussion um alle möglichen kulturellen Themen, die sehr fair und die sehr lebendig ausgetragen wird. Von Rassismus, muss ich ganz offen sagen, habe ich nichts gemerkt an dieser Einrichtung.

(Zurufe)

Ich kann hierzu nur sagen, dass wir eine ganze Reihe von Instrumenten haben, mit denen wir genau solchen Entwicklungen auch nachspüren würden. Wir haben in unserer Initiative UKE INside in verschiedenen Arbeitsgruppen auch diese Themen auf der Agenda, sind da sehr sensibel. Und es gibt durchaus Situationen, wo uns Mitarbeiter dann verlassen mussten, weil wir den Eindruck gehabt haben, dass es nicht passt zu unserem Leitbild, was wir in einem langwierigen, mit sehr starker Beteiligung vorgetragenen Prozess formuliert haben. Das können Sie auf unserer Homepage nachlesen. Und das ist völlig klar, dass wir uns natürlich ganz eindeutig und nachhaltig gegen Rassismus wehren und auch aussprechen. Das ist kein Thema, was Sie uns in dieser Form so vorhalten können.

Was das gesellschaftliche Thema anbelangt, das ist nicht die Aufgabe des UKE, die gesamte Gesellschaft zu halten. Wir kümmern uns um unsere Einrichtungen. Da muss ich ganz offen sagen, glaube ich, dass wir auf einem sehr guten Weg sind. Und diese Vorwürfe muss ich deswegen auch zurückweisen.

**Vorsitzender:** So. Jetzt hat Herr Dolzer noch eine Nachfrage, aber bitte dann auch eine Nachfrage, weil, es stehen noch Weitere jetzt auf der Redeliste. Deshalb beschränken Sie sich bitte auf eine Nachfrage.

**Abg. Martin Dolzer:** Eine ganz konkrete, zwei ganz konkrete oder eine ganz konkrete Nachfrage an die Frau Senatorin. Ich habe nicht unspezifisch nachgefragt, sondern auch gerade vor dem Hintergrund, was der Vertreter des UKE eben gesagt hat. Ich habe Ihnen das gar nicht vorgeworfen. Ich habe gesagt, das findet in unserer Gesellschaft statt, und wir müssen Mechanismen finden, um das an jeder Stelle zu evaluieren, insbesondere wenn es solche Fälle gibt. Das ist ein Unterschied. Es ist wirklich ein Unterschied.

Und die Frau Senatorin habe ich gefragt, haben Sie mit der Black Community und den psychisch Erkrankten gesprochen. Und Sie haben gesagt, Sie haben mit dem UKE gesprochen. Ich finde, es ist ein Unterschied, wenn ich ... Ich spreche auch mit dem UKE. Das finde ich total wichtig, auch gern. Ich finde auch sehr interessant, was Staatsanwalt Mahnke für ... Ich finde Ihre Ausführungen sehr interessant und sehr gut, weil Sie auch sagen, klar, an dieser Stelle sind wir, und dieses Aufklärungsinteresse haben wir, und das und das können Sie jetzt sagen. Sie machen da sehr klare Ansagen. Also damit kann ich sehr gut etwas anfangen, weil es einfach eine sachliche Auseinandersetzung ist und aus Ihrer Sicht das, was Sie jetzt auf dem Stand des Ermittlungsverfahrens sagen können, aber, wenn ich mit der Black Community spreche oder mit türkischstämmigen, iranisch stämmigen, oder wem auch immer, Menschen oder deren Vertretungen am besten, dann bekomme ich einen anderen Eindruck von dem, was die Lebenswelt oder die Gesellschaft, in der wir uns befinden, mit diesen Menschen macht. Und wenn so ein Vorfall ist und Akteurinnengruppen wie zum Beispiel die Black Community oder auch die psychisch Erkrankten sich auch offen äußern und offen auffordern zu einem Dialog, dann finde ich diese Nachfrage, haben Sie mit denen einen Dialog geführt, nicht unspezifisch. Ich weiß, dass Sie sich engagieren und auch gegen Rassismus engagieren und dass Sie Programme auflegen. Das finde ich alles lobenswert und gut, aber ich habe an diesem Punkt eine ganz konkrete Frage zu einem ganz konkreten Kommunikationsverhalten oder nicht gestellt.

**Vorsitzender:** Und noch einmal der Senat.

**Senatorin Fegebank:** Und ich meine, auch sehr konkret geantwortet zu haben. Ich habe von meinem Besuch in der Psychiatrie am UKE – und einer der Auslöser war dieser Fall, dieser Vorfall, den wir hier heute thematisieren – gesprochen mit den unterschiedlichen Akteuren. Dazu gehören auch psychisch Kranke. Ich bin regelmäßig im Austausch mit den unterschiedlichen Communities hier in Hamburg, zu diesem Fall mit der Black Community nicht, zu anderen Vorfällen, Beobachtungen, Diskriminierungserfahrungen mit den unterschiedlichen Communities in den unterschiedlichsten Situationen sehr häufig. Und deshalb teile ich auch Ihre nicht nur Beobachtungen, sondern auch das Erleben, dass wir an allen vielen Stellen noch viel stärker hingucken müssen, um dieses Thema eines strukturellen Rassismus tatsächlich nicht nur zu benennen und zu erkennen, sondern auch Strategien dagegen zu entwickeln. Ich habe mich lediglich in meinem vorherigen Beitrag dagegen verwehrt, diesen tragischen und schrecklichen Fall, diese Katastrophe, die immer noch Gegenstand – das haben wir jetzt heute mehrfach gehört – noch nicht abgeschlossener staatsanwaltschaftlicher Ermittlungen ist, zum Anlass zu nehmen, um hier einen Rassismuskvorwurf gegenüber einer kompletten Einrichtung zu äußern. Das halte ich einfach nicht für richtig.

**Vorsitzender:** Herr Dr. Wolf bitte.

**Abg. Dr. Alexander Wolf:** Vielen Dank. Ich möchte eines kurz auch meinerseits festhalten. Die Vertreter der LINKEN, namentlich Herr Dolzer, nehmen wiederholt den Begriff Rassismus in den Mund und treffen derart aus der Luft gegriffene und pauschale Anwürfe, Vorwürfe gegenüber dem UKE. Das ist aus meiner Sicht eine unanständige Instrumentalisierung des bedauerlichen Todes in einem Einzelfall. Und ich weise diesen Missbrauch des Begriffs Rassismus in aller Entschiedenheit auch hier zurück. – Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Herr Professor Kruse.

**Abg. Dr. Jörn Kruse:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Wir reden jetzt zwei Stunden über diesen Fall. Und bei mir hat sich zunehmend das Bedürfnis entwickelt, Herrn Professor Gallinat und seinem Team einmal ausdrücklich zu danken für die enorm schwere Arbeit, die Sie wirklich zu erledigen haben an einem Grenzbereich, ich würde einmal sagen, zwischen Leben und Tod und zwischen Gesundheit und Krankheit, wie das im UKE ja generell der Fall ist, an einer Klinik, die sich mit sehr vielen, sehr schweren Fällen befassen muss, egal aus welchem Bereich. Und ich persönlich, also ich als gewissenmaßen Schreibtischtäter, der ich mein Leben lang war, bewundere die Kollegen auch dafür. Und ich finde es völlig unangemessen, dass die, die heute am meisten geredet haben, weitaus am meisten geredet haben, nämlich die beiden Abgeordneten der LINKEN, hier Vorwürfe vorgetragen haben, für die sie keine Belege haben vorlegen können. Das ist peinlich, Herr Dolzer. Das sage ich jetzt noch einmal ganz persönlich.

(Zuruf)

Und ich denke einmal, wir sollten diesen Tagesordnungspunkt hier abschließen und das sagen, was wir eigentlich schon viel früher hätten sagen müssen, nämlich die Staatsanwaltschaft ist am Zuge, und der Staatsanwaltschaft vertrauen wir. Und die wird zu einem bestimmten Zeitpunkt Ergebnisse zeitigen. Und das wird sie unter Zuhilfenahme der Rechtsmedizin tun. – Vielen Dank.

**Vorsitzender:** Herr Giffei.

**Abg. Uwe Giffei:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Also ich möchte einleitend sagen, dass ich großes Verständnis dafür habe, dass man in viel stärkerem Maße als in der Vergangenheit auch untersucht, ob es rassistische Hintergründe für mögliche Straftaten oder bestimmte Ereignisse geben kann oder wo Rassismus in unserer Gesellschaft diskriminierend wirkt und wo wir das vielleicht in vielen, vielen Jahrzehnten nicht bearbeitet haben. Das, finde ich, ist ... Deswegen habe ich dafür großes Verständnis. Deswegen habe ich auch großes Verständnis dafür, dass man sich diesen Fall genau anguckt.

Mein Eindruck ist aber, dass heute gezeigt hat, dass für die Bewertung dieses Falles der Ausschuss nicht der richtige Ort ist, sondern das sind die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und dann sich gegebenenfalls anschließende gerichtliche Verfahren, denn wir wissen es eben nicht, Herr Dolzer. Sie kennen vielleicht einige Zeugenaussagen, aber wir kennen sie alle nicht. Wir sind dazu auch noch keine Richter und keine Juristen, aber wir kennen den Tathergang nicht. Es ist aber wichtig, dass der aufgeklärt wurde. Und ich finde, das hat die Staatsanwaltschaft ja auch deutlich gemacht, dass es sich nicht um eine klare Sache handelt und dass bestimmte Fragen auch noch aus Sicht der Staatsanwaltschaft offen sind, die die Staatsanwaltschaft für zentral hält. Das, finde ich, ist ein Zeichen dafür, dass die Staatsanwaltschaft – das ist jedenfalls der Eindruck, den ich gewonnen habe – auch dieser möglichen Problematik Rassismus als einem Element nachgeht.



Ich will aber auch ganz deutlich sagen, dass ich es gerade im Hinblick auf das UKE fernliegend finde, insbesondere im Bereich der Psychiatrie und Psychotherapie, da von einem strukturellen Rassismus auszugehen, weil ich das UKE eher wahrnehme als ein Rückgrat der Behandlung gerade auch von Geflüchteten im Bereich der Traumatisierungen und so weiter. Also deswegen finde ich, also kann ich auch verstehen, dass diese Vehemenz, wie das hier manchmal vorgetragen wurde, da vielleicht einen falschen Eindruck erzeugt hat, denn ich glaube, das ist etwas, was das UKE als Ganzes, als Institution jedenfalls erst einmal nicht ausmacht, sondern ganz im Gegenteil da einen großen Einsatz in dem Gebiet hat, wofür wir dankbar sein können, dass wir auch dieses qualitative Niveau hier in Hamburg haben. Da w-wären viele, viele in anderen Bundesländern dankbar, wenn sie diese medizinische Versorgung hier vorfinden könnten.

Ich wollte noch eine kleine Frage stellen, weil, eigentlich ging es mir so ein bisschen noch einmal zum Abschluss um diese Einordnung. Also ich finde das wirklich berechtigt. Ich kann diese Sorge auch verstehen. Und ich finde auch wirklich zentral, dass dieser Fall aufgeklärt wird, aber ich habe den Eindruck, das wird nicht hier geschehen. Und ich habe das Gefühl, es ist auf einem guten Weg, aber es mag auch sein, dass manche dann auch viele Nachfragen haben. Und das ist auch völlig legitim. Allerdings müssen wir das, glaube ich, dann, müssen wir da das Ermittlungsverfahren, das gerichtliche Verfahren abwarten.

**Vorsitzender:** Eine Frage war da jetzt nicht mehr.

**Abg. Uwe Giffei:** Nein, darauf habe ich verzichtet.

**Vorsitzender:** Okay. Herr Gögge.

**Abg. René Gögge:** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich finde, Herr Giffei hat ja schon die angemessenen Worte gefunden, die ich nur teilen kann, weil, im Endeffekt ist es ja so, wir haben hier eine strafrechtliche Fragestellung. Die kann nur geklärt werden in diesem Einzelfall durch zum einen die Staatsanwaltschaft und dann gegebenenfalls von einem Gericht. Ein Ausschuss ist ja kein Tribunal und wird nicht dazu in der Lage sein, einen Einzelfall aufzuklären, und erst recht nicht, bevor die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen abgeschlossen sind. Und das wollte ich vorhin auch noch einmal auf Herrn Celik entgegen. Und ich glaube, es ist bei einem möglicherweise vorliegenden Tötungsdelikt auch überhaupt nicht ungewöhnlich, dass einige Monate später die Ermittlungen, eben gerade wenn es kein klarer Fall ist, noch nicht abgeschlossen sind. Deshalb habe ich da auch volles Verständnis dafür und bin eigentlich auch positiv, ehrlich gesagt, positiv überrascht gewesen bei diesem Ermittlungsstand, dass die Staatsanwaltschaft doch schon relativ ausführlich Auskunft erteilt hat.

Ich möchte mich Herrn Giffei aber auch noch einmal anschließen in der Hinsicht, dass das UKE genau das Klinikum ist, das im Zusammenhang mit der Traumabehandlung von Geflüchteten, aber auch mit der kulturellen Vielfalt in der eigenen Belegschaft also sehr vorbildlich ist und insofern ich das schon nicht naheliegend finde, ausgerechnet bei diesem Haus zu erwarten, dass da rassistische Tendenzen vorhanden wären. Wir werden das aber, glaube ich, auch kaum in so einer Runde hier heute irgendwie abschließend beraten können, sondern da werden dann immer wieder Anwürfe kommen. Und es wird einfach ohne die konkreten Fälle, um die es geht ... Und das sind dann auch wieder im Grunde genommen Vorwürfe, die dann zur Anzeige gebracht werden müssen, wenn es welche gibt, aber das werden wir kaum schaffen, in einem Ausschuss solche Themen abschließend zu bearbeiten.

**Vorsitzender:** Herr Celik.

**Abg. Deniz Celik:** Ja, vorweg, es geht nicht hier darum, jetzt das UKE oder wie in ein falsches Licht zu rücken oder was auch immer. Es ist so, dass also ... ich habe ganz ... als gesundheitspolitischer Sprecher auch ganz viel Kontakt zu Pflegekräften, die im UKE arbeiten, zu Ärzten, zum Personal, die leisten da eine sehr gute Arbeit, was man auch wertschätzen muss, unter sehr, sehr schwierigen Bedingungen zum Teil, und diese Wertschätzung sind wir diesem Personal auch geschuldet. Und deshalb würden wir auch nicht jetzt ... also es ist nicht so, dass wir das UKE oder das Personal im Gesamten jetzt in ein falsches Licht rücken. Aber dieser Fall verlangt, dass wir alle Aspekte kritisch beleuchten und hier über alle Aspekte auch diskutieren. Das muss doch auch möglich sein und das ist doch auch unsere Pflicht. Und ich finde es auch gut, dass der Herr Vorsitzende auch ermuntert hat, dass wir all unsere Fragen stellen, deshalb würde ich gern mit meinen Fragen noch fortfahren.

Eine Frage wäre ... oder zwei Fragen an den Staatsanwalt. Herr Staatsanwalt, Sie haben gesagt, dass der William Mbobda auch eine vorbelastete Herzerkrankung hatte. Oder habe ich das richtig ...? Also auf jeden Fall war er vorerkrankt, haben Sie gesagt. Aber Sie können doch auch sicherlich nicht ausschließen, dass ohne diesen repressiven Akt der Herr Mbobda noch jahrelang weitergelebt hätte. Das kann man ja nicht ausschließen, denke ich einmal.

Zum Zweiten wollte ich auch noch einmal fragen, es gab ja eine "Panorama"-Sendung, wo auch durch Recherchen herausgekommen ist, dass der Antrag auf eine Unterbringung nach dem Tatvorgang erfolgt ist. Da würde ich auch gern noch einmal fragen wollen, ist es überhaupt rechtlich zulässig, dass man einen Patienten, der sich freiwillig in einem Krankenhaus aufhält, überhaupt daran irgendwie hindert, die Klinik zu verlassen, oder freiheitseinschränkende Maßnahmen einzuleiten?

Und zum Schluss möchte ich auch sagen, was auch mein Kollege Martin Dolzer gesagt hat, wir müssen ja auch perspektivisch nach vorne diskutieren und auch darüber nachdenken, wie wir die Strukturen vielleicht auch so ändern, dass so ein Fall nie, nie, nie wieder eintritt, und deshalb finde ich es auch wichtig, dass man auch über das UKE, aber auch über andere Kliniken in unserer Stadt, dass man das kritisch beleuchtet. Und da möchte ich auch noch einmal auf ein Interview noch einmal mit Thomas Bock daraus noch einmal zitieren. Die Überschrift heißt ja, es gibt ein großes strukturelles Problem am UKE. Und dann sagt er ja auch zum Beispiel, was die Personalsituation angeht, dass die Personalbedarfsbemessung in Deutschland völlig überholt ist und dass das nicht einmal eingehalten wird. Und er sagt ja auch, wir brauchen dringend Personal, mehr Personal auf allen Stationen und vor allem auch sogenannte Genesungsleiter. Das habe ich so als auch einen Hilferuf verstanden von Ihrem ehemaligen Mitarbeiter. Das steht auch für mich im Widerspruch zu der Aussage, wir haben keinen Personalmangel. Und es gibt auch eine ver.di-Umfage unter Psychiatriebeschäftigten, zwei Drittel der Hamburger Befragten berichten von Unterbesetzung, ein Viertel erlebt wöchentlich Zwangsmaßnahmen, doppelt so häufig wie der Bundesdurchschnitt.

Und dann wird auch gesagt, es gibt ein großes strukturelles Problem am UKE. Das sagt auch Ihr ehemaliger Mitarbeiter, die Stationen sind zu groß. Die Psychiatrie-Enquete empfiehlt maximal 18 Betten. In unserer Akutstation im UKE gibt es oder standen bis vor Kurzem noch 34 Betten. Wenn so viele Patienten zusammen untergebracht sind, potenziert sich die Unruhe und letztlich auch das Gewaltpotenzial auf der Station.

Kann es auch sein, dass die Bedingungen, die nicht optimal sind, vielleicht dazu führen, dass Patienten vielleicht aggressiver werden und dass wir durch besseres ... mehr Personal, durch bessere Räumlichkeiten, durch bessere Strukturen, auch durch weniger Betten und durch mehr ambulante Angebote dahin kommen könnten, dass wir Zwang vermeiden können? Also wir müssten doch grundsätzlich darüber sprechen, wie wir Zwang

grundsätzlich vermeiden könnten, und eigentlich – und das bezieht sich wirklich nicht nur auf das UKE, in anderen psychiatrischen Kliniken sieht es ähnlich aus oder vielleicht sogar schlechter, schlimmer –, wir müssten doch hier im Ausschuss oder in der Bürgerschaft, in den politischen Gremien eine grundsätzliche Debatte führen, mit Expertinnen und Experten über das Hamburger PsychKG reden und über Maßnahmen, wie Zwang vermieden kann und wie die Defizite strukturelle ...

(Zuruf)

– Ja, im Gesundheitsausschuss zum Beispiel könnte man es machen.

Daher würde ich auch vorschlagen, dass man auch eine Enquetekommission beruft, wie man in Zukunft zum Beispiel die Strukturen so ändern kann, dass wir weniger Zwang und bessere Situationen und eine gute Versorgung für Patientinnen und Patienten haben. Und da würde ich Ihre Einschätzung vom UKE gern wissen, auch die Einschätzung vom Senat, ob Sie so einen Bedarf sehen.

**Vorsitzender:** Bitte, der Senat.

**Senatorin Fegebank:** Ich gucke einmal zu Herrn Mahnke. Die erste Frage ging ja an Sie. Ich weiß nicht, ob ... Ich gucke einmal zu Herrn Mahnke. Die erste Frage oder der erste Fragekomplex ging an Sie. Ich weiß nicht, ob und wenn ja, was Sie dazu sagen können.

**Herr Mahnke:** Ich hatte die Frage schon beantwortet. Ursächlich für den Tod war ein Kollaps und ursächlich für den Kollaps war der repressive Eingriff. Und inwiefern die Herzvorerkrankung, die zweifelsfrei vorlag, in massiver Form vorlag, die Sache begünstigt hat, das wird weiter geklärt werden müssen. Das hängt von verschiedenen anderen Umständen ab, die man jetzt gar nicht so beantworten kann. Es bleibt aber bei dem Ergebnis, das Vorgehen der Security war ursächlich, und zwar ursächlich in einem strafrechtlichen Sinne. Das heißt, der Tod ist zurechenbar im Sinne der Vorschriften der Tötungsdelikte des Strafgesetzbuches.

Die Frage, ob das möglicherweise zehn Minuten später, zehn Jahre später auch passiert wäre ... Doch, kann man vielleicht beantworten. Ich glaube, das UKE, das IfR hat sich sogar dahingehend geäußert, dass da eine relative Wahrscheinlichkeit gewesen wäre, wenn man sich in anderer Weise aufgeregt hätte, dass das genauso passiert wäre. Das ändert aber an der strafrechtlichen Bewertung gar nichts. Das ist die erste Sache.

Die zweite Frage ...

**Abg. Deniz Celik:** Unterbringung, also der Antrag zur Unterbringung wurde nach dem Tatvorgang laut "Panorama" eingereicht oder gestellt. Die Frage war einfach ...

**Vorsitzender:** Entschuldigung, Entschuldigung, Entschuldigung. Wir waren noch gerade bei der Antwort auf die Fragen durch den Senat. Wir können das gleich noch einmal spezifizieren. Ich frage noch einmal ganz kurz in die Runde, ob der Senat, bevor wir das noch einmal spezifizieren, auf andere gestellte ...

(Senatorin Fegebank: Ja.)

... Fragen erst einmal antworten will.

**Abg. Deniz Celik:** Nein, nein, Entschuldigung. Das war die erste Frage, das war nicht an den Senat.

**Vorsitzender:** Ja, aber Entschuldigung, Herr Celik, so läuft das hier aber nicht. Bitte noch einmal der Senat.

**Senatorin Fegebank:** Ja, die anderen beiden Fragen, da gucke ich einmal zu ...

(Zuruf: Wir hören Sie nicht!)

Zu den anderen beiden Fragen gebe ich das Wort an Herrn Göke beziehungsweise Herrn Gallinat.

**Herr Dr. Göke:** Zu der baulichen Situation darf ich etwas sagen. Es ist etwa zehn Jahre her, dass man den Neubau der Psychiatrie diskutiert und angeregt hat. Es gab einen Masterplan am UKE, der dann aber nur im ersten Schritt durchgeführt wurde. Die Gründe, warum das dann nicht weiterging, kenne ich nicht genau, wahrscheinlich war es an Mangel an Geld, aber das weiß ich nicht sicher. Als ich in 2015 nach Hamburg gekommen bin, haben wir ja einen neuen Zukunfts- und Masterplan im Grunde genommen aufgelegt für die bauliche Entwicklung und durch die Anregung und Intervention einer Senatorin ist es dazu gekommen, dass wir die Psychiatrie sehr weit nach vorn gesetzt haben und im zweiten Schritt tatsächlich den Neubau der psychiatrischen Klinik auf der Agenda haben. Wir sind in den konkreten Planungen. Wir versuchen, den Bedarf der Nutzer zu ermitteln, und versuchen, eine sehr moderne Psychiatrie am Campus entstehen zu lassen, um dann allein durch diese strukturellen Vorgaben einfach in der Lage zu sein, noch andere und bessere und modernere Angebote zu entwickeln. Insofern ist das, was Sie da vortragen, für mich auch noch einmal eine weitere Anregung in die Richtung, diesen Neubau der Psychiatrie weiter mit Verve zu betreiben. Aber das haben wir vor.

**Abg. Deniz Celik:** Dazu ganz ...

**Vorsitzender:** Nein. Also Herr Celik, Entschuldigung, wenn ich das noch einmal erklären muss, aber nacheinander. Es werden Fragen gestellt, diese werden beantwortet, und sobald der Senat die Beantwortung der Fragen aus seiner Sicht abgeschlossen hat, haben Sie die Gelegenheit nachzufragen. Bitte, der Senat, wenn es noch etwas gibt.

**Senatorin Fegebank:** Ja, bitte, Herr Gallinat.

**Herr Dr. Gallinat:** Dann mach ich noch einmal weiter. Also, ich gebe Herrn Celik in vielen Punkten durchaus recht, eine Station mit 34 Betten ist zu groß. Aber das sind die Anpassungsmaßnahmen, die wir vornehmen. Wir haben mittlerweile die Stationen geteilt, um daraus eben zwei Hälften zu machen mit viel kleinerer Belegung. Das ist natürlich teilweise den baulichen Maßnahmen geschuldet, andererseits hat die Station viele Vorzüge, nämlich zwei Gärten und ähnliche Dinge, aber richtig ist, je kleiner die Stationen, desto besser. Aber im Grunde ist auch unsere Politik darauf gerichtet, weniger stationäre Betten überhaupt zu haben, um die gleichen Patienten zu versorgen oder besser zu versorgen. Ich habe schon von den ambulanten und aufsuchenden Konzepten gesprochen. Da gibt es gute Erfahrungen damit und das bringt uns weg vom Akutbett und das bringt uns weg vom Krankenhausbett an sich.

Übrigens der Fall, den wir hier besprechen, hatte mit dieser Station nichts zu tun. Das noch einmal am Rande.

Thomas Bock hat dieses Interview gegeben. Das hat einen langen Diskurs auch in der Klinik ausgelöst mit den anderen Mitarbeitern und so weiter, da gab es sehr, sehr unterschiedliche Meinungen dazu. Aber an der Stelle kann ich, glaube ich, auch für Thomas Bock sprechen, der gesagt hat, wir haben in Deutschland in der Psychiatrie ein

strukturelles Problem, und damit meint er zu große Stationen oder zu große Krankenhäuser. Und in der Überschrift "Der Zeit" stand dann, das UKE hat ein strukturelles Problem. Und Thomas Bock hat sich darüber geärgert, darüber hat er sich geärgert, weil das eine für ihn schräge Darstellung dieses Interviews gewesen ist. Er hat Genesungsbegleiter erwähnt, in der Tat. Ich kann auch sagen, ich glaube, es gibt keine Klinik in Deutschland, die mehr Genesungsbegleiter hat als die Klinik des UKE. Das ist im Grunde sozusagen der Ausgangspunkt dieser Bewegung, in Deutschland zumindest. Und das ist ein Thema, was wir beforschen, was wir auch klinisch anwenden, von dem wir auch überzeugt sind, weil wir wissen, dass das eine andere, bessere Psychiatrie ermöglicht.

Und was die ver.di-Umfrage angeht, es ist so ein bisschen wie eben, dort wurde gesagt, in Hamburg haben wir viele unbesetzte Stellen und an vielen Stellen Schwierigkeiten und eine Zunahme an Gewalt. Und das ganze Interview wurde dann von einer Mitarbeiterin des UKEs gegeben und stand unter der Fahne des UKE. Aber an der Stelle würde ich auch sagen, dass die Personalausstattung nicht vergleichbar ist mit anderen Häusern und das ist auch ein bisschen ungewöhnlich gewesen.

Was die Unterbringung angeht, wir haben das ja leider häufiger, dass wir eine vorläufige Unterbringung aussprechen müssen, und das sind ja typischerweise Situationen, wo es auch zu Aggressionen kommt oder zur Anwendung von Gewalt, was ja eben manchmal als allerletzte Maßnahme dann eine Fixierung zur Folge hat, sofortige Fixierung, und natürlich müssen wir in dem Moment handeln, weil es um, ja, Leib und Leben geht. Und in dem eben besagten Fall kann man, glaube ich, schon sagen, der Antrag auf Unterbringung, der ja auch immer dann an die Behörde gefaxt werden muss, ist gefaxt worden, bevor die Situation auf dem Vorplatz der Klinik stattgefunden hat. Die Bestätigung der Behörde einer Verfügung sozusagen kam dann etwas später und das war nach dem Vorfall, in der Tat, aber dass PsychKG ausgesprochen wurde und sogar der formale Akt eingeleitet wurde, das war, ich sag jetzt 'mal, eher außergewöhnlich früh, denn meistens muss man in der Situation sofort handeln und hat nicht Zeit, zum Fax zu gehen. Das war in diesem Fall aber so. Daraus würde ich jetzt auch, ich sag 'mal, kein Fehlverhalten der Ärzte ableiten, sondern im Gegenteil, das war äußerst korrekt.

**Vorsitzender:** Herr Celik hat eine Nachfrage signalisiert. Bitte.

**Abg. Deniz Celik:** Der Senat möchte dazu wohl nicht auf die Frage antworten? Oder ...

(Vorsitzender: Wiederholen Sie doch noch einmal die Frage!)

Ja, die Frage war, ob der Senat auch, ja, Veränderungsbedarf oder diese strukturellen Defizite sieht und was für eine ... also ob der Senat sich auch vorstellen kann, dass man einmal grundsätzlich über die Situation mit Expertenkommission und so spricht.

Und eine Frage noch, Soteria wollte ich noch einmal fragen. Ist das noch in Planung beim UKE, kann man sich eine Soteria-Station noch vorstellen?

**Vorsitzender:** Der Senat.

**Senatorin Fegebank:** Herr Gallinat.

**Herr Dr. Gallinat:** Die Soteria ist ein milieutherapeutisches Konzept speziell für Patienten mit Psychosen, wo das, ich sag jetzt 'mal, Hauptwirkelement ist, dass man eine sehr wohnortnahe, typische, reizarme Umgebung schafft, so etwas wie ein Zuhause, so wie eine Wohngemeinschaft, etwas, was nicht den Charakter eines Krankenhauses hat, um möglichst viel Normalität, möglichst viel normale soziale Interaktion herzustellen. Wir wissen, dass das in der Behandlung der Psychose positiv ist, dass das Medikamente

einsparen kann, und für einen Teil der Patienten ist das sozusagen genau die richtige Therapieform, nicht für alle. Das ist eine Thematik, die wir am UKE weiterhin planen. Man kann auch an der Stelle sagen, wir haben schlicht ein Raumproblem, um das, eine solche Station, zu eröffnen. Wir haben ohnehin ein Raumproblem, Herr Professor Göke hat das eben schon skizziert. Aber ja, das ist der Plan, wir würden das gern tun.

Es gibt Soteria ja sozusagen auch andernorts schon länger. Manche Einrichtungen haben das Glück, dass Sie einen Sponsor gefunden haben, der ihnen ein Haus irgendwo zur Verfügung stellt, was eigentlich die Reinform der Soteria ist, das heißt, außerhalb eines Krankenhausgeländes. Aber man kann sich vorstellen, dass in der aktuellen Situation auch in Hamburg so etwas finanziell kaum darstellbar ist. Aber das ist eine der, ich sag jetzt 'mal, zentralen Facetten der sozialen Psychiatrie und dieses Element würden wir demnächst gern auch am UKE anbieten wollen, ja.

**Senatorin Fegebank:** Ich würde gern Ihre Frage, wenn ich Sie denn richtig verstanden habe, aufgreifen und verweisen auf die Ausführungen, die der Ärztliche Direktor eben gemacht hat. Wir haben im Kontext des baulichen Entwicklungsplans der Campusplanung des UKE jetzt einige große Maßnahmen in den letzten Jahren auf den Weg gebracht, aktuell die Martini-Klinik und das universitäre Herzzentrum. Es folgt ein weiterer Forschungsbereich, ein Campusforschungsbereich, der jetzt quasi auf den letzten Metern zur Bewilligung steht, und wir müssen dann gucken, welche weiteren Maßnahmen priorisiert werden, und da haben wir uns jetzt – und auch das war einer der Anlässe unseres Gesprächs in der Psychiatrie vor einigen Wochen – erst einmal untereinander darauf verständigt, auch im Senat dafür zu werben, dass das Thema Psychiatrie jetzt ganz oben auf die Agenda gesetzt wird und dass der nächste Abschnitt zur Weiterentwicklung und baulichen Weiterentwicklung des Campus auch tatsächlich dann der Psychiatrie gehört.

(Zuruf)

Entschuldigung, ich habe Sie gesehen, aber es vergessen. Herr Kellerhof, bitte.

**Herr Kellerhof:** Sowas. Ich wollte nur sozusagen noch einmal ganz kurz zu der allgemeinen psychiatriebezogenen Debatte sagen, einfach nur sozusagen vom Verfahren her, der Gesundheitsausschuss hat sich allein in der vergangenen Woche nach meinem Kenntnisstand drei Stunden auf der Basis, oder vier Stunden, auf der Basis des Berichts der Aufsichtskommission nach PsychKG befasst. Ich bitte, den Bericht des Gesundheitsausschusses an die Bürgerschaft an der Stelle abzuwarten und irgendwie nicht sozusagen hier noch einmal weiter zu diskutieren. Der Gesundheitsausschuss hat sich in diesem Jahr mit als Senatsvertreterinnen Senatorin Prüfer-Storcks und Senatorin Leonhard sehr, sehr ausführlich mit dem Psychiatriebericht, den der Senat beschlossen hat, befasst und alle Facetten sozusagen intensiv durchdiskutiert. Es gibt immer Weiteres zu diskutieren, aber an dieser Stelle möchte ich doch auch bitten, auch uns gegenüber die Allgemeinpsychiatriediskussion jetzt nicht nach diesem Vorlauf im Gesundheitsausschuss fortsetzen zu wollen.

**Vorsitzender:** Dem kann ich mich ausdrücklich anschließen. Und Herr Celik hat da noch eine Nachfrage. Aber wie gesagt, bitte ...

**Abg. Deniz Celik:** Eine Anmerkung. Also, wenn wir von Enquetekommission oder Expertenkommission reden, wir wollen die Beteiligung der Betroffenen, wir wollen die Beteiligung von Patientenangehörigen oder Psychiatrieerfahrenen, dialogische Besetzung. Das haben Sie im Gesundheitsausschuss nicht. Die Ausschussmitglieder sind alle Abgeordnete. Wir würden diese Debatte einfach erweitern und auch mit den Betroffenen und mit Erfahrenen, Psychiatrieerfahrenen diese Diskussion führen. Das ist ja etwas, was

gewünscht ist. Und aber auch Expertinnen, die in den Kliniken arbeiten und zu dieser Thematik Wesentliches beitragen können. Das war so der Anstoß. Und die Diskussion im Gesundheitsausschuss kenne ich ja, ich bin ja Mitglied im Gesundheitsausschuss.

Nur eine letzte Frage noch an die Frau Senatorin. Das hat auch Herr Thomas Bock im Interview gesagt, vielleicht sollte die Politik bei der Raumfrage, was Soteria-Station angeht, ja, ein bisschen Druck machen oder bei der Immobiliensuche helfen. Hat der Senat sich mit diesem Problem der Immobiliensuche beschäftigt und hat vielleicht auch Lösungsansätze?

**Vorsitzender:** Noch einmal der Senat, wobei ich auch anmerken möchte, dass wir uns jetzt in der Tat dann doch recht weit von dem angemeldeten Thema der Tagesordnung entfernen. Aber der Senat hat dennoch signalisiert, darauf antworten zu wollen.

**Senatorin Fegebank:** Ich muss ehrlich sagen, als Senat ...

**Vorsitzender:** Bitte, Frau Senatorin, Sie haben das Wort.

**Senatorin Fegebank:** Entschuldigung, entschuldigen Sie, Herr Vorsitzender.

Wenn ich als Senatsvertreterin spreche, dann brauche ich hier eine abgestimmte Position und muss die Möglichkeit haben, mich da mit den fachlich zuständigen Kolleginnen auszutauschen. Deshalb muss ich das verneinen, Ihre Frage. Ich verweise noch einmal eben auf die Ausführung des Ärztlichen Direktors und meines letzten Wortbeitrages. Und es ist ja durchaus zu überlegen, ob ...

(Signal)

– Feueralarm?

**Vorsitzender:** Ich unterbreche einmal die Sitzung, damit wir klären können, wo ... was dieses Signal bedeutet.

(Zuruf: Ach, ist schon wieder vorbei!)

Vermutlich Sauerstoffarmut oder so.

(Zurufe)

Aber ich nehme es jetzt nicht so wahr, als ob wir akut handeln müssten. Insofern eröffne ich die Sitzung wieder und erteile der Senatorin erneut das Wort.

**Senatorin Fegebank:** Ja, ich versuche den Anschluss in den Satz zu finden, aber ich glaube, ich habe ihn ein bisschen verloren. Deshalb starte ich noch einmal mit dem Satz. Ich habe eben noch einmal gesprochen über bauliche Entwicklungsperspektiven auf dem UKE-Campus rund um und für die Psychiatrie und da kann natürlich diese Überlegung auch eine Rolle spielen. Und ich hoffe, Sie nehmen zur Kenntnis, dass nicht nur dieser tragische Vorfall, diese Katastrophe, sondern auch andere öffentlich bekannt gewordene und auch in den Medien breit diskutierte Fälle aus und rund um die Psychiatrie durchaus auch noch einmal Anlass für uns gewesen sind, uns die genaue Beschaffenheit der Räumlichkeiten und die von Herrn Gallinat ja sehr eindrücklich dargestellten Ansprüche an eine moderne Psychiatrie anzugucken und dem hoffentlich in den nächsten Jahren Rechnung zu tragen.

**Vorsitzender:** Gut. Dann schaue ich noch einmal in die Runde und sehe keine weiteren Wortmeldungen. Dann möchte ich jetzt abschließend auch noch einmal als Vorsitzender dieses Ausschusses im Namen des Ausschusses auch noch einmal mein Mitgefühl, meine Anteilnahme an die Hinterbliebenen, die Familie und die Freunde zum Ausdruck bringen. Ich glaube, alle hier, alle Abgeordneten haben sich auch entsprechend geäußert, dass es uns sehr wichtig ist, diesen Fall und diesen tragischen Verlauf im UKE weiter zu begleiten und zu ... vor allem dann, wenn neue Informationen vorliegen, das hier auch weiter miteinander zu besprechen. Ich möchte an dieser Stelle mich auch ganz herzlich bedanken bei den Senatsvertreterinnen und Senatsvertretern, den Vertretern des UKE und der Staatsanwaltschaft, die im Rahmen des Möglichen schon sehr intensiv, finde ich, und auch genauer, als ich vielleicht vor der Sitzung gedacht hätte, dass wir werden können, hier Auskunft gegeben haben und, nach meiner Wahrnehmung zumindest, wirklich alle gestellten Fragen auch entsprechend beantwortet haben. Dafür möchte ich mich ganz herzlich bedanken. Ich glaube, das war insofern eine gute Auseinandersetzung, ein gutes Gespräch, welches wir hier geführt haben.

Jetzt ist noch die Frage, wie wir mit der Selbstbefassung weiter umgehen. Wir haben gerade kurz einmal überlegt, ob es vielleicht klug wäre, die Selbstbefassung an dieser Stelle nicht abzuschließen, sondern sie laufen zu lassen, für den aber ... sozusagen für die laufende Legislatur nur dann erneut aufzurufen, wenn die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen zu einem Ergebnis kommen, dann würde man es also noch einmal aufrufen. Und wenn das nicht der Fall sein sollte, dann würde also diese Selbstbefassung zum Ende der Legislatur auslaufen, und die politischen Vertreter der derzeitigen Fraktionen sind, glaube ich, wären dann sehr bereit, zur nächsten Legislatur eine solche, ja, thematische Weiterbefassung vorzunehmen. Insofern würden wir hier die Selbstbefassung also zum jetzigen Zeitpunkt nicht abschließen. Den Tagesordnungspunkt allerdings schon. Noch einmal vielen Dank für alle Beteiligten und wir würden jetzt einmal fünf Minuten Pause machen, um uns für die nächsten Tagesordnungspunkte vorzubereiten. – Vielen Dank.

#### **Sitzungsunterbrechung: 19.23 – 19: 34**

#### **Zu TOP 2**

Keine Niederschrift, siehe Bericht an die Bürgerschaft.

#### **Zu TOP 3**

Keine Niederschrift, siehe Bericht an die Bürgerschaft.

#### **Zu TOP 4**

Vertagt.

#### **Zu TOP 5 / Wortprotokoll**

**Vorsitzender:** Den Tagesordnungspunkt 4 hatten wir ja eben einvernehmlich von der Tagesordnung abgesetzt, sodass wir jetzt direkt zu Tagesordnungspunkt 5 kommen, der Drucksache 21/11506, "Diskriminierende frauenfeindliche und sexistische Werbung



vermeiden", ein Antrag der Fraktion DIE LINKE, den wir bereits einmal hier beraten haben am 25. Oktober 2018 und damals dann vertagt haben.

Ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, dass hier ein Wortprotokoll wieder gewünscht wird. Hat da jemand was dagegen? Ich schaue einmal in die Runde, nein, sieht nicht so aus, dann machen wir hier auch jetzt wieder ein Wortprotokoll. Und ich würde gern zur Antragsbegründung, wenn gewünscht, der Antrag stellenden Fraktion noch einmal das Wort erteilen.

**Abg. Cansu Özdemir:** Ja. Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Ich habe ja auf der damaligen Sitzung den Antrag ausführlich begründet. Wir haben ja auch eine sehr lange Diskussion darüber geführt. Mich würde jetzt einfach an erster Stelle interessieren, was seitdem passiert ist, ob etwas passiert ist, also eher ein aktueller Bericht über Entwicklungen des Senats.

**Vorsitzender:** Bitte.

**Senatorin Fegebank:** Ja. Vielen Dank. Wir finden das auch ausdrücklich gut, dass wir das Thema sexistische Werbung erneut hier auf der Tagesordnung im Ausschuss haben, weil das Thema in der Tat dadurch immer stärker auch in den Fokus der Öffentlichkeit und auch in die öffentliche Diskussion gerät. Und das wird auch deutlich an den hohen Fallzahlen des Projekts Werbemelder.in, also Werbemelder.in, des Vereins Pinkstinks. Und deshalb ist es klasse, dass Stevie Schmiedel als erste Vorsitzende und Geschäftsführerin und Pressesprecherin des Vereins heute hier ist, um auch aus dem Projekt noch einmal die gewonnenen Erkenntnisse darzulegen, die jetzt, glaube ich, auch in einem Abschlussbericht zusammengefasst vorliegen.

Das haben wir ja auch beim letzten Mal schon angekündigt, dass wir über diesen Weg versuchen, noch einmal mehr herauszufinden, um daraus dann auch Aktivitäten und Handeln abzuleiten. Wir hatten ja in diesem Jahr im März anlässlich des Internationalen Frauentags auch Ihren Festvortrag, liebe Stevie Schmiedel, und da schon festgestellt und erschreckend eindrucksvoll demonstriert bekommen, welche grotesken und auch irritierenden Auswüchse das Werbetreiben hinsichtlich von Geschlechterrollen, und auch damit allgegenwärtigem Sexismus, hervorbringt. Zum Glück, muss man sagen, war keines der zitierten Beispiele auf städtischen Werbeflächen der Freien und Hansestadt Hamburg zu finden.

Und nach meinem Kenntnisstand heute gibt es auch weiterhin dort keine Fallzahlen, die uns unruhig stimmen sollten, zumindest was sexistische Werbung angeht. Sicherlich in dem Grenzbereich ist das eine oder andere zu finden, aber dazu würde ich auch gleich gern Stevie Schmiedel das Wort gebe, und weil sich die Handlungsoptionen, auch das hatten wir beim letzten Mal hier, glaube ich, recht deutlich auch diskutiert und artikuliert, der FHH auf Werberechte auf Staatsgrund beschränken. Da private Werbung beim Deutschen Werberat anzuzeigen ist, wäre auch aus meiner Sicht die spannende Frage für die heutige Diskussion, welche Möglichkeiten zur Vermeidung von sexistischer Werbung am wirkungsvollsten auf der einen Seite und gleichzeitig auch am sinnvollsten sein könnten.

Wir hatten zwischenzeitlich die Frauen- und Gleichstellungsministerkonferenz, die ich eben beim vorangegangenen TOP schon erwähnt habe. Auch da ist das wieder Thema gewesen. Dort haben wir Anträge auch mit unterstützt, vor allem den Werberat hier noch stärker zu sensibilisieren und auch zu stärken. Aber eben auch Projekte, wie die Werbemelder.in, weil dort einfach Aufklärung, Information und Sensibilisierung auf eine ganz andere Weise stattfinden kann und darüber hinaus natürlich auch ein breiterer Ansatz mit Blick auf das Thema Geschlechterstereotype und Rollenbilder auch im

unmittelbaren Zusammenhang zu Sexismus in unserer Gesellschaft dargestellt werden. Und das finde ich nach wie vor den richtigen Angang.

Noch einmal, wir haben städtische Werbeflächen, dort aber keinerlei Anhaltspunkte zu handeln, der Rest sind private Werbeflächen, über die wir uns bei möglicherweise künftiger Vertragsgestaltung auch noch einmal unterhalten können, aber das steht aktuell überhaupt nicht an. Und deshalb müssen wir die Mittel, Wege, Organisationen und Vereine nutzen, die sich tatsächlich damit beschäftigen, die sensibilisieren, die informieren, die auch beraten können. Und deshalb freue ich mich jetzt auf zum einen noch einmal eine Darstellung der Aktivitäten von Werbemelder.in und zweitens vielleicht auch für uns, für den Ausschuss, aber auch ganz konkret für Verwaltungshandeln und Senat, über den einen oder anderen Tipp oder Hinweis, was wir noch tun und machen können.

**Frau Dr. Schmiedel:** Schönen Abend, hervorragend, dass Sie noch wach sind, es ist ja eine lange Sitzung. Vielen Dank, dass ich hier sprechen darf. Erst einmal vielen Dank an die Fraktion DIE LINKE für diesen Antrag, ganz wichtig und schön, dass er da ist und dass wir heute Abend darüber reden.

Wir haben zwei Jahre ein Monitoring durchgeführt für das Bundesfamilienministerium, um zu schauen, wie viel Sexismus in der Werbung gibt es eigentlich. Wo ist dieser Sexismus zu finden und wie definiert man Sexismus überhaupt. Wir haben aufgrund einer Gesetzesnorm, die entwickelt worden ist von einer Juristin, Sexismus genauer definiert in der Werbung und darauf letztendlich sehr ähnliche Kriterien wie die, die der Werberat vorschlägt, und haben bundesweit Daten gesammelt durch eine App, die jeder öffentlich runterladen konnte. Wir sind ein ganz kleiner Verein mit viereinhalb Mitarbeitenden und haben durch einige Werbemaßnahmen und viel zwischen Mediaaktivitäten in zwei Jahren knapp zehnmals so viele Einsendungen bekommen wie der Deutsche Werberat. Erst einmal dazu.

Das heißt, es ist mit einfachen Mitteln möglich, für sich zu werben, was der Deutsche Werberat nicht tut. Der Deutsche Werberat wirbt nicht für sich, der Deutsche Werberat ist weniger bekannt als unser kleiner Miniverein in Hamburg-Eimsbüttel. Und das ist ziemlich traurig, denn wir können ja nichts tun, außer dieser Werbung zu skandalisieren, öffentlich im Internet, indem wir sie online stellen und damit allen zugänglich machen, was da draußen so hängt, und das dann in sexistisch, stereotyp oder nicht sexistisch einordnen. Der Deutsche Werberat kann eine Rüge aussprechen, auch das ist nicht viel, damit kann noch nicht viel getan werden, aber immerhin ist es aus der deutschen Wirtschaft heraus ein Signal.

Jetzt haben wir uns zwei Jahre diese Werbung angeschaut und wir waren noch vor zwei Jahren für die Fraktion DIE LINKE im Rathaus und haben auch von der Gesetzesnorm berichtet, das war noch vor dem Monitoring. Und wir waren selbst erschrocken, obwohl so eine Gesetzesnorm nach wie vor einfach zu implementieren wäre bundesweit, waren wir selbst erschrocken, dass die Agenturen immer schlauer werden. Es gibt immer mehr Werbung, über die sich viele, viele Menschen beschwerten, wütend beschwerten, aber die nicht unter unsere Kriterien von Sexismus fallen würden. Das heißt, wir könnten gar nichts damit machen. Es ist zum Beispiel eine Media-Markt-Werbung mit so Sophia Thomalla drauf.

(Zurufe)

– Alle sagen schon, ach die, genau, letztes Jahr. Die nervt, aber Sophia Thomalla ist dort selbst als Celebrity zu sehen, in Anführungszeichen, mit ihrem eigenen Zitat, das nervt, indem sie Frauen immer wieder als Objekte darstellt, aber dort vielleicht mit

Meinungsfreiheit abgeglichen werden müsste, es würde auf einen Prozess rauskommen. Eine ganz schwierige Sache.

Oder zum Beispiel die True-Fruits-Werbung, die viele Gemüter auch immer wieder erregt und auch viele Petitionen jetzt gestartet worden sind, um True Fruits in die Bredouille zu nehmen, von Charlotte Roche zum Beispiel, das letzte prominente Beispiel. Aber auch die hat selbst der Werberat nicht wegen Sexismus gerügt, sondern wegen Vulgarismus. Ganz schwierig.

Also, die Agenturen werden immer schlauer und das, was auf den großen ..., Entschuldigung, ich rede so mit dem Rücken zu Ihnen. Die auf den großen Plakaten sind, das heißt, wo viel Geld für ausgegeben wird, die teuren Kampagnen, sind sehr, sehr selten sexistisch. Trotzdem bekommen wir die zuhauf eingesendet, weil sie stereotyp sind. Das heißt aber auch nicht so stereotyp, wie nach der englischen HSA jetzt, Harm for Generous Types, auch gerügt werden können, die sind bei uns schon unter sexistisch eingefügt. Das heißt, stereotyp ist bei uns eben die typische H&M- oder Esprit- oder sonst was Werbung, die immer weiße Frau in der Standardgröße mit dem Standardkörper, der Normschönheit, die Leute aufregt und auch zu Recht natürlich, weil, im Ganzen ist das auch wieder Sexismus, dass Frauen immer gleich aussehen sollen, aber das können wir nicht im einzelnen Plakat angehen. Das heißt also nach wie vor, wäre so eine Gesetzesnorm Nice-to-have, sie würde ein Signal senden auf jeden Fall bundesweit, aber sie würde nicht das vom Markt fegen, was viele, viele Menschen gern nicht mehr sehen wollen würden und was natürlich genauso Kinder, insbesondere junge Mädchen in ihrem Körpergefühl, in ihrem Selbstbewusstsein bedrängt.

Insofern haben wir uns gefreut, was unsere Kampagnen, die auch vom Bundesfamilienministerium gefördert wurden, erreicht haben. Wir haben zum Beispiel den Pinken Pudel gestartet, der auch im nächsten Jahr von der Behörde für Kultur und Medien in Hamburg gefördert wird, die wird auf dem OMR stattfinden, der großen Marketing-Online-Messe dieses Jahr. Das ist der Positivpreis für geschlechtergerechte Werbung. Das heißt, da sind wir einmal nicht wütend, sondern wir loben einmal dort, wo es gut läuft. Wir sind durch diesen Pinken Pudel inzwischen mit vielen großen Werbeagenturen im Gespräch und wir wissen, dass da auch viel Bereitschaft, auf jeden Fall bei den meisten, besteht, da auch weiter tätig zu sein, ein besseres Bild von den großen Agenturen bundesweit zu zeigen, die sich abgrenzen von der Schmuddelwerbung von der Frau nebenan, die halbnackt auf die Autoreifen drapiert wird und dann schnell für den lokalen Kfz-Betrieb abgelichtet wird, per Photoshop als Werbung online gestellt wird.

Das heißt, wir haben viele Kampagnen gemacht, in denen gezeigt wird, dass Plus-Size-Mode toll aussehen kann, dass diverse Werbung möglich ist, immer mithilfe auch von großen Werbeagenturen. Und eine schöne Kampagne, die wir gemacht haben, ist, dass wir zum Beispiel an Handwerksbetriebe eine kleine Kampagne lanciert haben, die zeigt, dass, bevor man in die Sexismuskiste greift, weil die meiste sexistische Werbung kommt von Handwerksbetrieben oder kleinen Handelsbetrieben, die denken, Mensch, wir machen das einmal schnell zu Hause auf Photoshop, das schaffen wir auch selbst, wir geben dafür kein Geld aus, und das geht dann meistens ziemlich daneben. Denn auch die großen Agenturen, denen wir die Bilder teilweise gezeigt haben, sagen, Mensch, das sind doch tolle Produkte, die könnten viel, viel besser verkauft werden. Und ich denke, hier ist auch der Hebel, auch über Handwerkskammer oder Handelskammern an ihre Schützlinge ranzugehen und zu sagen, Mensch, wir wollen euch helfen, nicht die Fehler zu machen, falsch zu werben.

Ich habe mir heute noch einmal intensiv, die Anfrage kam ziemlich kurzfristig, heute zu erscheinen, ich habe mir heute noch einmal die Fälle in Hamburg angeschaut. Und was für Hamburg sehr interessant ist, dass ... Auch hier haben wir natürlich sexistische Werbung,

ich lese einmal vor. Wir haben insgesamt 293 Meldungen jetzt vom 1. August 2017 bis 5. Dezember 2019 in Hamburg gehabt, also knapp 300 Meldungen. Das sind natürlich nicht alle einzelnen Motive, aber, wenn wir jetzt einmal aufteilen, haben wir zum Beispiel 15 Motive im Internet. Davon kamen so fünf von Hamburger Unternehmen, weil natürlich das Internet ..., die kamen aus Hamburg, die Meldungen, aber nur fünf Hamburger Unternehmen. Darunter sind aber zum Beispiel Werbeanzeigen auf Spiegel Online, eine kommt von Herrn Mälzer, ich wundere mich jetzt gerade, aber von Tim Mälzer von einem Event von ihm. Dann gibt es einen Friseur, es gibt Kontoauszüge von der Haspa, wo Werbeanzeigen aufpoppen. Also, das sind jetzt keine kleinen Dinger, da könnte man auch schon in Gesprächen einmal rangehen.

Wir haben am meisten Printmotive, aber dazwischen kommen noch Fahrzeuge und das fällt bestimmt Ihnen auch auf, die typischen Fahrzeuge, die einen aufregen, die Fleischkeule mit der nackten Frau daneben, Frischfleisch, ha, ha, gibt es leider immer noch. Von den 23 Motiven auf Fahrzeugen kommen 7 von Hamburger Unternehmen, also auch nicht die Welt. Und die Frage ist natürlich auch da, wie man gesetzlich, wie Sie es schon sagten, da man ja nur die stadteigenen Flächen angehen kann, wie man dann da mit diesen Fahrzeugen umgeht, ob die umgespritzt werden müssen und so weiter.

Von diesen sieben Fahrzeugen, nehme ich jetzt schon einmal vorweg, ist eins vom Babylon FKK & Nightclub. Ich glaube, den Wagen kennen wir auch alle, der überall rumläuft und bei uns wahrscheinlich alle die Babylon-Werbung auch ziemlich aufstößt. Dann haben wir 30 Printmotive, davon 20 physisch eindeutig in Hamburg, das kann man bei Flyern und so auch nicht immer sagen. Darunter unter anderem Call a Pizza, die wahnsinnig nerven, weil sie jedes Jahr vom Deutschen Werberat gerügt werden und das die überhaupt nicht interessiert. Also, so viel zur Durchsetzungskraft des Deutschen Werberats.

Hier sind, ich habe die hier liegen, ich kann die rumgeben oder ... Ich weiß nicht, wie wir das machen, weil ich leider keine PowerPoint jetzt dabei habe. Die sind oft auf Bauzäunen, also wieder nicht stadteigene Flächen. Dann eine, die Kiesow-Werbung, die viele bestimmt kennen. Da geht es wieder um die alte Frau, die man entsorgen soll, auch wieder so ein typischer ..., die Alte weg, die Neue her oder so, auf einer Hauswand, also auch keine stadteigene Fläche. Dann haben wir, das war jetzt Internet, ein Moment, das sind die Fahrzeuge. Dann haben wir Parkhäuser, wir haben Toiletten, also in den Toiletten drin, schon wieder Bauzäune. Messe Hamburg viel, was ich besonders interessant finde, weil ich von der Messe Hamburg vor Jahren einmal die Zitronenjette verliehen bekommen habe, das ist so ein Preis für feministische Erfolge. Und die Messe Hamburg eigentlich auch Interesse hatte, einmal das zu thematisieren auf ihren eigenen Ständen und ich dann leider nie wieder was davon gehört habe. Also das wäre auch spannend, mit der Messe Hamburg einmal zu sprechen, inwieweit auf den Messeständen ..., dazu gehören natürlich auch die Hostessen, die ewig knapp bekleidet Autos präsentieren. Das ist auch ein großes Thema.

Dann haben wir an Supermärkten dran, Netto war ein großes Thema jetzt vor Kurzem. Wir haben an, genau, an Pizza, wir haben viel an den Läden selbst dran oft sexistische Werbung, also wenig auf stadteigenen Flächen. Was wir aber zu Hauf auf stadteigenen Flächen haben, ist Werbung für Sexkauf. Nun ist es so, dass wir von Pinkstinks Sexarbeiterinnen jederzeit in Schutz nehmen, vor allen Dingen auch vor Bewegungen, im Moment gerade wieder das Sexkaufverbot einzuführen oder Berufsverbote in irgendeiner Form zu verhängen. Gerade in Hamburg haben wir natürlich viele Gespräche mit Organisationen, die sich auch für minderjährige, drogenabhängige oder migrantische Sexarbeiterinnen einsetzen und wir alle glauben zurzeit, dass Legalisierung die beste Möglichkeit ist, sie zu schützen. Und deshalb natürlich auch, dass sie werben dürfen, wie

ihre Dienste beziehungsweise die Bordelle oder Laufhäuser, für die sie arbeiten, werben dürfen.

Nun ist es aber so, dass selten so geworben wird, dass die Werbung nicht sexistisch ist. Jetzt können Sie aufschreien und sagen, Sexarbeit ist sexistisch. Das ist Meinungssache, das sehen wir jetzt nicht so. Trotzdem gibt es Werbung, die sexistisch ist, das heißt, Frauen abwertet, und das passiert auf jeden Fall zum Beispiel, wenn für Sexarbeit geworben wird, wie auf der Seite 6, die sehr viel in Hamburg vertreten ist, mit der kalorienarme Nachtisch und eine Frau schüchtern dabei hochguckt in die Kamera. Eine Frau ist kein Nachtisch, der verspeist wird, sondern sie bietet eine Dienstleistung an. Oder aber auch eine Seite Sexmotiv ...

Was war das andere? Das sichere Date. Also, ich bin Britin, das ist kein Date, das ist ein Appointment. Ein Date ist eine romantische Vereinbarung zwischen Leuten, sich zu treffen und nicht etwas, wo Geld ausgetauscht wird. Also ein sicheres Date als Werbung für Sexarbeit ist absolut diskriminierend. Genauso Sätze, wie 60 neue Girls jeden Tag, oder überhaupt die Erwähnung von Girls oder Mädchen. Darüber müssen wir sprechen, gerade in Hamburg müssen wir dringend darüber sprechen, denn das wird hiernach am meisten gemeldet. Also gerade in der aktuellen Debatte ist die große Frage, wie werben wir für Sexarbeit und da sollte dringend drüber gesprochen werden, vor allen Dingen auch mit Ströer, denn diese Seite Sexwerbung, die am meisten in verschiedenen Motiven, also einmal der kalorienarme Nachtisch und einmal die andere Werbung, das sichere Date, die befinden sich auf Ströer-Flächen.

Und ich denke, dass das verständlich ist, wenn Leute, gerade diese Werbung vor Kindergärten oder woanders hängend, sich ärgern, wenn von Sexarbeiterinnen als Mädchen oder Girls gesprochen wird. Auch wenn Sexarbeiterinnen oft selbst sagen, dass es nun einmal die Art ist, wie sie für sich werben, ist der einzige Moment, wo ich sagen würde, hier können wir sie nicht unterstützen. Sondern es hat eine öffentliche Wirkung wie jede andere Werbung auch und da muss man einfach thematisieren, ob das Babylon zum Beispiel einfach mit Körperteilen von Frauen, nämlich zwei gespreizte Beine und sonst nichts, was ja auch das Image der Ritze ist, die Ritze und Babylon gehören ja zusammen, ob das in Ordnung ist, ob auf Plakaten so für Sexarbeit oder ein Bordell geworben werden darf.

Das Relax zum Beispiel, ein Edelbordell in St. Georg, macht es unglaublich gut. Die haben sich in den letzten Jahren immer weiter zurückgenommen in der Bildsprache und machen es mit sehr ..., völlig, finde ich, objektiven Sätzen über die Dienstleistungen, die sie anbieten. Prominent zum Beispiel in der Lagerstraße, Ecke die Straße, die zu den Messehallen führt, dieser weiße Cube, kennen vielleicht viele, wo das Relax eigentlich schon seit Jahrzehnten, glaube ich, wirbt, dort sind jetzt gar keine Bilder mehr zu sehen, sondern nur Text. Wir sagen auch nicht, dass keine Bilder zu sehen sein dürfen, aber dass man darüber sprechen muss, was für Bilder mit was für Copy, also was für Text.

Das ist also das eine. Wenn man über Werbung auf öffentlichen Flächen spricht, dann sind die meisten Beschwerden, die wir bekommen, zu Sexarbeit und wie gesagt insbesondere die, die diskriminierend und mit Frauen auf den Plakaten umgehen. Alle anderen sind schwer jetzt in städtische Verantwortung zu ziehen, also die Möglichkeiten auf jeden Fall, die es gibt.

Trotzdem, dass viele Städte in Deutschland Sexismus in der Werbung verboten haben, hat natürlich auch eine Signalwirkung. Also es ist natürlich ein Signal, wenn eine Stadt überhaupt aktiv gegen Sexismus in der Werbung vorgeht. Und gerade da wäre es natürlich schön und wünschenswert, wenn Kampagnen wie ähnliche, die wir getätigt haben, befördert werden oder gefordert werden auch von der Stadt, vom Senat. Gerade,

da zum Beispiel ja auch die Kulturbehörde die Medien, die Werbung unter sich hat, kann man da einiges, denke ich, anregen. Ich weiß auch, dass die Handelskammer sehr offen ..., die Handwerkskammer, Entschuldigung, dort die Marketingleitung sehr offen ist für Kooperationen. Die haben zum Beispiel unseren kleinen Film, den wir gemacht haben, um Handwerkerinnen zu helfen, besser über Routen, so nennen das Werber, im Kopf auf bessere Images zu kommen als auf sexistische, das hat die Handwerkskammer Hamburg auch verbreitet in ihren Netzwerken. Also die sind sehr kooperativ.

Wir selbst können das jetzt erst einmal aus unseren eigenen Mitteln nicht mehr leisten, wir werden uns jetzt auf ein neues Projekt konzentrieren, die Schule gegen Sexismus, die die generelle ..., die Allgemeinheit aufklärt über Alltagssexismus. Wir würden uns aber sehr wünschen und wir wären auch sehr bereit zu helfen oder zusammenzubringen die großen Werbeagenturen, die ja auch alle daran interessiert sind, sich positiver darzustellen uns sich vor allen Dingen von der sogenannten Schmutzwerbung, die jetzt, wie gesagt, hier in Hamburg ungefähr – (...) ich muss gerade einmal zusammenziehen – also 166-mal, genau, 166-mal gemeldet worden ist, davon in 67 Motiven. Genau.

So als erste Einschätzung?

**Senatorin Fegebank:** Frau Boje, wollen Sie noch einmal was sagen zu unseren ...? Mit der Handwerkskammer vielleicht einmal? Ich würde einmal ganz kurz Frau Boje noch bitten, gerade diesen Punkt Handwerkskammer und mögliche Kooperationen und Kampagnen aufzugreifen, weil wir das tatsächlich im Nachgang der letzten Ausschussbefassung für uns auch als eine Aufgabe mitgenommen haben.

**Frau Boje-Nasution:** Ja, vielen Dank, Frau Senatorin. Es war das Ziel, dass wir gemeinsam mit Pinkstinks und der Handwerkskammer zusammen diese Kampagne aufziehen. Es hat sich aber so ergeben, die sind offen, aber die Handwerkskammer war nicht mehr gewillt, mit Pinkstinks zusammenzuarbeiten. Und insofern haben wir tatsächlich bis dato diese Idee nicht weiterverfolgt. Die Idee einer Kampagne, also gerade im Bereich Sexismus und gerade im Bereich Handwerk, die wollen wir hier natürlich immer noch weiterverfolgen. Nur, wir haben tatsächlich erst einmal für uns abgeschlossen, alleine mit der Handwerkskammer das zu machen, weil wir einfach auch diese Expertise brauchen. Und vielleicht wollen Sie noch einmal erläutern, dass die Handwerkskammer dann eben gesagt hat, wir möchten die Zusammenarbeit mit dem Deutschen Werberat und eben nicht mit Pinkstinks.

**Frau Dr. Schmiedel:** Ja, das ist mir etwas anders vermittelt worden von der Hamburger Handwerkskammer. Wir waren schon dabei, eine Kampagne zu planen, als aus Berlin das Signal kam vom Dachverband der Handwerkskammern, dass man sich eine Zusammenarbeit mit dem Deutschen Werberat wünscht. Und der Deutsche Werberat, insbesondere, da wir jetzt natürlich auch diese Publikation getätigt haben oder schon länger bekannt war, dass wir mehr Einsendungen bekommen als der Deutsche Werberat, ist nicht so sehr an einer Zusammenarbeit mit uns gelegen, was natürlich sehr schade ist, da wir uns sehr gut bündeln könnten, aber natürlich auch dadurch, dass das Monitoring an uns gegeben wurde und nicht an den Deutschen Werberat, also ein paar Animositäten zu bestehen scheinen, was sehr schade ist. Aber damit muss man dann leben. Aber, genau, auch wenn jetzt also mit der Handwerkskammer nicht direkt mit uns eine Möglichkeit wäre, wären trotzdem natürlich bereit, unser Wissen gern, sehr gern weiterzugeben.

**Vorsitzender:** Gut. Frau Hennies, bitte.

**Abg. Astrid Hennies:** Ja, vielen Dank. Ich bin auch gleich einmal auf Ihre Homepage gegangen und habe mir das einmal angeguckt, wie Sie das auch so ein bisschen zusammengefasst haben. Was mich einmal interessieren würde, ist, es ist ja nun

beschränkt dadurch, dass wir nur von dem öffentlichen Raum primär reden können. Aber es fällt ja auch auf in anderen, in privaten Räumen wie zum Beispiel Fitnessstudio, fällt mir da als Erstes ein, da steht man dann ja auch auf seinem Trainer und guckt dann immer so auf irgendeine Leinwand und da wird irgendwas abgespielt und da wird man ja auch ständig damit irgendwie berieselt. Und das sind ja auch so typische Orte, wo so was auch stattfindet. Da würde mich interessieren, das ist jetzt ein Beispiel, wie Ihre Erfahrung ist, wenn Ihnen von privater Seite, aus privaten Räumen etwas gemeldet wird, Sie dann auch vielleicht Rückmeldung an den Verursacher sozusagen geben, dass so was auch eingestellt wird. Können Sie darüber auch was sagen?

**Frau Dr. Schmiedel:** Ja, wir haben, das war auch der Gedanke vom Monitoring, dass wir Unternehmen kontaktieren und mit denen darüber sprechen. Wir haben Kommunikationstraining genommen, wir wollten so ..., wir sind generell freundlich, wollten so freundlich wie möglich rüberkommen. Wir haben das in der Broschüre auch fast humorvoll zusammengefasst, was wir für Beleidigungen bekommen haben. Es ist wahnsinnig schwierig, also auch ... Der Deutsche Werberat erzählt ja von einer hohen Durchsetzungsquote. Wir fragen uns immer genau, wie das eigentlich sein kann, ob jetzt jemand vom Deutschen Werberat sich eher so etwas anhört, dass seine Werbung sexistisch ist. Wir haben fast nur negative Erfahrungen gemacht in der direkten Ansprache von ..., also gerade jetzt bei Handwerksbetrieben, wieso, meine Frau findet das aber schick, oder, haben Sie keine anderen Probleme und so weiter, das funktioniert aber gut, unser Stammtisch findet das prima und so weiter. Es ist ... Wir haben ganz manchmal nur, und das sind immer dann größere Unternehmen, so ..., ist immer Bereich von 100 Angestellten, wenn es anfängt, dass die Unternehmen sagen, ja, Mensch, da könnte man einmal drüber nachdenken. Und hier, FITNESSLAND, glaube ich, waren das, die ja den Zornigen Kaktus von TERRE DES FEMMES letztes ..., 2017 bekommen haben, die haben ja auch ziemlich rüde reagiert. Also es ist ganz schwierig, denn wenn es nur ein oder zwei Personen sind, die es sich trauen überhaupt, etwas dagegen zu sagen, denn gerade für Frauen ist es ja immer noch schwierig, nicht als Feministin dazustehen oder als, klar, du hast es ja auch nötig, siehst ja auch so aus, also die ganzen Sprüche, die man schon vom Schulhof kennt und erwartet. Es ist eben sehr schwierig, allein dort tätig zu werden. Und genauso wissen auch diese Unternehmen, die so werben und erfolgreich damit werben, dass... Oder auch true fruits zum Beispiel, die halten ja auch ganz klar zu ihrem Kurs, obwohl sie so viel Gegenwind bekommen, weil sie wissen, es gibt immer noch ein Segment der Gesellschaft, das das kaufen wird, gerade weil man das ja wohl noch einmal sagen werden darf, dass Frauen doch nun einmal toll aussehen, wenn sie nackt sind und so weiter.

Genau. Also es ist sehr, sehr schwierig, die persönliche Ansprache. Es geht, glaube ich, immer besser über ... Also es geht hervorragend ... Wie gesagt, in den großen Agenturen sind wir offene Türen eingerannt, die haben sich gefreut beziehungsweise auch durch den Pinken Pudel und dass von Anfang an auch die Behörde mit da drin war und auch die Bundesregierung, das hat schon eine Signalkraft gehabt. Also der Pinke Pudel, wenn wir den allein in der Schanze ..., wir haben ja im kleinen Raum gestartet, sind wir gestartet, der hätte nicht so einen Wumms gehabt ohne das Bundesfamilienministerium dahinter und dann später die Stadt Hamburg. Gerade die Stadt Hamburg, die den Deutschen Werbepreis mitfinanziert, OMR, viele, viele große Medienangelegenheiten, da ist dann die Industrie doch schon eher beeindruckt, wenn wir dann zusammen mit denen den Pinken Pudel vergeben. Das nehmen die als Signal, dass ein Wind sich dreht, dass sich was verändert und dann benehmen die sich auch. Also die merken das ja auch, dass das wichtig dann ist, auch selbst ein Signal zu setzen.

(Abg. Astrid Hennies: Ich hätte noch eine Nachfrage.)

**Vorsitzender:** Bitte, Frau Hennies, noch eine Nachfrage.

**Abg. Astrid Hennies:** Also die Nachfrage ist, wenn Sie das zum Beispiel online stellen, ob Sie dann trotzdem Rückmeldungen bekommen, dass das entfernt wurde, die Werbung zum Beispiel.

**Vorsitzender:** Der Senat bitte noch einmal.

**Frau Dr. Schmiedel:** Nein, die Werbung wird fast nie entfernt, sonst würden wir sie auch ausgrauen. Wie haben aber schon Nachfragen, zum Beispiel, ich glaube, was Sie auch eben ..., Sie schüttelten eben den Kopf, als Sie diese Fleischerwerbung sahen mit dem Herren. Der hat selbst bei mir angerufen, dieser nette Herr, das ist er selbst, der Besitzer der Fleischerei, hat bei mir angerufen und gesagt, erklären Sie mir doch, der Deutsche Werberat will mir das nicht erzählen, warum das sexistisch ist. Können Sie mir das erklären, weil, ich verstehe es nämlich nicht. Und das fand ich schon ... Wir sind dann immer superfreundlich und freuen uns natürlich, wenn so ein Signal kommt, und haben ihm das erklärt und ausgeführt. Und daraufhin hat er gesagt, na, gut, der Deutsche Werberat hat gesagt, ich kann es hängen lassen, die Werbung läuft ja eh Ende der Woche aus. Nur so viel zum Deutschen Werberat. Und wir haben ihm gesagt, es wäre doch vielleicht günstig, gerade weil er so einen Shitstorm gerade erfährt, selbst, auch wenn es was kostet, die Werbung abhängen zu lassen und sich in seinen Netzwerken zu entschuldigen, was er dann auch getan hat. Also es gibt schon solche Ausnahmen, aber sie sind sehr selten.

**Vorsitzender:** Frau Engels.

**Abg. Mareike Engels:** Ich fühle mich gerade erinnert an die Antworten des Werberats, die ich einmal vor vielen Jahren auf Beschwerden bekommen habe, und dann auch relativ schnell aufgegeben habe, dort überhaupt dort was einzusenden. Insofern finde ich ..., also, ich finde es total gut zu hören, dass sich schon sozusagen durch einfach die Debatten der letzten Jahre auch ein bisschen was verändert hat und dass es noch einmal zeigt sozusagen, es ist im großen Stil eine Sensibilisierungsfrage und Awareness-Frage in der Gesellschaft, wie sehr sozusagen auch klare Kante gegen Sexismus und dann eben auch in der Werbung ist. Es hat ja Wechselwirkungen und deswegen ist Sexismus und Diskriminierung in der Werbung ja auch so problematisch.

Genau, deswegen nehme ich auch aus den Ausführungen noch einmal viel mit und was man sozusagen noch einmal überlegen sollte, was wir hier in Hamburg noch einmal tun könnten. Und ich habe noch eine Nachfrage, vielleicht eher an den Senat als an Stevie Schmiedel, ob noch einmal sozusagen berichtet werden könnte, ob dem Senat bekannt sind Erfahrungen aus anderen Städten zur Beschwerde, also vielleicht insbesondere die anderen Stadtstaaten, wo es ja auch schon Bestrebungen und Initiativen gab, was da so die Erfahrungen sind, aus denen man gegebenenfalls Lehren ziehen könnte.

**Vorsitzender:** Bitte.

**Senatorin Fegebank:** Frau Boje, bitte.

**Frau Boje-Nasution:** Wir haben jetzt ganz aktuell einmal noch einmal Bremen befragt zu den Fallzahlen. Bremen hat trotz eines ja Verfahrens, das ja auch tatsächlich so ein bisschen ähnlich gelagert ist, wie in dem Antrag gefordert, nur sehr geringe Fallzahlen, auch auf städtischen Flächen kaum. Und wenn andere Fälle von sexistischer Werbung gemeldet werden, leiten sie diese eben halt an den Deutschen Werberat weiter. Nachgefragt haben wir auch im Bezirk Berlin-Mitte. Dort ist ja tatsächlich auch so ein Verfahren eingerichtet worden mit einer Jury, die sexistische Werbung bewerten soll. Da gab es tatsächlich nur einen Fall, der bewertet wurde, und der wurde als nicht sexistisch



eingestuft. Also insofern, das sind jetzt die beiden, die wir sehr aktuell nachgefragt haben. Es gibt ja andere Städte, die eben tatsächlich sexistische Werbung verboten haben, da haben wir jetzt aber tatsächlich noch nicht großflächig abgefragt. Ich denke aber, das wird sich sozusagen in den anderen Städten auch nicht viel anders darstellen. Vielleicht so weit.

**Vorsitzender:** Frau Özdemir.

**Abg. Cansu Özdemir:** Ja, vielen Dank, Frau Schmiedel, auch noch einmal für die Ausführungen. Wir haben ja gerade in unserem Antrag eben auch noch einmal angeregt, eben über die Vertragsgestaltung zu sprechen, darüber noch einmal nachzudenken. Das ist ja auch ein Punkt in unserem Antrag. Uns ist ja klar, dass die städtischen Flächen eben ganz oft nicht direkt diese Fälle aufzeigen, aber Frau Schmiedel hat ja noch einmal gezeigt, welche Lücken man sich da eben sucht, um eben doch dafür zu werben. Und man hat ja jetzt auch mitbekommen, wie der Deutsche Werberat sich hier verhält, dass anscheinend der Deutsche Werberat eben nicht auf dem aktuellsten Stand ist, ich sage einmal, auch wissenschaftlich nicht auf dem aktuellsten Stand ist und da eben auch, ich denke einmal, auch eine Unterstützung braucht. Wir haben ja auch eine Übersicht gehabt, in der noch einmal deutlich wird, welches Bundesland wie agiert, welches Bundesland welche Initiative ergreift. Und ich finde es auch sehr erfreulich, dass es in den meisten Bundesländern eben auch schon Thema ist und dass eben auch die Verwaltungen sich dann damit auseinandersetzen. Wir haben das ja in Bremen jetzt gehabt, da heißt es ja, konkret vorzugehen. Wir haben in unserem Antrag auch noch nicht einmal davon gesprochen, von einem Verbot, sondern eben davon, es zu vermeiden, also über Schritte nachzudenken, die wir hier ja auch aufgelistet haben, wie eben diese Vermeidung aussehen kann. Und diese Arbeit wird ja jetzt eigentlich eher nur von Pinkstinks geleistet, so.

(Frau Dr. Schmiedel: Ja, was verrückt ist, ja.)

Ja, es ist ja auch total super, dass Sie diese Arbeit machen, aber ich denke, wenn eben auf Senatsebene dann es dazu kein Gremium geben soll oder kein Gremium, das von dieser Stadt eben gefördert wird, dann finde ich es auch eher berechtigt zu sagen, okay, wenn es hier vorhandene Projekte gibt, die es eben gibt, dann muss man sie eben auch finanziell so ausstatten, dass sie eben diese Arbeit auch wirklich gut machen können. So.

Wir haben Hessen auch ..., auch in Hessen zum Beispiel, wo sich der Landesfrauenrat ja sehr stark engagiert. Wir haben in Leipzig die Situation, dass die Stadt eben über Kriterien zu sexistischer Werbung informiert und auch darüber informiert, was man dagegen tun kann. In Flensburg, also in Schleswig-Holstein gibt es auch Aktivitäten, aber insbesondere in Flensburg gibt es auch einen Beschluss eines Verbots sexistischer Werbung mit großer Mehrheit. Und ich denke, in all diesen Bundesländern ist es ja so, dass auf den städtischen Flächen eben auf sexistische Werbung verzichtet wird. Aber ich denke, es geht eben größtenteils auch eben, wie Sie sagten, um ein symbolisches Zeichen, um das Thema eben auch noch einmal in die Gesellschaft besser tragen zu können. Weil, es ist ja ganz oft auch so, dass da keine böse Absicht dahintersteckt, sondern eben wie bei dem Fleischer, dass ihm gar nicht bewusst ist, dass das sexistisch ist und dass das eben in der heutigen Zeit eben nicht mehr als normal betrachtet wird von einem Großteil der Gesellschaft, nämlich von Frauen. Und wenn ich mir eben auch angucke, auf eurem Melder auf eurer App, da gibt es ja schon total viele, das haben Sie ja auch eben noch einmal erwähnt, total viele Beschwerden. Es gibt eben einen großen Teil in der Gesellschaft, der sich eben mit dieser Thematik auch auseinandersetzt. Insofern finde ich es wichtig, dass eben Hamburg dann nicht sagt, wir haben Pinkstinks, die kümmern sich darum, sondern dass eben von Regierungsseite da auch eben ein deutliches Zeichen kommt, zum Beispiel auch mit einer Anlauf- und Beschwerdestelle. Das gibt es ja auch in

einigen Bundesländern, aber wie gesagt, ein wichtiger Schritt könnte eben auch sein, dass man halt über die Vertragsgestaltung noch einmal nachdenkt, darüber spricht, über die Verträge, die man auch mit der Privatwirtschaft macht, und da auch bestimmte Vorgaben hat, weil der Deutsche Bundesrat eben das nicht tut. Und wenn ich dann eben mitbekomme, dass von der Handwerkskammer eben so, auf Bundesebene so reagiert wird, dann empfinde ich das schon als einen Affront. Natürlich gibt es eben das Gremium Deutscher Werberat, aber das sehe ich natürlich auch eher als die Verweigerung, einen bestimmten Ansatz in der Gesellschaft, auch eine bestimmte Haltung eben nicht einzunehmen und sich damit auch nicht auseinanderzusetzen. Und Frau Kammeyer hatte ja vorhin gesagt in der vorherigen Debatte, wird es dann in Bayern anders sein und in Hamburg anders sein. Und ich denke, dass Hamburg sich hier deutlich unterscheidet von Bayern. Ich habe in Bayern ja jetzt nicht irgendwie Maßnahmen gesehen, und dass gerade eben Hamburg als ja weltoffene Stadt und auch als eine Stadt, auch als eine Verwaltung, die sich eben mit solchen Themen auch auseinandersetzt, hier ein deutliches Zeichen setzen müsste.

Dass Sie unseren Antrag da nicht annehmen werden, das ist mir ja ganz klar, aber aus der letzten Beratung ist ja eigentlich noch einmal hervorgegangen, das war auch noch einmal ein Vorschlag von uns, das schaffen wir in dieser Legislaturperiode nicht mehr, aber ich würde es gut finden, wer auch immer in diesem Ausschuss sitzen wird, das ist ja nicht klar, wir wissen auch nicht, wer Gleichstellungssenatorin sein wird, aber ich würde es total wichtig finden, dazu einmal eine Expertinnenanhörung zu machen und auch öffentlich dafür zu werben, für diese Sitzung, und auch mit Expertinnen aus anderen Städten. Wir hatten zum Beispiel auf unserer Veranstaltung eine Expertin aus Bremen dabei, die bei der Umsetzung ja auch eine wichtige Rolle hat und die überhaupt über die Praxis noch einmal berichten können. Und daraus kann Hamburg dann, glaube ich, auch noch einmal ganz gut und sauber ableiten, was hier wirklich umsetzbar ist, was vielleicht jetzt nicht unbedingt umgesetzt werden muss, und in diesem Prozess dann eben auch die Expertinnen von Pinkstinks miteinzubeziehen.

**Vorsitzender/Abg. Daniel Oetzel:** Ja, vielen Dank. Dann bin ich auf der Redeliste. Ja, vielen Dank auch für die Ausführungen. Ich habe mir gerade auch noch einmal dieses Heft angeguckt und muss auch sagen, also da sind ja wirklich ..., also einige davon sind wirklich, wirklich heftig, muss ich sagen, aber auch nach dem, was Sie gesagt haben. Und das ist mir auch bei dem ..., also dass man nicht ..., dass man zwar Meldungen bekommt, die sind schlimm, wenn man sie ansieht, aber dann passen sie sozusagen nicht in die Kategorisierungen, die man sich gegeben hat. Und ich muss auch sagen, bei der Durchsicht des Heftes, manche von den Dingen sind einfach so, ich sage einmal, so peinlich, dass sie einfach nur schlecht sind. Also ich wundere mich, dass sich jemand überzeugen lässt, dann das Produkt zu erwerben. Aber andere Sachen wiederum finde ich dann, also, weniger schlimm, zwar immer noch, dass man denkt, huh, was ist das denn, aber weniger schlimm als andere. Also da sind schon unterschiedliche Qualitäten. Und dann eben diese Entscheidung sozusagen vorzunehmen, was ist jetzt irgendwie nur sexualisiert oder ist das auch schon schlimm genug oder ist das jetzt schon sexistisch oder ist das nur vulgär oder einfach nur eine schlechte Werbung. Also diese Entscheidung vorzunehmen, die würden wir als FDP-Fraktion immer noch sozusagen demjenigen, der das Produkt erwirbt zuschreiben.

Und ich glaube aber, dass es trotzdem ..., viele Sachen, die gesagt worden sind, richtig sind. Ich glaube, dass, wenn wir in unserer Gesellschaft mehr, ja, Awareness, wurde es eben genannt, dafür schaffen, was Gleichstellung bedeutet, was Sexismus bedeutet, wie weit das auch immer noch verbreitet ist, dann glaube ich, dass auch mehr Menschen solche Werbung als schlecht erkennen und dann entsprechend mit dem Portemonnaie sozusagen diejenigen, die diese Werbung auflegen, damit abstrafen und dann ... Das ist, glaube ich, das deutlichste Zeichen, was man denjenigen geben kann, diese

entsprechenden Produkte nicht zu kaufen. Und ich glaube, an der Stelle muss man ansetzen. Aber wenn man nur diese – nur in Anführungsstrichen, – Werbung verbietet, dann muss man sich selbst erst einmal in die ..., dann maßt man sich sozusagen an, wo ..., also wo sind sozusagen die fließenden Grenzen zwischen diesen Kategorisierungen, die ich gerade genannt habe. Und die sind, glaube ..., also aus meiner Sicht, aus meiner Sicht sind die zumindest fließend. Und wenn man langfristig sozusagen an die Problematik rangehen will, dann kommen wir, glaube ich, nur darüber, über diese, ja, das was Sie gerade als Awareness beschrieben haben, ein besseres Wort fällt mir jetzt auch nicht ein, aber dass wir in unserer Gesellschaft eben weiter dazu kommen müssen, schlechte Werbung als solche zu erkennen. Das wäre mir ganz wichtig. Das ist auch der Grund, warum wir diesem Antrag unsere Zustimmung nicht erteilen, also wir werden ihn ablehnen.

Jetzt gab es ja gerade eine Meldung, ich weiß nicht, ob die Senatorin das Wort ... Ich habe keine Frage gestellt, aber vielleicht möchte trotzdem ...

**Senatorin Fegebank:** Frau Schmiedel.

**Vorsitzender:** Ja, bitte.

**Frau Dr. Schmiedel:** Diese Awareness ist eben wahnsinnig wichtig und wird wahnsinnig wenig getätigt. Wenn ich an Schulen gehe und dort mit Schülerinnen spreche und Schülern, dann sind die oft schockiert, weil sie immer bei CALL A PIZZA bestellen und ihnen nie klar geworden ist, dass die orientalische Schönheit, die halb nackt neben der Pizza liegt, dass das Sexismus und Rassismus ist. Und die wollen mehr hören und mehr hören und sagen, Mensch, warum spricht niemand mit uns darüber. Das heißt, Awareness ist wichtig, aber wo soll sie herkommen. Dabei wäre das ja gerade in Hamburg so einfach. Wir haben in der Handelskammer den Terminus ehrenwerter Kaufmann, das ist hanseatisch, als Hamburgerinnen ...

(Zurufe: Ehrbarer Kaufmann.)

– Ehrbarer? Ja, genau, ehrbarer Kaufmann. Das heißt, das ist ein hanseatisches Gefühl, wir wollen das sauber und richtig und gut machen.

(Zuruf: Anständig.)

– Wie bitte?

(Zuruf: Anständig halt.)

– Genau, anständig. Und gerade da wäre einfach ein guter Vortrag, der einmal erklärt, wie viel im kleinen Handel sexistisch geworben wird, und nicht nur, wie schlecht das für das Produkt ist, denn da könnte man jemanden von Grabarz & Partner oder Kolle Rebbe oder Scholz & Friends oder thjnk, eine der großen Agenturen hier in Hamburg, dazuholen, die würde Ihnen das ganz schnell erklären, Leute, ihr könnt so viel mehr Umsatz machen, wenn ihr anders werben würdet, sondern außerdem könnte man an dieses Ehrbare appellieren und erklären, was eigentlich da passiert. Denn dieser Fleischer, der mich anrief, dem war nicht klar, weil er meinte, warum sind denn diese Frauen alle so erbost, die können mir das doch nett sagen. Und da meinte ich, wissen Sie eigentlich, wie hoch die Zahlen sexualisierter Gewalt sind und dass das Wort Frischfleisch in Ihrer Copy schon echt einen üblen Nerv trifft. Und da meinte er, nein, das weiß ich ehrlich gesagt nicht. Und dann hat er sich das angehört und meinte, wissen Sie, vielen, vielen Dank, dass Sie sich so viel Zeit genommen haben, ich habe noch nie darüber nachgedacht und es ist mir unangenehm, was diese Werbung bei Frauen bewirken kann. Und diese Zeit, die scheint

ja niemand zu haben. Wir auch nicht, (...) ebenso, aber der Werberat anscheinend gar nicht. Insofern muss man doch zu den Leuten hingehen, zum Beispiel zur Handelskammer, die ja anscheinend noch nicht vom Dachverband gehört haben, dass sie nicht mit uns arbeiten dürfen, und da zum Beispiel einen Workshop, einen Vortrag, einen Abend vielleicht, das wäre doch möglich, zum Beispiel auch von der Stadt Hamburg, vom Senat organisieren, einen Flyer ... Wir haben zum Beispiel dem FC St. Pauli den ersten Flyer gegen Sexismus an der Bande gemacht, was auch in die Liga getragen werden soll als Pilotprojekt. Tolle Sache. Da hat Astra mitgemacht. Unglaublich, Astra als große Hamburger Firma hat gesagt, so, wie wir bis vor Kurzem geworben haben, können wir nicht mehr werben, das ist erstens nicht mehr zeitgemäß und zweitens gibt es zu viel Protest, vor allen Dingen im St.-Pauli-Stadion. Das heißt, die haben für uns diese Bilder wieder rausgekratzt, um sie in den Flyer zu tun, damit die Leute sehen, so will Astra in Zukunft nicht mehr werben. Und das ist ein tolles Kooperationsprojekt, in dem sich auch ein Unternehmen, ein großer deutscher Verein, ein Hamburger Verein ...

(Zuruf: Weltweit!)

– Ja, ich komme nicht aus Hamburg raus, für mich ist Hamburg Deutschland – sich zusammentun und sagen, wir machen das jetzt anders. Und das sind die Signalwirkungen, die, glaube ich, auch stärker sind als behördliche Vorgaben, denn, wie Frau Fegebank sagt, wir müssen die Menschen mitnehmen. Und wenn coole große Marken oder Menschen, die coole große Marken bewerben, wenn die sagen, das ist nicht mehr zeitgemäß, dann wirkt es leider – leider – tendenziell eher, als wenn wir irgendetwas verbieten. Und trotzdem ist natürlich eine Anlaufstelle oder irgendeine Möglichkeit zu sagen, wo gehen wir damit hin, ist schon eine wichtige Sache.

**Vorsitzender:** Was ich eben noch vergessen hatte, diese Vorlage, die Sie da gerade hatten, ist es vielleicht möglich, dass wir die digital bekommen? Dann könnte wir die vielleicht ans Protokoll anhängen, wenn das für Sie in Ordnung wäre.

**Frau Dr. Schmiedel:** Ja, das können Sie gern haben. Wir haben ... Das können wir noch einmal ergänzen, das dauert noch einmal eine Woche, weil ich das handschriftlich mir zusammen..., teilweise dahinter geschrieben habe. Aber das können wir noch einmal schick machen und das schicke ich dann gern noch einmal.

(Zuruf: Nein, Sie meinen die Studie.)

– Ach, die Studie? Die Studie können Sie sich ...

(Zuruf: Nein.)

**Vorsitzender:** Also ich meine alles Mögliche, also Sie hatten ...

(Zuruf: Alles.)

Sie hatten gerade diese Bilder gezeigt und wenn das jetzt direkt Kopien nur aus dem Heft sind, dann ist es (...).

**Frau Dr. Schmiedel:** Ja. Nein, ich habe heute kurz zusammengeschrieben, was in Hamburg ...

**Vorsitzender:** Genau, das war der Punkt.

**Frau Dr. Schmiedel:** Das wollen Sie haben. Das können Sie sich jederzeit Pinkstinks.de-Shop kostenlos herunterladen. Die Broschüre ist leider schon vergriffen. Wir haben kein Geld mehr, es nachzudrucken. Genau.

**Vorsitzender:** Gut, jetzt haben wir aber noch weitere Meldungen. Frau Heyenn ist die Nächste.

**Abg. Dora Heyenn:** Ich hatte noch einmal eine Frage zum Deutschen Werberat. Allein schon wegen der Reaktion der Handwerkskammer und von der ASF Wandsbek hatten wir auch schon einmal Kontakt mit dem Deutschen Werberat. Und ich habe das bisher so verstanden, dass man dort vorstellig wird, dass man denen was hinschickt, dass man sagt, also man findet das diskriminierend, und dann prüfen die das und die haben ja Kriterien. Und ich habe das bisher so verstanden, dass diese Kriterien geschärft werden müssten, die sind ja sehr locker, das haben wir ja auch gesehen. Und aber wenn die dann zu der Auffassung kommen, dass das diskriminierende Werbung ist, dann wenden die sich doch an die Firmen und untersagen die weitere Werbung. Also ich habe das bisher so verstanden, die Wirksamkeit ist schon da, nur aufgrund der Kriterien ist sie geringer. Oder habe ich das falsch verstanden?

(Frau Dr. Schmiedel: Nein. Nein, nein, nein, nein.)

Und die zweite Frage ist, da ja offenkundig ja doch große Verbände sich lieber mit dem Deutschen Werberat einlassen, gibt es denn zwischen Ihnen und der Stadt Hamburg und anderen Projekten irgendwelche, ja, Gespräche mit dem Deutschen Werberat, dass das viel effektiver werden könnte, bundesweit?

**Vorsitzender:** Gut. Der Senat, bitte.

**Senatorin Fegebank:** Ja, Frau Schmiedel. Frau Boje vielleicht auch noch einmal zu den ...? Nein?

**Frau Dr. Schmiedel:** Der Deutsche Werberat hat seine Kriterien schon verschärft. Wir haben 2014 die erste, weltweit erste Demo gegen Sexismus in der Werbung am Brandenburger Tor gefeiert mit vielen, vielen Verbänden zusammen. Und daraufhin hat der Deutsche Werberat seine Kriterien verschärft. Trotzdem ... Es liegt also nicht an den Kriterien, dass er nicht effektiv ist, sondern der Werberat erklärt seine Durchsetzungsrate, dass er mit Unternehmen spricht und die dann sagen, dass sie so nicht mehr in Zukunft werben würden oder diese Werbung beim nächsten Mal nicht wieder auflegen würden, was eh meistens so ist. Eine Kampagne macht man immer nur für ein Mal. Diese Gespräche sind aber nicht belegt, das heißt, der Werberat kann es behaupten, dass soundso viele Firmen beschlossen haben, so nicht mehr zu werben. Außerdem heißt es, dass eine Werbekampagne, die jetzt hängt, auch weiter hängen wird, bis sie denn abgehängt wird, weil die Zeit vorbei ist. Der Werberat rügt öffentlich. Also das einzige Mal, dass er Werbung zeigt, mit der er sich beschäftigt, ist, wenn die Werbung nicht zurückgezogen wurde, wird sie in einem Handbuch veröffentlicht ein Mal im Jahr. Ansonsten spricht der Werberat von einem Vorgehen wie dem Vorgehen von Pinkstinks, von Skandalisierung, das wäre nicht in Ordnung, dass wir diese Firmen alle zeigen. Dabei entlasten wir die Firmen ja teilweise. Wir sagen zum Beispiel, ihr könnt gern dieses Plakat sexistisch finden, aber es ist nicht sexistisch nach juristischen Kriterien.

Also der Deutsche Werberat spricht von einer Durchsetzungsquote, die wir überhaupt nicht belegen können. Und die Fälle, die er öffentlich macht, die gerügten Fälle, die sind dann teilweise auch irgendwann zurückgezogen, oder aber sie bestehen weiter. Wir haben aber viele Fälle aufgedeckt, die der Werberat nie als gerügte Werbung öffentlich gemacht hat

beziehungsweise nicht im nächsten Jahr wieder öffentlich gemacht hat, die seit Jahren nach wie vor verbreitet wird, aber nur einmal gerügt wurde vor Jahren.

**Vorsitzender:** Ich möchte einmal, bevor ich das Wort Frau Engels erteile, darauf hinweisen, dass es jetzt 21.30 Uhr ist und ich es schön fände, wenn wir nicht das zweite Mal in Folge die 22-Uhr-Schranke, die wir uns selbst gegeben haben, reißen. Frau Engels bitte.

**Abg. Mareike Engels:** Danke schön. Tatsächlich möchte ich jetzt erst einmal noch einmal beim Werberat auch anschließen, weil sich das mit meinen Erfahrungen auch deckt und mit dem, was mir von vielen Stellen berichtet wurde. Und ich habe auch ... Es ist schon mehrere Jahre her, aber sozusagen auch der Werberat geht ja dann zu Diskussionen, die Geschäftsführerin zu sexistischer Werbung und versucht sozusagen, das Vorgehen zu verteidigen. Und ich finde es auch richtig, sozusagen den Werberat in der Diskussion zu lassen und nicht als Akteur abzuschreiben, sag ich 'mal, auch wenn sozusagen negative Erfahrungen gemacht werden, einem einfach nur gesagt wird, wir beschäftigen uns nicht weiter damit oder weil, Astra hat eh versprochen, das in zwei Wochen nicht mehr zu hängen und ... So, und dann ist das Thema abgehakt und, genau, und es wird trotzdem weitere zwei Wochen zu sexualisierter Gewalt aufgerufen oder so. Das sind natürlich schon ... Und dann ist da keine Befassung mit. Das ist frustrierend. Und genau. Aber ich plädiere trotzdem dafür, dass man da sozusagen guckt, wie kann man den Werberat in der Diskussion lassen und gucken, weil, der hat einfach eine Verantwortung, und ihn an diese Verantwortung zu erinnern.

Dann möchte ich noch einmal anknüpfen zum Thema auch – also das war ja jetzt noch einmal ganz konkret – Anlauf- und Beschwerdestellen. Das passt ja auch zum Thema Werberat, der ja eigentlich so einer sein soll, weil das ja auch eine Forderung im LINKEN-Antrag ist. Mir hat die Antwort jetzt vom Senat noch einmal wieder gezeigt ... Also ich habe ja schon vor einem Jahr gesagt, dass ich skeptisch bin, ob man das städtisch so in der Form machen sollte. Und sozusagen die Zahlen aus Bremen und Berlin fand ich da jetzt auch noch einmal eindeutig. Ich glaube sozusagen, so regionale staatliche ... Ich weiß nicht, ob das ... Da bin ich nicht überzeugt, dass das ein guter Ansatz ist. Genau.

Dann wollte ich noch einmal kurz eine Frage stellen noch an Stevie Schmiedel zum Thema ... Also Werbemelder.in, das Projekt ist ja jetzt sozusagen abgeschlossen. Und der Bericht ist – das ist mein Stand – ans Bundesministerium gegeben worden und was jetzt noch einmal Schritte sind, die auf Bundesebene auch im Nachklapp dieser Studie vielleicht auch, gibt es schon irgendeine Bewegung auch im Bundestag, sich damit auseinanderzusetzen, oder sozusagen was mit dem Bundesministerium jetzt für Steps anstehen, ob das noch einmal skizziert werden könnte.

Und dann wollte ich direkt sozusagen auch diesen Redebeitrag, um noch einmal kurz das Abstimmungsverhalten zu begründen ... Das wurde ja gerade schon gesagt. Wahrscheinlich wird es abgelehnt. Tatsächlich würden wir den Antrag heute ablehnen. Ich möchte mich aber trotzdem bei der LINKEN bedanken, das Thema gesetzt zu haben hier im Ausschuss. Und wir wollen auch sozusagen weiter arbeiten mit dem Thema. Also es ist jetzt für uns nicht abgehakt, aber sozusagen in der Form, wie er uns jetzt vorliegt, jetzt einmal hier auch mit Blick auf das Ende der Wahlperiode insofern abschließend uns dem Antrag in der Form nicht anschließen.

**Vorsitzender:** Gut. Der Senat noch einmal.

**Senatorin Fegebank:** Stevie Schmiedel zu der aufgebrachten Fragestellung noch einmal bitte.

**Frau Dr. Schmiedel:** Vielen Dank für die Nachfrage. Wir haben die Broschüre, die Ergebnisse an den gesamten Ausschuss für Rechts- und Verbraucherschutz der SPD-Fraktion geschickt, die letztendlich im Bundestag die Studie, das Monitoring angeregt haben, denen es ein wichtiges Anliegen war, da ja Heiko Maas 2016 die Gesetzesnorm schon etablieren wollte und dann das Monitoring stattdessen gefordert wurde. Wir haben von keiner oder keinem einzigen Vertreter aus dem Ausschuss zurück gehört. Wir wissen also nicht, was damit passiert. Auch das Bundesministerium für Frauen, also Familienministerium wird sich nicht weiter damit beschäftigen. Ihre Antwort ist, letztendlich hätten wir gezeigt, dass Sensibilisierung wichtig sei, und sie würden sich auf Sexismus-Projekte konzentrieren, unter anderem ja die Förderung von Pinksticks, Schule gegen Sexismus als eines dieser Projekte. Das ist natürlich eine schicke Sache.

Trotzdem denke ich, dass es so wichtig ist, genau wie Sie sagten, dass man insbesondere die ZAW in die Zange nimmt. Also das ist der Dachverband des Deutschen Werberats, der den Werberat finanziert. Die ZAW ist der Zentralverband der Deutschen Werbewirtschaft. Dort sitzt die Tabak-Lobby, die Alkohol-Lobby, letztendlich Arzneimittel, egal was, egal welche Produkte. Die sitzen dort. Und unsere Studie hat eben ganz klar ergeben, dass die viel mehr tätig werden könnte. Das ist (...) das Hauptergebnis dieser Studie. Damit wollten wir an die Presse gehen. Und genau deshalb hat auch das Bundesministerium sein Logo nicht auf diese Studie gepackt. Also das war letztendlich das Ergebnis, das wir hatten, dass die nicht wollten, dass wir das veröffentlichen. Wir haben uns dann geeinigt, wir veröffentlichen es trotzdem, nur ohne Unterstützung des Bundesministeriums. Also das dazu, dass wir da auch keine Rückmeldung mehr hören, inwieweit das Bundesministerium weiter mit diesen Ergebnissen umgehen wird, denn es ist eine ganz klare Ansage letztendlich an die Wirtschaftsmacht im Land, mehr gegen sexistische Werbung zu tun, denn es ist so einfach.

Wir haben 400 000 Euro bekommen für zwei Jahre, um diese Studie zu tätigen und die ganzen Kampagnen, die dort drin sind. Das ist wenig für das, was wir da gemacht haben. Das ist vor allen Dingen für die ZAW ein Klacks. Also damit könnte man das auf zwei Jahre gestreut so viel anregen, um tolle Kampagnen zu machen gegen Sexismus, Alltagssexismus, Awareness. Wir sprachen drüber. Das ist total schade, dass das nicht weiter verfolgt wird, soweit ich weiß.

**Vorsitzender:** Herr Dr. Tode.

**Abg. Dr. Sven Tode:** Vielen Dank auch aus meiner Fraktion. Ich glaube, es war eine gute Anregung – da kann ich mich also nur den Worten von Frau Engels anschließen –, dass DIE LINKE diesen Aufschlag gemacht hat. Ich finde es auch gut, dass wir gewartet haben, bis wir Ihre Studie haben, weil wir jetzt auch viel konkreter dazu etwas sagen können. Es war auch sehr schön, dass Sie uns noch einmal die Informationen dazu gegeben haben, weil, ich glaube doch, dass man dadurch sieht, wie wichtig dieses Thema ist. Ich erinnere mich, dass ich in meiner Abiturarbeit im Bio-Leistungskurs über Sexismus in der Werbung geschrieben habe. Und da hat sich noch nicht so viel geändert. Mein Abitur ist auch schon ein bisschen her. Man sieht es mir an. Also wir sagen, auch das war damals ein Thema, und es ist immer noch ein Thema. Und man sieht, wie wichtig dieses Thema ist. Also das finde ich sehr, sehr gut.

Ich würde aber auch, wie andere auch schon gesagt haben, doch darauf hinweisen wollen, dass ich glaube, dass es gut ist – das haben Sie ja auch vorher schon gesagt –, dass die Bündelung der Zusammenarbeit Ihres Vereins mit dem – wie heißt der? – Werbe- ...

(Dr. Stevie Schmiedel: Deutscher Werberat!)

... Deutscher Werberat, dass das eine sinnvolle Geschichte wäre, weil, mir scheint so, dass Sie sozusagen das Salz in der Suppe da sind. Und die alte Geschichte, je mehr Opern gesungen werden, desto mehr werden gehört ... Sie haben ja selbst gesagt, mit welcher Macht sozusagen dieser Werberat eigentlich ausgestattet ist, also finanziell, in der Wirkung, von den Trägern und so weiter und so weiter. Da würde ich Sie doch sehr ermutigen, dieses sozusagen auch in der Zusammenarbeit weiter zu machen, weil ich glaube, dass es einfach für die Sache sehr wichtig ist, dass das so ist und dass diese Meldungen, diese Strukturen eben von Ihnen auch aufgezeigt werden. Und das hat man in dieser Broschüre, wie ich finde – und ich glaube, da spreche ich für viele –, sehr eindringlich gesehen. Und auch die Art und Weise, wie Sie das sozusagen aufarbeiten, ist ja nicht – wie soll ich einmal sagen? – irgendwie aufregerisch, sondern Sie versuchen sozusagen, Sie benennen die Kriterien, Sie differenzieren sehr stark, Sie sozusagen sagen etwas, Sie sind eine Anlaufstelle für Menschen, die die Möglichkeit haben, sich bei Ihnen zu informieren wie beispielsweise der Fleischer oder auch andere. Das alles finde ich hervorragend, muss ich sagen, und das freut mich auch, dass Sie sozusagen diese Arbeit machen. Und es wäre schade, wenn das sozusagen verloren gehen würde in dieser Kombination.

Und da würde ich mich auch den Worten von Frau Engels anschließen, dass wir das sicher aufgreifen werden, uns überlegen, nachdem wir jetzt diese Sache gesehen haben, wie wir damit weiter umgehen und welche Möglichkeiten wir haben, sowohl hier im Bundesland, aber auch ... Wie Sie es ja schon gesagt haben, die SPD-Fraktion hat das Monitoring sozusagen angeregt. Da wäre es natürlich auch ganz gut, dass man da eine Rückmeldung bekommt. Und auch da würde ich mich freuen, und da werde ich auch noch einmal nachhaken, ...

(Frau Dr. Schmiedel: Das wäre schön!)

... dass wir da auch wirklich diese Arbeit auch so gewürdigt bekommen, wie Sie sie verdient haben. Also das nur als Hinweis. Und auch das Abstimmungsverhältnis meiner Fraktion ergibt sich nicht daraus, dass wir das nicht für wichtig und richtig halten, sondern wir wollen jetzt aufgrund der Studie und auch dem, was Sie uns gesagt haben, uns damit beschäftigen, uns überlegen, welche Möglichkeiten wir haben, hier unterstützend einzugreifen, dass diese wichtige Arbeit auch weiter geleistet wird. Also das noch einmal sozusagen als Statement. Und vielen Dank, dass Sie das tun, und bleiben Sie weiter dran.

(Frau Dr. Schmiedel: Danke schön!)

**Vorsitzender:** Gut. Dann noch einmal abschließend, weil es vielleicht noch unklar geblieben war mit diesem Protokoll. Also wenn Sie in den nächsten Tagen noch was dem Senat zusenden, werden die das sicherlich gern ans Protokoll schicken, dass wir es anhängen können. Wenn wir was kriegen, freuen wir uns. Gut. So viel dazu.

Dann komme ich jetzt, weil ich keine weiteren Wortmeldungen mehr sehe, komme ich hier noch zur Abstimmung über den vorliegenden Antrag aus der Drucksache 21/11506, Fraktion DIE LINKE. Wer möchte sich diesem Antrag anschließen? – Wer stimmt gegen den Antrag? – Und dann gibt es keine Enthaltungen. – Dann ist der Antrag mehrheitlich mit den Stimmen von SPD, GRÜNEN, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE abgelehnt und bei Abwesenheit der CDU-Fraktion. So. Und damit beenden wir dann auch das Wortprotokoll. Wir werden der Bürgerschaft in einem Bericht unsere Beratung näherbringen.

## **Verschiedenes**



Die SPD-Abgeordneten stellten fest, im Jubiläumsjahr der Universität Hamburg (UHH) die nächste Sitzung des Ausschusses an der UHH vor Ort stattfinden zu lassen. Aufgrund anderer Termine habe eine solche Sitzung vor Ort an der UHH bisher nicht stattfinden können, sei aber seit langem gewollt worden.

Der Ausschussvorsitzende ergänzte, bisher sei zwar kein Raum für eine solche Sitzung an der UHH vorgeschlagen worden, aber auch er begrüße den von den SPD-Abgeordneten Sitzungsort.

Daniel Oetzel (FDP) (Vorsitz)	Dr. Sven Tode (SPD) (Schriftführung)	Sabine Dinse (Sachbearbeitung)
-------------------------------------	--	-----------------------------------